

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Rudolf Morsey

Die Bildung der ersten  
Regierungskoalition 1949

Adenauers Entscheidungen  
von Frankfurt und Rhöndorf  
am 20. und 21. August 1949

Immanuel Geiss

Die deutsche Politik  
im Generalgouvernement Polen  
1939—1945

Aus dem Diensttagebuch  
des Generalgouverneurs Hans Frank

Marieluise Christadler

Politik, Mythos und Mentalität  
Französische und deutsche Jugendliteratur  
vor dem Ersten Weltkrieg

ISSN 0479-611 X

B 34/78

26. August 1978

Rudolf Morsey, Dr. phil., geb. 1927, Ordinarius für neuere Geschichte an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer; Vorsitzender der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ (Bonn) und der „Kommission für Zeitgeschichte“ (Bonn).

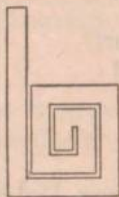
Letzte Buchpublikationen: Zur Entstehung, Authentizität und Kritik von Brüning's „Memoiren 1918—1934“, Opladen 1975; Der Untergang des politischen Katholizismus, Stuttgart 1977; Herausgeber von: Josef Hofmann, Journalist in Republik, Diktatur und Besatzungszeit. Erinnerungen 1916—1947, Mainz 1977, und des Sammelwerks Verwaltungsgeschichte, Berlin 1977.

Immanuel Geiss, Dr. phil., geb. 1931 in Frankfurt/Main; Professor für Neuere Geschichte an der Universität Bremen.

Veröffentlichungen u. a.: Der polnische Grenzstreifen. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg, Hamburg und Lübeck 1960 (polnische Ausgabe, Warschau 1964); Julikrise und Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung, 2 Bde., Hannover 1963/64; Juli 1914. Die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, München 1965 (dtv 293); Gewerkschaften in Afrika, Hannover 1965; Panafricanismus. Zur Geschichte der Dekolonisation, Frankfurt/Main 1968; Die Afro-Amerikaner, Frankfurt/Main 1969; Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft, Frankfurt/Main 1972 (edition suhrkamp 569); Was wird aus der Bundesrepublik? Die Deutschen zwischen Sozialismus und Revolution, Hamburg 1973; (mit Rainer Tamchina, Hrsg.) Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft, 2 Bde., München 1974; German Foreign Policy, 1871—1914, London 1976; Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs, München 1978; Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, München 1978.

Marieluise Christadler, Dr. phil., geb. 1934, Studium der Geschichte, Politikwissenschaft, Romanistik; Dozentin im Fachbereich Politik an der Gesamthochschule Duisburg.

Neuere Veröffentlichungen: Kriegserziehung durch das Jugendbuch in Deutschland und Frankreich am Vorabend des I. Weltkriegs, in: Zur Sache Schulbuch, Ratingen 1976; Comics im Politischen Unterricht. Eine Skizze, in: Erziehen heute, 3. (26.) Jg., 1. Quartal 1976; Zwischen Gartenlaube und Genozid. Kolonialistische Jugendbücher im Kaiserreich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/77; Kriegserziehung im Jugendbuch. Literarische Mobilmachung in Deutschland und Frankreich vor 1914, Frankfurt 1978.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Die Bildung der ersten Regierungskoalition 1949

## Adenauers Entscheidungen von Frankfurt und Rhöndorf am 20. und 21. August 1949

I.

Zu den historischen Weichenstellungen unserer jüngsten Geschichte gehört das Ergebnis des berühmt gewordenen Treffens von Unionspolitikern im Hause Adenauers in Rhöndorf am 21. August 1949. Dabei wurde von einem zwar formal nicht „zuständigen“, aber infolge seiner Zusammensetzung politisch gewichtigen Gremium eine bis dahin offene und strittige Frage entschieden: die erste Bundesregierung auf der Grundlage einer Koalition ohne Beteiligung der Sozialdemokratie zu bilden. Der Ausgang der Bundestagswahl vom 14. August 1949 hatte der CDU/CSU einen Stimmenvorsprung (31,0 v. H. der abgegebenen gültigen Stimmen, 139 Mandate) vor der SPD (29,2 v. H., 131 Mandate) erbracht und damit der Union den Führungsanspruch für die Regierungsbildung verschafft.

Angesichts des Wählerentscheids war es der CDU/CSU möglich, eine bereits vor dem 14. August vielfach prognostizierte Parlamentsmehrheit unter Einschluß der FDP (11,9 v. H. Stimmen, 52 Mandate) und der Deutschen Partei (4,0 v. H., 17 Mandate) zu bilden. Eine solche Koalition, die im Frankfurter Wirtschaftsrat seit 1947 bestand, konnte sich auf 208 der insgesamt 402 Abgeordneten des Bundestags stützen; sie wurde jedoch innerhalb der CDU keineswegs einhellig angestrebt.

Um eine Weichenstellung in seinem Sinne — zugunsten einer Koalitionsbildung ohne die Sozialdemokratie — herbeizuführen, lud Adenauer als Vorsitzender der CDU der britischen Zone 25 führende Politiker der CDU und CSU für den 21. August 1949 nach Rhöndorf ein. Das Ergebnis ihrer Beratungen war der Beschluß, eine Koalition mit FDP und DP zu bilden und Kandidaten für die wichtigsten

Staats- und Regierungsämter zu benennen<sup>1)</sup>. Die CDU-Fraktion des Landtags von Nordrhein-Westfalen, deren Vorsitzender Adenauer war, bestätigte dieses Ergebnis am folgenden Tage<sup>2)</sup>, die CDU/CSU-Mitglieder des Überleitungsausschusses — gebildet aus Vertretern des inzwischen aufgelösten Parlamentarischen Rats und der Ministerpräsidentenkonferenz — in einer Sitzung am 26. August in Koblenz<sup>3)</sup>. Im gleichen Sinne entschieden dann die CDU- und CSU-Abgeordneten des ersten Bundestags, die sich am 1. September 1949 in Bonn in einer Fraktion zusammenschlossen. Damit begann die „Ära Adenauer“.

<sup>1)</sup> Das knappe Pressecommuniqué (nach dem Durchschlag im Nachlaß Adenauer abgedruckt in: Konrad Adenauer. Seine Zeit, sein Werk. [Katalog einer Ausstellung aus Anlaß des 100. Geburtstages am 5. Januar 1976. Historisches Archiv der Stadt Köln, S. 144, mit geringfügigen Änderungen auch: Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945—1953, Stuttgart 1965, S. 229) spricht nur von der Verpflichtung, die durch die Bundestagswahl bekräftigte Politik im Sinne der „Grundideen [in Adenauers „Erinnerungen“: „Grundlinien“] der christlich-demokratischen Gesellschaftsauffassung“ fortzusetzen und daraus bei der Bildung der Bundesregierung die „klaren Konsequenzen“ zu ziehen; Namen sind nicht genannt. Klaus Dreher, Der Weg zum Kanzler. Adenauers Griff nach der Macht, Düsseldorf 1972, S. 306 f., verfälscht das von ihm (ohne Beleg) ohnehin fehlerhaft abgedruckte Communiqué, wenn er zitiert (!), daß auch Vertreter der FDP an der Konferenz teilgenommen hätten.

<sup>2)</sup> Vgl. Kölnische Rundschau vom 23. August 1949. Adenauer scheint bei dieser Gelegenheit Namen von Kandidaten für die Besetzung von Regierungsämtern genannt zu haben, neben Heuss und seinem Namen ferner Lehr, Schlange-Schöningen, Blücher und Spiecker. In der Presse dieser Tage kursierten immer neue „Kabinettslisten“.

<sup>3)</sup> Vgl. Kölnische Rundschau vom 27. August 1949. Am gleichen Tage (26. August) erklärte Ministerpräsident Karl Arnold in einer Pressekonferenz, er sei immer noch für die Bildung einer Großen Koalition. Die Neue Zeitung (künftig: NZ) vom 27. August 1949. Nach Walter Först, Karl Arnold, in: Zeitgeschichte in Lebensbildern, hrsg. von Rudolf Morsey, Bd. 2. Mainz 1975, S. 136, hat Adenauer den nordrhein-westfälischen Regierungschef „fälschlicherweise für das Haupt einer Fronde gegen den Parteivorsitzenden“ gehalten; diese Fronde sei „wohl eher nachträglich in den Meinungsbildungsprozeß“ hineininterpretiert worden.

Vorabdruck eines Beitrags aus dem Band 98/1978 des „Historischen Jahrbuchs“, hrsg. von Laetitia Boehm, Odilo Engels, Erwin Iserloh, Rudolf Morsey und Konrad Repgen, Verlag Karl Alber München/Freiburg. Dieser Band ist dem Andenken an Johannes Spörl gewidmet.

## II.

Die Bedeutung des sonntäglichen „Rhöndorfer Kaffeekränzchens“ ist in der Literatur oft erwähnt und in der Forschung unstrittig. Zuletzt hat sie Klaus Gotto in folgendem Urteil zusammengefaßt: „Die Frage nach der richtigen Koalition für die zu bildende Bundesregierung ist so alt wie die Bundesrepublik selber. 1949 wurde darüber heftig gestritten; die Entscheidung fiel auf der berühmten Rhöndorfer Konferenz vom 21. August 1949.“<sup>4)</sup> Deren Beurteilung erfolgte jahrelang mehr oder weniger ausschließlich auf Grund von Hinweisen eines einzigen Teilnehmers, des Kölner Bankiers Robert Pferdenges<sup>5)</sup>. Auch Adenauer stützte sich bei der Niederschrift seiner Erinnerungen, in denen er dem Ausgang des Rhöndorfer Treffens einen hohen politischen Stellenwert zuwies, fast ausschließlich auf die Version von Pferdenges<sup>6)</sup>, da seine eigenen Unterlagen offensichtlich keine Aufzeichnungen über die Beratungen enthielten<sup>7)</sup>. Erst später sind von anderen Teilnehmern des Rhöndorfer Treffens ergänzende, teilweise er-

<sup>4)</sup> Der Versuch einer Großen Koalition 1962, in: Konrad Adenauer und sein Werk, hrsg. von Dieter Blumenwitz u. a., Bd. 2., Stuttgart 1976, S. 316.

<sup>5)</sup> Abgedruckt bei Paul Weymar, Konrad Adenauer. Die autorisierte Biographie, München 1955, S. 427 ff. Die Genesis dieser „unter Mitwirkung“ von Roswitha Theile-Schlüter entstandenen Biographie verdient kritisch untersucht zu werden (ebenso wie die Entstehung von Adenauers „Erinnerungen“). Dazu vgl. Rudolf Morsey, Zum Verlauf und Stand der Adenauer-Forschung, in: Konrad Adenauer 1876/1976, hrsg. von Helmut Kohl, Stuttgart 1976<sup>2</sup>, S. 140. Über den erheblichen Anteil des Bundeskanzlers am Zustandekommen des Buches von Weymar und an der Überprüfung der Darstellung vgl. Roswitha Theile-Schlüter, Wie die Kanzler-Biographie entstand, in: Deutsches Monatsblatt 6, 1956, Nr. 1, S. 5.

<sup>6)</sup> Erinnerungen, S. 224 ff.

<sup>7)</sup> Jedenfalls fehlen im Nachlaß Adenauer in der Stiftung Bundeskanzler Adenauer-Haus in Rhöndorf (künftig StBAHR) einschlägige Unterlagen.

<sup>8)</sup> Als erster beschwerte sich der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, in einem Schreiben an Weymar über dessen einseitige Darstellung. Mitgeteilt (ohne Datum) bei K. Dreher, Der Weg zum Kanzler, S. 242. Dreher hat — trotz einer Unmasse von Sach- und Druckfehlern, falschen Belegen und schlampigen Zitationen sowie Namensfehlern, mit denen sein Buch übersät ist (vgl. meine Rezension, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Oktober 1972) — zum Verlauf des Rhöndorfer Treffens in einigen Fällen erstmals Äußerungen von Teilnehmern (H. Pünder, S. 351 f.; P. Altmeier, S. 352 f.; F. J. Strauß, S. 353 ff.; L. Erhard, S. 357 ff.) mitteilen können. Dreher hat jedoch die Namen von zwei Teilnehmern (A. Dichtel und G. Gereke) falsch geschrieben und zwei weitere CDU-Politiker, Edmund Kaufmann (Finanzminister in Stuttgart) und Albert Fink (Neustadt/W.,

hebtlich korrigierende Hinweise<sup>8)</sup> über den Verlauf der Gespräche bekanntgeworden<sup>9)</sup>.

Es wäre reizvoll, Vorgeschichte und Ablauf der sonntäglichen Zusammenkunft von Rhöndorf<sup>10)</sup> weiter aufzuhellen, zumal bisher nicht einmal genau bekannt ist, wer daran teilgenommen hat<sup>11)</sup>, geschweige denn, wie die einzelnen Unionspolitiker argumentiert haben. Das gilt auch für deren nachträgliche Reaktionen. So waren z. B. der hessische CDU-Vorsitzende Werner Hilpert<sup>12)</sup> und der Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern Geb-

Mitglied des Parlamentarischen Rats und 1951 Kultusminister in Rheinland-Pfalz) nicht identifizieren können. Holzapfel war nicht stellvertretender „westfälischer CDU-Vorsitzender“, sondern stellvertretender Vorsitzender der CDU der britischen Zone, J. Gronowski nicht (nur) „früherer westfälischer Oberpräsident“ (S. 237), sondern eingeladen wegen seiner Stellung als Vorsitzender der CDU Westfalen-Lippe.

<sup>9)</sup> Vgl. Hermann Pünder, Von Preußen nach Europa, Stuttgart 1968, S. 408 ff. Pünder führt irrigerweise unter den Teilnehmern auch Fritz Schäffer (so auch F. J. Strauß, bei K. Dreher, Der Weg zum Kanzler, S. 356, dort nicht korrigiert). Nach Pünders Erinnerung hat sich anschließend Helene Weber „bitter“ darüber beschwert, daß keine Frau unter den Geladenen war, ebd., S. 408. Weitere Berichte von Teilnehmern: Günter Gereke, Ich war königlich preussischer Landrat, Berlin (Ost) 1970, S. 360; Franz Josef Strauß, Gedanken über Konrad Adenauer, in: Konrad Adenauer 1876/1976, S. 189 f.; ders., Konrad Adenauer und sein Werk, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, Bd. 1., Stuttgart 1976, S. 90 f.

<sup>10)</sup> Bei K. Adenauer, Erinnerungen, S. 224, heißt es, er habe seine Wohnung als Tagungsort gewählt, „damit wir möglichst wenig ausgehört würden“. Am 31. August 1949 hatte Adenauer in einer Sitzung der führenden CDU- und CSU-Politiker in Bonn — am Vorabend der Konstituierung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion — konkretisiert: „[...] damit es [das Treffen] möglichst wenig von Kellnern und Journalisten ausgehört würde“ (StBAHR 161).

<sup>11)</sup> Nach einem DENA-Bericht (NZ vom 22. August 1949) — in dem nicht alle Teilnehmer genannt sind — hat der Düsseldorfer CDU-Politiker Robert Lehr, MdB, an dem Treffen „bis Mittag“ teilgenommen. Seine Teilnahme ist sonst nirgendwo erwähnt; es ist kaum anzunehmen, daß Lehr bereits vormittags bei Adenauer gewesen sein soll. Sein Name fehlt in den (beiden) Rhöndorfer Einladungslisten (s. Anm. 24), die allerdings nicht vollständig sind und die Namen von (mindestens) zwei Teilnehmern nicht enthalten: den des Kölner Bankiers Pferdenges und den des CSU-Generalsekretärs Strauß (s. auch Anm. 37).

<sup>12)</sup> Schreiben vom 22. August 1949 an Adenauer (mit Durchschlägen an eine Reihe anderer Teilnehmer des Rhöndorfer Treffens: Altmeier, Erhard, Erhard, Dichtel, Müller, Kaiser, Köhler, Pünder). Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin, Nachlaß Hilpert, CDU 1949, Korrespondenz.

hard Müller<sup>13)</sup> verärgert über die Art und Weise, in der Adenauer das Ergebnis der vertraulichen Beratungen in einer Pressekonferenz am 23. August verwertet hatte<sup>14)</sup>.

Eine entsprechende Detailuntersuchung soll jedoch an dieser Stelle nicht erfolgen, allerdings eine Reihe punktueller Ergänzungen vorgenommen werden. Dazu gehört die Korrektur der Pferdenges-Adenauer-Version über das Verhalten des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und CDU-Landesvorsitzenden Peter Altmeier<sup>15)</sup>, der keineswegs als hartnäckigster Vorkämpfer für eine Große Koalition aufgetreten ist<sup>16)</sup>. Noch zu klären bleibt auch, wie lange die Beratungen, deren Beginn auf 13.00 Uhr angesetzt war, gedauert haben<sup>17)</sup>.

<sup>13)</sup> Müller bedauerte in einem Schreiben vom 23. August, daß trotz des „betont privaten Charakters unserer Besprechungen“ Mitteilungen in die Öffentlichkeit gelangt seien. Er hielt es ferner für falsch, daß in die Verhandlungen die Kandidatur des Bundespräsidenten einbezogen worden sei. Einen Durchschlag seines Schreibens übermittelte er Hilpert. Ebd.

<sup>14)</sup> Der CDU-Vorsitzende der britischen Zone hatte dabei u. a. mitgeteilt, in Rhöndorf sei beschlossen worden, die Politik der Sozialen Marktwirtschaft fortzusetzen und Erhard als Kandidat für das Amt des Bundeswirtschaftsministers zu nominieren: „Und mich hat man auch dazu bekommen, daß ich Kanzler werde.“ Die Entscheidung bleibe jedoch der Bundestagsfraktion überlassen. Adenauer benutzte die Gelegenheit, um die Empfehlungen der Ministerpräsidentenkonferenz für die Organisation der Bundesregierung nicht als verbindlich zu bewerten; er bezeichnete die Schaffung eines Ostministeriums, das gleichzeitig auch für Fragen der Vertriebenen zuständig sein solle, als notwendig (vgl. NZ vom 24. August 1949).

<sup>15)</sup> Altmeiers Teilnahme und Rolle in Rhöndorf nicht erwähnt bei Fritz Hirschner, Aus dem Chaos zum Land mit Zukunft. Peter Altmeier und das Werden von Rheinland-Pfalz, Neuwied 1975<sup>2</sup>.

<sup>16)</sup> Nach einem Bericht von Heinz Medefind (NZ vom 23. August 1949) hat sich besonders Hilpert — wie bereits am 15. August gegenüber der NZ (ebd. 16. August 1949) — „zuerst nur zögernd unterstützt“ von Gereke, für eine Koalition mit der SPD ausgesprochen. In einer Sitzung der führenden CDU/CSU-Politiker am 31. August 1949 in Bonn (s. Anm. 10) erklärte Adenauer, für die Große Koalition seien am 21. August vor allem Gereke, Hilpert und G. Müller eingetreten. Daraufhin ergänzte Simpfendorfer, daß auch er sich in Rhöndorf für diese Lösung ausgesprochen habe. Altmeier wurde von Adenauer gar nicht erwähnt (StBAHR 161).

<sup>17)</sup> Nach einem DENA-Bericht vom gleichen Tage: fünf Stunden (NZ vom 22. August 1949). Nach K. Adenauer, Erinnerungen, S. 228, waren bis zum Beginn der „Essenspause mindestens vier Stunden“ vergangen. Nach einstündiger „Erfrischungspause“ sei die Diskussion fortgesetzt worden. An einer Stelle verlegt F. J. Strauß (K. Adenauer und sein Werk [s. Anm. 9], S. 90) die Konferenz irrtümlich auf den Sonntagvormittag.

Mir geht es um den Nachweis, daß Adenauer die Rhöndorfer Weichenstellung schon vor der Zusammenkunft in seinem Hause<sup>18)</sup> — auf die die Presse erstmals am 17. August hinwies<sup>19)</sup> — so vorbereitet hatte, daß das Zustandekommen des von ihm erstrebten Ergebnisses nicht mehr ernsthaft gefährdet war. Das galt sowohl für die Einigung zugunsten einer Koalitionsbildung ohne die SPD wie für die Nominierung von Kandidaten zur Besetzung der wichtigsten Staats- und Regierungsämter: Theodor Heuss (FDP) als Bundespräsident, Adenauer (CDU) als Bundeskanzler, Ludwig Erhard (parteilos) als Bundeswirtschaftsminister<sup>20)</sup>.

Diese Konstellation — ergänzt um weitere Namen, darunter den des hessischen CDU-Politi-

<sup>18)</sup> Bei einem Treffen der führenden CDU- und CSU-Politiker am 31. August 1949 (s. Anm. 10) verteidigte Adenauer das Treffen in Rhöndorf mit dem Hinweis, es sei „durch die Unruhe im Lande“ erzwungen worden und ursprünglich nicht vorgesehen gewesen (StBAHR 161). Dabei blieb offen, auf welchen Termin er die Umschreibung „ursprünglich“ bezogen wissen wollte.

<sup>19)</sup> So in der Rhein-Neckar-Zeitung (Heidelberg) und in der Allgemeinen Zeitung (Mainz) vom 17. August 1949 als Meldung aus Köln vom Vortage; am 18. August 1949 auch in der NZ. Damit entfallen Spekulationen, wonach prominente CDU-Politiker — insbesondere Befürworter einer Großen Koalition — von dem Treffen erst nachträglich erfahren hätten. Hingegen wußten offensichtlich nur wenige der Eingeladenen — darunter vermutlich L. Erhard, der mit Adenauer am Donnerstag und Samstag vor dem Rhöndorfer Gespräch zusammengetroffen war —, wer zum Kreis der Gäste gehören würde.

<sup>20)</sup> Die Frage, von welchem Zeitpunkt an sich Adenauer mit dem Gedanken beschäftigt hat, selbst das Amt des Bundeskanzlers zu übernehmen, läßt sich bisher nicht klären. Als der kommunistische Abgeordnete Heinz Renner am 7. Januar 1949 im Hauptausschuß des Parlamentarischen Rats ironisch erklärte, „Herr Dr. Adenauer [...] weiß es ja, Bundespräsident, Bundeskanzler usw., diese Dinge sind ja alle schon von ihm geregelt“, verzeichnet das Protokoll Adenauers Zwischenruf: „Fertig!“ und Renners Replik: „Ich weiß, sie sind fertig.“ Verhandlungen des Hauptausschusses, Bonn 1948/49, S. 385. Über Adenauers Einschätzung seiner Rolle im Frühsommer 1949 vgl. Rudolf Morsey, Der politische Aufstieg Konrad Adenauers 1945—1949, in: Adenauer-Studien I, hrsg. von Rudolf Morsey und Konrad Repgen, Mainz 1971, S. 56 f. In der letzten Sitzung der CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rats am 28. Juni 1949 hatte Adenauer (nach dem Fraktionsprotokoll) erklärt: „Sehr oft wäre die Frage von allen Seiten gekommen, wer Bundeskanzler werden würde. Darauf habe ich nur die stereotype Antwort gehabt: Warten Sie bis zum [Wahltermin am] 14. August. [...] Nirgendwo habe ich zu der Frage der Persönlichkeiten, die die Bundesregierung einmal bilden, etwas gesagt. Dafür bin ich viel zu vorsichtig. Ich habe weder für noch gegen jemanden gesprochen.“ (Ebd., S. 56)

kers Erich Köhler (Präsident des Wirtschaftsrats in Frankfurt) als Kandidat für das Amt des Bundestagspräsidenten — war in der Presse bereits vor dem Wahltag erörtert worden; sie wurde seit dem 15. August verstärkt als wahrscheinlichste Lösung der Besetzung der Spitzenpositionen genannt. Insofern bildete der Ausgang der Rhöndorfer Beratungen für die Zeitgenossen keinerlei Sensation. Adenauer und Heuss waren zudem bereits während der Beratungen des Parlamentarischen Rates wiederholt als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten genannt worden.

Die Vorentscheidung Adenauers bezog sich auf die Zustimmung der CSU-Führung zu der ihm vorschwebenden Koalitionsbildung und Ämterbesetzung. Sie erfolgte am 20. August 1949 bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden der CSU, dem bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard, in Frankfurt. Darüber haben zwar einige Zeitungen zwei Tage später kurz und inhaltslos berichtet — teilweise auch die Namen weiterer Gesprächsteilnehmer genannt —, das Ergebnis dieses Treffens jedoch nicht mit dem der Rhöndorfer Beratungen verknüpft. In der Literatur ist Adenauers Reise nach Frankfurt bisher, wenn überhaupt, nur beiläufig registriert<sup>21)</sup>, aber ebenfalls in seiner Bedeutung nicht erkannt worden<sup>22)</sup>.

<sup>21)</sup> So bei Franz Alt, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung unter Konrad Adenauer, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz der Konrad Adenauer-Stiftung e. V., Bonn 1970, S. 78 (nach dem Bericht in der Frankfurter Rundschau vom 22. August 1949). Alt schreibt in dieser Heidelberger politikwissenschaftlichen Dissertation von 1966, daß die CSU-Teilnehmer (von denen er Pfeiffer fälschlich als „Staatsrat“ titulierte) das Gespräch mit Adenauer „versucht“ (!) hätten. Als Ergebnis hätten die CSU-Repräsentanten ihre Absicht bekräftigt, daß allein die Bundestagsfraktion Beschlüsse über die Regierungsbildung fällen könne; Adenauer habe seine Bedenken gegen eine Große Koalition vorgetragen und sei darin von L. Erhard unterstützt worden. — 1975, als F. Alt sein Buch (nur wenig verändert) erneut veröffentlichte — dieses Mal unter dem Titel „Es begann mit Adenauer. Der Weg zur Kanzlerdemokratie“ (Freiburg, Herderbücherei 521, dort als „Originalausgabe“ bezeichnet, ohne Hinweis auf den früheren Druck) —, hat er den kurzen Absatz über das Frankfurter Treffen Adenauer—Ehard ausgelassen! An anderer Stelle zitiert er zu den Rhöndorfer Beratungen das Buch von K. Dreher (s. Anm. 8), ohne es jedoch im Literaturverzeichnis aufzuführen.

<sup>22)</sup> Vgl. den ersten Hinweis in meinem Beitrag zu dem Sammelwerk von Rudolf Morsey, Konrad Löw, Peter Eisenmann: Konrad Adenauer. Leben und Werk (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Z 6), München 1977<sup>2</sup>, S. 57; ders., Personal- und Beamtenpolitik im Übergang von der Bizonen- zur Bundesverwaltung (1947—

### III.

An dem Gespräch in Frankfurt, im Hause der bayerischen Vertretung beim Länderrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, haben auf seiten Ehards weitere bayerische Politiker teilgenommen: der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Anton Pfeiffer<sup>23)</sup>, und dessen Vertreter Karl Schwend sowie zeitweise der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, Ludwig Erhard, und der stellvertretende Direktor der Verwaltung für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten, der frühere bayerische Staatsrat Wilhelm Niklas. Anwesend war ferner der bayerische Ministerialrat in der Direktorialkanzlei der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, Johannes von Elmenau.

Es hat den Anschein, als ob alle Teilnehmer dieses Frankfurter Gesprächs entweder dessen Bedeutung vergessen haben oder aber verschwiegen wissen wollten. Auch Adenauer ist weder in seinen „Erinnerungen“ noch, soweit bisher bekannt, bei einer anderen Gelegenheit auf seine Vereinbarungen vom 20. August 1949 mit dem Vorsitzenden der CSU eingegangen. Dabei war die Initiative zu diesem Treffen von ihm ausgegangen, nachdem Erhard die (offensichtlich telefonisch ausgesprochene) Einladung des CDU-Vorsitzenden zur Teilnahme an den Beratungen am 21. August in Rhöndorf wegen einer für das gleiche Wochenende geplanten Zusammenkunft des „Ellwanger Kreises“ abgesagt hatte<sup>24)</sup>.

Angesichts unterschiedlicher Ansichten über die Art der Koalitionsbildung innerhalb der CDU, aber auch der stark zerstrittenen CSU — in der Josef Müller als Verfechter einer Zusammenarbeit mit der SPD galt — lag Adenauer daran, die Zustimmung der CSU-Spitze zur Weiterführung der Fraktionsgemeinschaft des Wirtschaftsrats zu erhalten. Auf Grund der ihn vollauf zufriedenstellenden Abspra-

1950), in: Verwaltungsgeschichte, hrsg. von Rudolf Morsey, Berlin 1977, S. 211, Anm. 81.

<sup>23)</sup> Pfeiffer hatte als CSU-Abgeordneter dem Parlamentarischen Rat angehört und war Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion gewesen. Adenauer hatte ursprünglich — was bisher nicht bekannt war — in der ersten Sitzung der gemeinsamen Fraktion am 31. August 1948 den rheinland-pfälzischen Justizminister Adolf Süsterhenn (CDU) als Vorsitzenden vorgeschlagen (Kopie des Protokolls im Besitz des Verf.).

<sup>24)</sup> Im Nachlaß Adenauer sind zwei (undatierte) Einladungslisten enthalten. In ihnen ist hinter Ehards Namen „nein“ vermerkt und als „Vertreter“ Staatsminister Pfeiffer eingetragen (StBAHR 83).

chen von Frankfurt konnte der CDU-Politiker mit Zuversicht der Rhöndorfer Zusammenkunft am folgenden Tage entgegensehen; er kannte bereits die Vorstellungen der CSU-Spitze über die personelle Besetzung der wichtigsten Staats- und Regierungsämter.

#### IV.

In der ihm eigenen realistischen Einschätzung der Kräfte hatte Adenauer mit einem Sieg der Unionsparteien gerechnet und am 13. August 1949, einen Tag vor der ersten Bundestagswahl, in einem als persönlich und vertraulich gekennzeichneten Schreiben an Ehard seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß „wir am Samstag, dem 20. [August] Gelegenheit haben, uns über die schwebenden Fragen auszutauschen“. Adenauer hatte hinzugefügt, daß „natürlich“ alle Entschlüsse vom Ausgang der Wahl abhängen würden: „Aber es spricht eine große Wahrscheinlichkeit dafür — wenigstens von hier aus betrachtet —, daß die CDU/CSU die Führung der deutschen Politik übernehmen muß.“

In diesem Schreiben Adenauers war ferner darauf verwiesen, daß „schon jetzt Verhandlungsführer anderer Parteien“ an ihn gelangten und er sich solchen Fühlungen gegenüber auf die Dauer nicht „so völlig ablehnend“ verhalten könne wie bisher<sup>25)</sup>. Adenauer hatte jedoch versichert, daß er sich in ein „Gespräch irgendwelcher Art“ nicht einlassen werde, „bevor mit den führenden Leuten der CDU/CSU aus allen drei Zonen die Sachlage besprochen“ worden sei, und den bayerischen Ministerpräsidenten daran erinnert, daß eine solche Besprechung („wie Sie wissen“) am 21. August stattfinden solle; er habe diesen „äußersten Termin“ eigens deswegen in Aussicht genommen, weil sich Ehard nicht vor dem 20. August mit ihm treffen könne.

Damit steht fest, daß Termin und Ort der Zusammenkunft führender Unionspolitiker zur Diskussion des Wahlergebnisses bereits vor dem Wahltag mit Ehard vereinbart worden sind — vermutlich auch mit anderen Teilnehmern. (Einige sind allerdings erst am 17., einer ist noch am 19. August eingeladen worden.)

<sup>25)</sup> StBAHR 143. Nach einem Bericht der NZ vom 16. August 1949 sind in den „letzten Wochen vor der Wahl“ bereits Gespräche zwischen der CDU/CSU und der FDP geführt und u. a. Franz Blücher als Kandidat für das Amt des Bundesfinanzministers und Robert Lehr für das des Bundesinnenministers genannt worden (StBAHR 143).

Das Gespräch mit Ehard hielt der CDU-Politiker für so wichtig, daß er den bayerischen Ministerpräsidenten am 13. August gebeten hatte, das für den 20. und 21. August vorgesehene Treffen des „Ellwanger Kreises“ um einige Tage zu verschieben: „Ich meine, die besonderen Angelegenheiten der süddeutschen Länder, die Sie in Ellwangen besprechen wollen, vertragen vielleicht doch noch einen kurzen Aufschub.“ (Die Tagung, an der Ehard teilnahm, fand am 19./20. August statt.)

In den ersten drei Tagen nach der Bundestagswahl kommentierte Adenauer deren Ausgang als eindeutigen Sieg der von den Unionsparteien getragenen Wirtschaftspolitik und zog daraus die Folgerung, daß diese — mit dem Namen von Ludwig Erhard verknüpfte und gegen die erbitterte Opposition der SPD im Frankfurter Wirtschaftsrat durchgesetzte — Politik von der ersten Bundesregierung weitergeführt werden müsse<sup>26)</sup>. Adenauer vermied es jedoch sorgfältig, über diese allgemein gehaltene und nicht auf eine bestimmte Koalition bezogene Aussage hinauszugehen. Allerdings erreichte er mit seiner Forderung auf Besetzung des Wirtschaftsministeriums durch einen Unionspolitiker die von ihm damit angestrebte Distanzierung von der SPD.

Dennoch wurden CDU-Politiker, die mit Kommentaren gegen die Bildung einer Großen Koalition vorpreschten, von ihm entweder telefonisch getadelt<sup>27)</sup> oder aber mußten sich — wie L. Erhard, mit dem Adenauer am 19. Au-

<sup>26)</sup> Nach einem Bericht der NZ vom 19. August 1949 hat das SPD-Vorstandsmitglied Fritz Heine in Hannover am Vortage erklärt, die SPD habe nicht die Absicht, Verhandlungen über eine Regierungsbildung vorzuschlagen: „Für die SPD bedeute die Wirtschaftspolitik Erhards den Ruin Deutschlands.“ Es war konsequent, wenn Adenauer in seiner ersten Regierungserklärung am 20. September 1949 im Bundestag erklärte, seine Wahl und die Regierungsbildung seien eine „logische Konsequenz der politischen Verhältnisse, wie sie sich in der Bizone infolge der Politik des Frankfurter Wirtschaftsrats herausgebildet hatten“. (Verhandlungen des Deutschen Bundestags, Stenographische Berichte, S. 22.)

<sup>27)</sup> So der Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU in Frankfurt, Bruno Dörpinghaus, der am 15. August 1949 (vgl. NZ vom 16. August 1949) eine arbeitsfähige Regierungskoalition zwischen CDU/CSU und FDP als „durchaus möglich“ bezeichnet hatte. Vgl. Bruno Dörpinghaus, Die Genfer Sitzungen — Erste Zusammenkünfte führender christlich-demokratischer Politiker im Nachkriegseuropa, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, Bd. 1, S. 545.

gust zu zwei Gesprächen in Bonn zusammentraf — vor der Presse sogar korrigieren<sup>28)</sup>.

Aus dieser taktischen Zurückhaltung erklärt sich auch Adenauers Verhalten nach zwei Gesprächen mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold, einem Verfechter der Großen Koalition, am 18. August. So bestätigte der CDU-Vorsitzende ausdrücklich ein Kommuniqué über dieses Treffen, wonach in der Beurteilung über die gesamte innen- und außenpolitische Lage „volle Übereinstimmung“ geherrscht habe<sup>29)</sup>. Die Tatsache, daß sich die FDP-Führung zu diesem Zeitpunkt bereits eindeutig gegen eine Koalition mit der SPD ausgesprochen hatte<sup>30)</sup>, konnte Adenauer ebenso recht sein wie Pressespekulationen über die bevorstehende Rhöndorfer Konferenz<sup>31)</sup>.

Zu diesem Zeitpunkt waren die Einladungen zu einer „Ausprache führender Persönlichkeiten der CDU/CSU“ am 21. August von Adenauer teilweise bereits hinausgegangen

<sup>28)</sup> Ludwig Erhard, der nach einem Gespräch mit Adenauer am 19. August 1949 erklärt hatte: „Es ist ausgeschlossen, daß eine große Koalition [...] auf Kosten unserer Wirtschaftspolitik gemacht wird“, modifizierte nach einer zweiten Unterredung mit dem CDU-Vorsitzenden seine am gleichen Tage geäußerte Ansicht dahin gehend, daß diese nicht als eine „grundsätzliche Ablehnung einer SPD-CDU-Koalition“ gedeutet werden könne (vgl. NZ vom 20. August 1949). In der gleichen Ausgabe der NZ erschien ein langer Artikel von Ludwig Erhard, Die Zukunft der deutschen Wirtschaftspolitik, der scharfe Angriffe gegen das „sozialistische Dogma der Planwirtschaft“ enthielt. Erhard hatte bereits am Tage nach der Wahl eine Regierungsbildung ohne SPD als durch das Wahlergebnis gerechtfertigt bezeichnet (NZ vom 16. August 1949).

<sup>29)</sup> Vgl. NZ vom 19. August 1949. Zu korrigieren ist F. Alt, Prozeß der Regierungsbildung, S. 76, wonach es Arnold „offensichtlich“ gelungen sei, sich bei Adenauer mit seinen außenpolitischen Argumenten für eine Große Koalition „zunächst durchzusetzen“.

<sup>30)</sup> So als erster Theodor Heuss (bereits am 15. August) und Franz Blücher (am 18. August), der bei dieser Gelegenheit die Forderungen der FDP auf Bildung eines Wiederaufbau- und eines Flüchtlingsministeriums anmeldete und für seine Partei die Besetzung des Verkehrsministeriums forderte (NZ vom 16. und 19. August 1949).

<sup>31)</sup> Der Bonner Korrespondent der NZ, Heinz Medefind, orakelte am 17. August, man habe den Eindruck, als ob Adenauer sowohl mit Karl Arnold wie mit Ludwig Erhard (mit dem er sich am 19. August in Frankfurt treffen wolle) über die Möglichkeit sprechen werde, „ob einer von den beiden den Kanzlerposten übernehmen will. [...] Man glaubt, daß Adenauer eine Klärung [...] noch vor der für kommenden Sonntag angesetzten CDU-Politiker-Konferenz in Rhöndorf herbeiführen möchte“ (NZ vom 18. August 1949).

und von den Adressaten bestätigt worden, teilweise gingen sie noch telegrafisch — die letzte am 19. August an Finanzminister Kaufmann in Stuttgart — mit der Bitte um telegrafische Antwort hinaus. Die Absendefolge läßt erkennen, in welcher Weise der Kreis der Teilnehmer erweitert worden ist, nachdem einige der zunächst Eingeladenen abgesagt bzw. (wie Ehard) einen Vertreter benannt hatten.

Zu den eingeladenen Unionspolitikern gehörten — was bisher nicht genügend beachtet worden ist — sämtliche Landesvorsitzenden der CDU in den drei westlichen Besatzungszonen und in Berlin: Peter Altmeier (Rheinland-Pfalz; zugleich Ministerpräsident), Günter Gereke (Ernährungsminister und stellvertretender Ministerpräsident in Niedersachsen), Anton Dichtel (Südbaden), Johannes Gronowski (Westfalen-Lippe), Fridolin Heurich (Nordbaden), Werner Hilpert (Hessen, dort Finanzminister, MdB), Jakob Kaiser (Vertreter der CDU der Ostzone, MdB), Gebhard Müller (Süd-Württemberg, zugleich Staatspräsident), Hugo Scharnberg (Hamburg, MdB), Walther Schreiber (Berlin), Carl Schröter (Schleswig-Holstein) und Wilhelm Simpfendörfer (Nord-Württemberg, MdB).

Hinzu kamen prominente Mitglieder der Frankfurter Zweizonenverwaltung und der CDU-Fraktion des Wirtschaftsrats, die in den Bundestag gewählt worden waren: Ludwig Erhard (Direktor der Verwaltung für Wirtschaft), Friedrich Holzapfel (Vorsitzender der Unionsfraktion, gleichzeitig Adenauers Stellvertreter im Vorsitz der CDU der britischen Zone), Erich Köhler (Präsident des Wirtschaftsrats und Mitglied des Vorstands der hessischen CDU) und Hermann Pünder (Oberdirektor der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets).

Diesen Adressatenkreis — aus dessen Reihen Ehard, Heurich und Holzapfel eine Absage nach Rhöndorf übermittelten<sup>32)</sup>, während Schreiber offensichtlich zunächst zugesagt hatte, dann jedoch nicht teilnehmen konnte<sup>33)</sup> — ergänzte Adenauer um weitere CDU-Politiker aus den drei Zonen, deren Funktion nicht vergleichbar klar erkennbar ist, zumal nur einige

<sup>32)</sup> Auch bei Simpfendörfer ist in Adenauers beiden Einladungslisten (s. Anm. 24) eine Absage vermerkt. Nach seinem in Anm. 16 erwähnten Hinweis hat der Stuttgarter CDU-Politiker jedoch an der Besprechung teilgenommen.

<sup>33)</sup> Auf der zweiten Einladungsliste ist seine Zusage vermerkt, dann jedoch sein Name wieder gestrichen.



von ihnen in den Bundestag gewählt worden waren: Adolf Cillien (Hannover, MdB, Vorsitzender der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag), Willi Koch (Kiel), Albert Finck (Neustadt/Weinstraße), Edmund Kaufmann (Finanzminister in Stuttgart), Theodor Blank (MdB, Dortmund; auch Mitglied des Wirtschaftsrats) und den Kölner Bankier Robert Pferdenges (ebenfalls Mitglied des Wirtschaftsrats)<sup>34</sup>).

Von Politikern der CSU waren eingeladen bzw. anwesend der bayerische Staatsminister Anton Pfeiffer (als Vertreter von Ehard)<sup>35</sup>, Generalsekretär Franz Josef Strauß (Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrats, MdB) und der stellvertretende Landesvorsitzende und Präsident des Bayerischen Landtags, Michael Horlacher (MdB, dieser kam allerdings mit Verspätung, so daß er Verlauf wie Ergebnis der Diskussionen nicht mehr beeinflusste).

Schließlich nahmen an dem Treffen noch drei Vertrauensleute Adenauers aus der Spitze der CDU-Organisation teil: Alois Zimmer, Regierungspräsident von Montabaur und MdL von Rheinland-Pfalz, der als Wahlkampfleiter fungiert hatte, der Generalsekretär der CDU in der britischen Zone, Josef Löns, und dessen Vorgänger (bis Herbst 1948) Herbert Blankenhorn, Referent Adenauers im Parlamentarischen Rat und sein wichtigster Mitarbeiter auch in den folgenden Monaten. Ob weitere Politiker — wie in Presseberichten erwähnt<sup>36</sup>) — anwesend waren, läßt sich bisher noch nicht

<sup>34</sup>) Nach P. Weymar, Adenauer, S. 427, hat Pferdenges (als einziger?) „inoffiziell“ an den Beratungen teilgenommen. Sein Name ist auf den Einladungslisten nicht vermerkt. Pferdenges war bei der Bundestagswahl infolge seiner Plazierung auf der Landesliste von Nordrhein-Westfalen nicht mehr zum Zuge gekommen, rückte aber nach dem Tod seines Vorgängers im Januar 1950 in den Bundestag ein.

<sup>35</sup>) Pfeiffer ist in beiden Einladungslisten (s. Anm. 24) als Vertreter Ehard's aufgeführt und wird in Presseberichten als Teilnehmer genannt. Auch ist in dem unten abgedruckten Bericht über das Gespräch Adenauer—Ehard am 20. August 1949 in Frankfurt seine beabsichtigte Reise nach Rhöndorf vermerkt. (Unbelegt ist die Mitteilung von K. Dreher, Der Weg zum Kanzler, S. 244, daß Ehard aus „persönlicher Antipathie gegen Adenauer“ nicht nach Rhöndorf gefahren sei und statt dessen „seinen Generalsekretär“ geschickt habe). F. J. Strauß — der sich später nicht an die Teilnahme Pfeiffers erinnern konnte (vgl. K. Dreher, Der Weg zum Kanzler, S. 354) — hat wiederholt erklärt, er allein habe die CSU vertreten. Vgl. seinen Beitrag in dem Sammelwerk: Konrad Adenauer und seine Zeit., Bd. 1, S. 91, und in dem Sammelwerk: Konrad Adenauer 1876/1976, S. 189.

<sup>36</sup>) Vgl. Anm. 11.

klären<sup>37</sup>). Auch ist keine protokollähnliche Aufzeichnung von einem der Teilnehmer bekannt.

## V.

Am 19. und 20. August beriet der „Ellwanger Kreis“ die politische Lage, ohne jedoch Beschlüsse zu fassen. Die Entscheidung über eine Koalitionsbildung sollte der Unionsfraktion des Bundestags überlassen bleiben. Diese Art politischer Enthaltensamkeit kam den Intentionen Adenauers entgegen und erleichterte es ihm, sich mit dem CSU-Vorsitzenden Ehard am 20. August zu verständigen:

Über Verlauf und Ergebnis des in der Presse angekündigten Gesprächs am Samstagnachmittag im Hause der bayerischen Landesvertretung in Frankfurt besitzen wir einen ausführlichen, bisher unbekanntem Bericht, der vom folgenden Tage datiert ist. Dessen Verfasser, Johannes von Elmenau, war in doppelter Funktion in Frankfurt tätig: einmal als Ministerialrat (und Vertreter des Leiters) in der Direktorialkanzlei der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, gleichzeitig aber auch als kommissarischer Bevollmächtigter Bayerns beim Länderrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, nachdem der Leiter der bayerischen Vertretung, Gebhard Seelos, zur Bayernpartei übergewechselt und in den Bundestag gewählt worden war. Elmenau oblag zudem die Bewirtschaftung des Gebäudes der bayerischen Vertretung<sup>38</sup>).

Sein „streng vertraulicher“ Bericht vom 21. August 1949 an die Bayerische Staatskanzlei, z. Hd. von Ministerialrat Fritz Baer<sup>39</sup>), wird seiner Bedeutung wegen im Wortlaut abgedruckt<sup>40</sup>). Einen Durchschlag übermittelte von

<sup>37</sup>) F. Alt, Der Prozeß der Regierungsbildung, S. 79, führt neben Jakob Kaiser einen weiteren „Dr. Kaiser“ auf und bezeichnet Strauß als einzigen CSU-Vertreter, obwohl er auch Pfeiffer zu den Teilnehmern zählt. In der zweiten Auflage von 1975 (s. Anm. 21) hat F. Alt dann „Dr. Kaiser“ gestrichen, den Fehler bezüglich Strauß—Pfeiffer jedoch nicht korrigiert.

<sup>38</sup>) Diese Auskunft verdanke ich Herrn Ministerialdirigent a. D. Dr. h. c. Johannes von Elmenau (München).

<sup>39</sup>) Später Chef der Staatskanzlei. Baer, Die Ministerpräsidenten Bayerns 1945—1962. Dokumentation und Analyse, München 1971, geht auf das Frankfurter Treffen nicht ein. Nach H. Pünder, Von Preußen nach Europa, S. 405, besaß Elmenau „als Münchner“ enge Beziehungen zu „Ehard und dessen Staatsregierung“.

<sup>40</sup>) Nach dem Durchschlag im Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Pünder 265.

Elmenau am gleichen Tage seinem Dienstvorgesetzten Ministerialdirektor Carl Krautwig<sup>41)</sup>. Dieses Exemplar ist von Krautwig und von Oberdirektor Hermann Pünder<sup>42)</sup> am 24. August abgezeichnet worden. Pünder war zum Wochenende zu seiner Familie nach Köln gefahren (offensichtlich auch Krautwig) und hatte an der Rhöndorfer Konferenz am 21. August teilgenommen. Auch wenn ihm der Bericht über den Verlauf des Gesprächs zwischen Adenauer und Ehard erst nachträglich bekannt geworden ist, so entsprach dessen Ergebnis in den Kernpunkten seinen eigenen Überlegungen<sup>43)</sup>.

Der Bericht von Elmenaus vom Sonntag, dem 21. August 1949, aus Frankfurt lautet folgendermaßen:

„Betr.: Regierungsbildung und Personalfragen. In der gestrigen Besprechung zwischen dem Herrn Bayerischen Ministerpräsidenten Ehard und Präsident<sup>44)</sup> Dr. Adenauer (unter Anwesenheit von Minister Pfeiffer und Min.Rat Schwend<sup>45)</sup> sowie zeitweise von Prof. Erhard und Staatsrat Niklas<sup>46)</sup>) wurde über folgendes Einverständnis erzielt:

Eine Koalition mit der SPD wird nicht ernstlich in Erwägung gezogen<sup>47)</sup>. Es wird versucht

<sup>41)</sup> Leiter der Direktorialkanzlei, vorher (1945—1948) Leiter (Oberverwaltungsdirektor) des Büros des Kölner Oberbürgermeisters Hermann Pünder.

<sup>42)</sup> H. Pünder, Von Preußen nach Europa, S. 330 f., bezeichnet v. Elmenau als „ausgezeichneten Bayern“ und „wertvolle Arbeitskraft“.

<sup>43)</sup> Allerdings hatte Pünder offensichtlich eher mit seiner Nominierung als Kandidat für ein Ministeramt als mit der für das Amt des Staatssekretärs in der Bundeskanzlei (s. Anm. 70) gerechnet.

<sup>44)</sup> Bezieht sich auf Adenauers Amt als Präsident des Parlamentarischen Rats.

<sup>45)</sup> Karl Schwend, wichtigster Mitarbeiter Ehards in der Staatskanzlei und Nachfolger Pfeiffers als deren Leiter. In zwei einschlägigen Aufsätzen von Karl Schwend ist das Treffen Adenauer—Ehard nicht erwähnt: Aus der Werkstatt des Bundesbaues, in: Unser Bayern, hrsg. von der Bayerischen Staatskanzlei, München 1950, S. 10 ff.; Bayern im Rhythmus des Gestaltwandels der deutschen Staatsentwicklung, in: Festschrift zum 70. Geburtstag von Dr. Hans Ehard, hrsg. von Hanns Seidel, München 1957, bes. S. 47 f.

<sup>46)</sup> Wilhelm Niklas, stellvertretender Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt (Direktor war Hans Schlange-Schöningen), 1945—1947 Staatsrat im Bayerischen Landwirtschaftsministerium, 1947/48 o. Professor und Direktor des Instituts für Tierzucht der Universität München.

<sup>47)</sup> Danach ist die spätere Version von F. J. Strauß zu korrigieren, wonach Ehard eine „große Koalition“ gewollt habe (vgl. K. Dreher, Der Weg zum Kanzler, S. 356). Vorsichtiger formulierte Strauß

werden, eine Koalition nur mit der FDP einzugehen. Bundeskanzler soll Dr. Adenauer werden, der an sich Herrn Ministerpräsident Ehard als den geeignetsten Kanzler bezeichnete, jedoch Bedenken gegen dessen Wahl zum Ausdruck brachte, da Ministerpräsident Ehard gegen das Grundgesetz gestimmt hat<sup>48)</sup>. Von bayerischer Seite wurde diesem Bedenken nicht widersprochen.

Als Bundespräsident wurde Dr. Heuss<sup>49)</sup> in Aussicht genommen, als Präsident des Bundestages Dr. Köhler<sup>50)</sup>.

Über die Besetzung des Bundeswirtschaftsministeriums mit Prof. Dr. Erhard bestand Einverständnis.

Von bayerischer Seite wurde Anspruch auf das Bundesfinanzministerium erhoben und hierfür Dr. Ringelmann<sup>51)</sup> vorgeschlagen. Eine Kandidatur Minister Blüchers<sup>52)</sup> für das Bundesfinanzministerium wurde von bayerischer Seite als nicht tragbar bezeichnet. Die Kandida-

1975, seine Erklärung sei durch die Haltung Ehards „nicht ganz“ gedeckt gewesen. Gedanken über Konrad Adenauer, S. 191; vgl. auch seine Äußerungen unten in Anm. 77.

<sup>48)</sup> Der bayerische Ministerrat hatte am 10. Mai 1949 beschlossen, das Grundgesetz abzulehnen und eine entsprechende Stellungnahme auch dem Landtag empfohlen, der sich in der Nacht vom 19. zum 20. Mai — nach einer Regierungserklärung Ehards — in namentlicher Abstimmung mit 101 Stimmen gegen 64 Stimmen bei 9 Enthaltungen gegen die Annahme des Grundgesetzes aussprach. Dazu vgl. Hans Ehard, in: Die bayerischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit (1945—1963), Historisch-politische Schriftenreihe des Neuen Presseclubs München, H. 3, München 1964, S. 26 f.; F. Baer, Die Ministerpräsidenten Bayerns, S. 120 ff.; Ernst Deuerlein und Wolf D. Gruner, Die politische Entwicklung Bayerns (1945—1972), in: Handbuch der bayerischen Geschichte, hrsg. von Max Spindler, Bd. 4/1, München 1974, S. 614 f.

<sup>49)</sup> Theodor Heuss, Vorsitzender der FDP, MdL (Baden-Württemberg), MdB.

<sup>50)</sup> Erich Köhler, Präsident des Wirtschaftsrats in Frankfurt, MdL und Vorsitzender der CDU-Fraktion des hessischen Landtags, stellvertretender Vorsitzender der CDU in Hessen, MdB.

<sup>51)</sup> Richard Ringelmann, Ministerialdirektor im Bayerischen Finanzministerium, hatte als Sachverständiger an Ausschüßberatungen des Parlamentarischen Rates wesentlich mitgewirkt. (Vgl. auch seinen Aufsatz „Grundsätzliche Fragen zur Organisation der Bundesverwaltung“, in: Die öffentliche Verwaltung 2 [Aug.-Heft] 1949, S. 295 ff.)

<sup>52)</sup> Franz Blücher, stellvertretender Vorsitzender der FDP, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat, vorher (1946/47) Finanzminister in Nordrhein-Westfalen, MdB. Am 23. August 1949 erklärte der hessische FDP-Vorsitzende August Euler, seine Partei habe Blücher für das Amt des Bundesfinanzministers vorgesehen (vgl. NZ vom 24. August 1949).

tur Höpker-Aschoffs<sup>53</sup>) für das Bundesfinanzministerium erscheint von seiten der FDP nicht mehr vertreten zu werden<sup>54</sup>).

Im Laufe der Besprechungen ergab sich Folgendes:

Für den Fall, daß ein süddeutscher Bundesfinanzminister aus Kreisen der CDU/CSU — als welcher neben Dr. Ringelmann auch Dir. Hartmann<sup>55</sup>) und Dr. Hilpert<sup>56</sup>) genannt wurden — gegen die FDP nicht durchzusetzen sein sollte, würde von süddeutscher Seite erwogen werden, eine Kandidatur Dr. Wellhausens<sup>57</sup>) für das Bundesfinanzministerium hinzunehmen. Die FDP scheint Dr. Wellhausen unter allen Umständen als Minister präsentieren zu wollen. Sollte er als Finanzminister nicht in Frage kommen, würde die FDP ihn wohl als Verkehrsminister präsentieren. Mit letzterer Lösung wäre man von bayerischer Seite einverstanden unter der Voraussetzung, daß als Staatssekretär Ministerialdirigent Brunner<sup>58</sup>) fungieren würde.

Für das Landwirtschaftsministerium wurde von bayerischer Seite Dr. Niklas genannt. Der Vorschlag fand grundsätzlich das Interesse Dr. Adenauers. Von bayerischer Seite wurde jedoch betont, daß Dr. Niklas als Fachminister gewertet würde, nicht als Vertreter der CSU im Bundeskabinett. Daneben scheint die Kandidatur Dr. Schlanges<sup>59</sup>) noch immer erwogen

zu werden. Eine Kandidatur Minister Lübkes<sup>60</sup>) als Bundeslandwirtschaftsminister wurde von bayerischer Seite unbedingt abgelehnt. Dr. Adenauer scheint dieser Stellungnahme beizupflichten.

Im Falle einer Besetzung des Innenministeriums durch Dr. Lehr<sup>61</sup>) oder ein anderes Mitglied der norddeutschen CDU wurde von bayerischer Seite die Besetzung des Staatssekretär- oder Ministerialdirektor-Postens durch Ritter von Lex<sup>62</sup>) gefordert.

Für das Bundesarbeitsministerium benannte Dr. Adenauer zuerst Herrn Storch<sup>63</sup>), gegen den erhebliche Bedenken vorgebracht wurden. Sodann wurde die Kandidatur Herrn Blanks<sup>64</sup>) (Abgeordneter des Wirtschaftsrats, Christlicher Gewerkschaftler) in unverbindliche Aussicht genommen. Ich versuchte geltend zu machen, daß im Bundesarbeitsministerium unbedingt ein Vertreter der klassischen Schule der Sozialversicherung nach Art von Dr. Grieser<sup>65</sup>), Dr. Eckert<sup>66</sup>) oder Min.Rat Sauerborn<sup>67</sup>) an maßgeblicher Stelle eingesetzt werden müsse.

Es soll versucht werden, Minister Blücher die Vizekanzlerschaft anzubieten<sup>68</sup>) und ihm das Ministerium für Wiederaufbaufragen zu übertragen. Jakob Kaiser<sup>69</sup>) soll Minister für die Ostgebiete und für Flüchtlingsfragen werden. Zu meiner Überraschung sprach sich Herr Dr. Adenauer gegen ein Bundesministerium für

<sup>53</sup>) Hermann Höpker-Aschoff, 1925—1931 preußischer Finanzminister (DDP/Staatspartei), 1945 Generalreferent für Finanzen (Westfalen), 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rats (FDP), MdB. Im Handbuch des Deutschen Bundestags, hrsg. von Fritz Sänger, Stuttgart 1952<sup>2</sup>, ist für die Zeit von 1946—1948 keine berufliche Tätigkeit Höpker-Aschoffs verzeichnet (S. 269).

<sup>54</sup>) Demgegenüber erklärte der stellvertretende FDP-Vorsitzende Blücher am 28. August 1949, für seine Partei kämen als Finanzminister entweder Wellhausen (s. Anm. 57) oder Höpker-Aschoff in Frage (vgl. NZ vom 29. August 1949).

<sup>55</sup>) Alfred Hartmann, seit 1947 Direktor der Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt, vorher Ministerialdirigent im Bayerischen Finanzministerium.

<sup>56</sup>) Werner Hilpert, Vorsitzender der CDU in Hessen, hessischer Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident, MdB (bis 10. Oktober 1949).

<sup>57</sup>) Hans Wellhausen, Fabrikdirektor in Nürnberg, Mitglied des Wirtschaftsrats (FDP), MdB.

<sup>58</sup>) Heinrich Brunner, Ministerialdirigent im Bayerischen Verkehrsministerium.

<sup>59</sup>) Reichsminister a. D. Hans Schlange-Schöningen (CDU), Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt, MdB. Bereits vor dem Wahltag war Schlange-Schöningen, Verfechter einer Großen Koalition, in Pressespekulationen häufig als Kandidat für den Posten des Bundes-

landwirtschaftsministers genannt worden. Er selbst scheint seine Nominierung für das Amt des Bundespräsidenten erwartet zu haben.

<sup>60</sup>) Heinrich Lübke (CDU), Landwirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen, MdB.

<sup>61</sup>) Robert Lehr, Oberpräsident a. D., Mitglied des Parlamentarischen Rats (CDU), MdB. Lehr war bereits vor dem Wahltermin in der Presse als aussichtsreicher Kandidat für das Amt des Bundesinnenministers genannt worden.

<sup>62</sup>) Hans Ritter v. Lex, Ministerialdirektor im Bayerischen Innenministerium, 1932/33 Mitglied des Reichstags (BVP).

<sup>63</sup>) Anton Storch, Direktor der Verwaltung für Arbeit des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt, 1946—1948 Leiter der Sozialpolitischen Abteilung des DGB in der britischen Zone, MdB (CDU).

<sup>64</sup>) Theodor Blank, Vorstandsmitglied der IG-Bergbau, MdB (CDU).

<sup>65</sup>) Andreas Grieser, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziale Fürsorge.

<sup>66</sup>) Josef Eckert, Leiter der Abteilung Sozialversicherung im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziale Fürsorge.

<sup>67</sup>) Maximilian Sauerborn, Präsident des Bayerischen Landesversicherungsamts.

<sup>68</sup>) Davon war in Presseberichten die Rede gewesen.

<sup>69</sup>) Vorsitzender der CDU der Ostzone, MdB (CDU).

zwischenstaatliche Angelegenheiten aus und befürwortete die Errichtung eines Staatssekretariats für diesen Aufgabenbereich unter dem Bundeskanzler. Als Staatssekretär hierfür wurde Herr Oberdirektor Dr. Pünder vorgeschlagen<sup>70)</sup>.

Ein weiterer Staatssekretär soll in der Bundeskanzlei<sup>71)</sup> vorgesehen werden. Seine Besetzung mit einem Angehörigen der FDP scheint von Dr. Adenauer ursprünglich beabsichtigt gewesen zu sein; von bayerischer Seite wurden hiergegen Bedenken erhoben unter Hinweis auf die ungünstigen Erfahrungen mit politisch anders orientierten Staatssekretären gelegentlich der früheren bayerischen Koalition<sup>72)</sup>. Dr. Adenauer schien sich diesen Bedenken anzuschließen.

Von bayerischer Seite wurde zum Ausdruck gebracht, daß Ministerpräsident Ehard Mitglied des Bundesrates werden würde, ebenso Minister Pfeiffer und drei weitere bayerische Ressortminister. Von bayerischer Seite würde in diesem Falle Wert darauf gelegt werden, daß Ministerpräsident Ehard den Posten des Präsidenten des Bundesrates übernimmt<sup>73)</sup>. Dr. Adenauer war damit einverstanden.

Es bestand Einverständnis darüber, daß die Entscheidung über die vorgenannten Vorschläge von den Fraktionen der CDU/CSU in Bonn zu treffen ist. An den heutigen Besprechungen bei Dr. Adenauer in Rhöndorf nehmen u. a. Prof. Erhard, Minister Pfeiffer und Präsident Horlacher<sup>74)</sup> teil. Um den 31. ds. Mts. soll die erste Sitzung der neugewählten CDU-Fraktion des Bundestages in Godesberg stattfinden.<sup>75)</sup>

<sup>70)</sup> Hinter dieser mehr organisationstechnisch erscheinenden Änderung stand eine klare Konzeption Adenauers, die auswärtigen Angelegenheiten vorerst in der Hand des Bundeskanzlers zu belassen. Dabei spielten Differenzen zwischen ihm und Pünder eine Rolle; vgl. dazu R. Morsey, Personal- und Beamtenpolitik im Übergang von der Bizonen- zur Bundesverwaltung, bes. S. 214 ff.

<sup>71)</sup> 1950 in Bundeskanzleramt umbenannt.

<sup>72)</sup> Vom Dezember 1946 bis zum September 1947 hatte Hans Ehard als Ministerpräsident eine Regierungskoalition von CSU/SPD/WAV geführt.

<sup>73)</sup> Gemeint: zum ersten Präsidenten des Bundesrats (mit einjähriger Amtsdauer) gewählt werden soll.

<sup>74)</sup> Michael Horlacher, Präsident des Bayerischen Landtags, stellvertretender Landesvorsitzender der CSU, Vizepräsident des Deutschen Raiffeisenverbands, MdB (CSU).

<sup>75)</sup> Die CDU/CSU-Fraktion konstituierte sich am 1. September 1949 im Bürgerversammlung in Bonn und wählte Adenauer zum Fraktionsvorsitzenden. Am Vortag hatten sich die CSU-Abgeordneten zu einer Landesgruppe zusammengeschlossen.

## V.

Allem Anschein nach haben bei den Rhöndorfer Beratungen am folgenden Tage weder Adenauer noch Erhard noch Pfeiffer mit dem Ergebnis des Frankfurter Treffens argumentiert, bei dem sich Adenauer und Hans Ehard „gut verstanden“ hatten<sup>76)</sup>. Ob der Hausherr und Versammlungsleiter seinerseits vom positiven Ausgang des voraufgegangenen „Spitzengesprächs“ einige Unionspolitiker vertraulich unterrichtet hat, ist nicht nachweisbar; CSU-Generalsekretär Strauß jedenfalls gehörte seiner eigenen Auskunft nach nicht dazu. Allerdings kannte er die Intentionen Ehards in bezug auf eine Koalitionsbildung ohne SPD, die er dezidiert vertreten hat<sup>77)</sup>. Strauß' Kommentar über die Rhöndorfer Besprechungen, die CSU sei mit Adenauer „unter betonter Wahrung der bayerischen Interessen“ einig geworden<sup>78)</sup>, schließt indirekt die voraufgegangene Verständigung des Hausherrn mit Ehard ein. In Rhöndorf hat Adenauer die Argumentation des jungen CSU-Generalsekretärs — von der er seit dem Vortag wußte, daß sie der Linie Ehards und Pfeiffers entsprach — geschickt aufgegriffen und durch Hinweis auf die andernfalls drohende Gefahr einer Spaltung der Union entsprechend verstärkt.

In Kenntnis der Frankfurter Vorabverständigung lassen sich drei neue Teilergebnisse zur Vorgeschichte der ersten Regierungsbildung von 1949 formulieren:

1. Spätere Äußerungen Adenauers, aber auch Strauß', soweit sie dem Einsatz des CSU-Sprechers ausschlaggebende Bedeutung für den Ausgang der Rhöndorfer Beratungen im Sinne einer Koalitionsbildung ohne die Sozialdemokratie zugemessen haben, müssen modifiziert werden<sup>79)</sup>.

<sup>76)</sup> Nach Mitteilung Pfeiffers (vgl. Die Rheinpfalz [Ludwigshafen] vom 23. August 1949).

<sup>77)</sup> Nach einer späteren schriftlichen Äußerung verfügte F. J. Strauß über „weitgehende Vollmachten“, die ihm Ehard gegeben habe (vgl. F. Alt, Prozeß der Regierungsbildung, S. 79). Ähnlich Alf Mintzel, Geschichte der CSU, Opladen 1977, S. 365, wobei allerdings dessen Folgerung, daß sich Ehard nicht selbst „eingeschaltet“ hatte, in Kenntnis des Frankfurter Treffens mit Adenauer entsprechend zu korrigieren ist.

<sup>78)</sup> Rhein-Neckar-Zeitung vom 22. August 1949.

<sup>79)</sup> In einer Sitzung führender CDU- und CSU-Politiker am 31. August 1949 (s. Anm. 10) erklärte Adenauer, das Eintreten von Strauß in Rhöndorf gegen eine Große Koalition sei ihm von Ministerpräsident Ehard bestätigt worden (StBAHR 161). Der CDU-Politiker ließ jedoch nicht erkennen, daß er sich diese „Bestätigung“ bereits vorher verschafft hatte.

2. Adenauer hat mit der CSU-Spitze bereits vor dem Treffen vom 21. August 1949 nicht nur die personelle Besetzung der Schlüsselstellungen — Bundespräsident, Bundestagspräsident, Bundeskanzler und Bundeswirtschaftsminister — abgesprochen, sondern auch eine Reihe weiterer Ämterbesetzungen.

3. Der designierte Bundeskanzler war von vornherein bereit, für das Zustandekommen einer von den Unionsparteien getragenen Regierungskoalition (und als deren Voraussetzung die Bildung einer CDU/CSU-Bundestagsfraktion) weitgehende personelle Zugeständnisse zugunsten des kleineren Partners zu machen. Dazu gehörte auch seine Bereitschaft, einzelne Politiker der CDU wie der FDP nicht in die Bundesregierung aufzunehmen (wobei offenbleiben kann, ob Adenauer ein Verzicht auf die entsprechenden Persönlichkeiten schiefgefallen ist).

Am 30. August 1949 erklärte Ministerpräsident Ehard in München, Bayern müsse die Möglichkeit zur Mitarbeit im Bund erhalten und habe deswegen einen Bundesminister und Stellen in anderen Ministerien gefordert, die für eine föderalistische Linienführung der Bundespolitik von Bedeutung seien<sup>80)</sup>. Bereits einige Tage vorher hatte Strauß „leitende Stellungen“ im Bundesfinanzministerium für Ringelmann und Niklas und im Bundesinnenministerium für Ritter v. Lex gefordert<sup>81)</sup>.

Adenauer konnte seine personalpolitischen Vorstellungen, wie er sie am 20. August 1949 gegenüber Ehard entwickelt bzw. soweit er sich mit dessen Vorschlägen einverstanden erklärt hatte, nach seiner Wahl zum Bundeskanzler am 15. September jedoch keineswegs alle realisieren. Er sah sich gezwungen, innerparteilichen und koalitionspolitischen, eingeschlossen konfessionellen Proporzforderungen nachzugeben. Vor allem mußte er der CSU weiter entgegenkommen, als bei dem Frankfurter Treffen mit Ehard in Aussicht genommen.

Entsprechende Konzessionen waren die Folge eines personalpolitischen Schachzugs, mit dem der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Arnold die Absicht Adenauers und Ehards durchkreuzte, den bayerischen Ministerpräsidenten zum ersten Präsidenten des Bundesrats wählen zu lassen. Arnold setzte mit Hilfe der SPD-regierten Länder durch, daß er selbst am 7. September 1949 vom Bundesrat (auf Vor-

schlag Altmeiers) anstelle seines bayerischen Kollegen<sup>82)</sup> — für dessen Wahl sich Adenauer noch am Vortag in der CDU/CSU-Fraktion eingesetzt hatte<sup>83)</sup> — zum Präsidenten gewählt wurde<sup>84)</sup>. Diese „Nacht-und-Nebel-Aktion“<sup>85)</sup> Arnolds brachte das Konzept des designierten Bundeskanzlers erheblich durcheinander und komplizierte erneut die Koalitionsverhandlungen<sup>86)</sup>. Deren erfolgreicher Abschluß gelang schließlich durch erhebliche Vergrößerung des Kabinetts (der Organisationsausschuß der Ministerpräsidentenkonferenz hatte acht Bundesminister vorgeschlagen).

Die Besetzung der wichtigsten Ressorts erfolgte im Sinne der Frankfurter Absprache. Das galt für Blücher (Vizekanzler), Erhard, Kaiser und Niklas sowie für die Staatssekretäre Ritter von Lex (Bundesinnenministerium), Hartmann (Bundesfinanzministerium) und Sauerborn (Bundesarbeitsministerium); Eckert trat als Abteilungsleiter in das Bundesarbeitsministerium ein.

Demgegenüber hat sich Adenauer in einem Falle (Bundesarbeitsminister) über bayerische Bedenken hinweggesetzt (Storch), während er den ebenfalls von der CSU vorgeschlagenen bzw. akzeptierten CDU-Abgeordneten Pünder nicht in das Kabinett berief. Dafür sah sich der Bundeskanzler jedoch gezwungen, neben Niklas zwei weitere CSU-Vertreter zu Ressortchefs zu ernennen: Fritz Schäffer (Bundesfi-

<sup>82)</sup> Nach dem in Anm. 13 genannten Schreiben von Staatspräsident G. Müller an Adenauer vom 23. August 1949 war in der Rhöndorfer Besprechung auch — was Müller als bedenklich bezeichnete — über die „Einbeziehung des Präsidenten des Bundesrats in die Koalitionsverhandlungen“ gesprochen und Ehard als Kandidat genannt worden.

<sup>83)</sup> StBAHR 161.

<sup>84)</sup> Ehard erklärte daraufhin, er fühle sich desavouiert (vgl. E. Deuerlein, W. D. Gruner, Die politische Entwicklung Bayerns, S. 621, und die Mitteilungen von F. J. Strauß bei K. Dreher, Der Weg zum Kanzler, S. 357, ferner F. Baer, Die Ministerpräsidenten Bayerns, S. 130). Zwei Tage zuvor hatte in der CDU/CSU-Fraktion bei der Nominierung eines Kandidaten für das Amt des Bundestagspräsidenten Josef Gockeln (Landtagspräsident in Düsseldorf, wie Arnold Repräsentant des Arbeitnehmerflügels der CDU) 16 Stimmen erhalten, während 100 Abgeordnete (in geheimer Wahl) für Erich Köhler votiert hatten.

<sup>85)</sup> So Günter Mächler, Zum frühen Verhältnis von CDU und CSU, in: Politische Studien 23, 1972, S. 612.

<sup>86)</sup> Für diese Fragestellung unergiebig: Werner Lederer, Die Einflußnahme der kleinen Koalitionsparteien auf die Regierungspolitik des Bundeskanzlers in den Jahren 1949—1957, Rechts- und staatswiss. Diss., Kiel 1967.

<sup>80)</sup> Vgl. NZ vom 31. August 1949.

<sup>81)</sup> Vgl. Die Welt vom 27. August 1949.

nanzminister)<sup>87)</sup> und Hans Schuberth (Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen)<sup>88)</sup>. Damit besetzte die CSU mit ihrem 11-v. H.-Mandatsanteil an der Regierungskoalition drei der schließlich auf insgesamt 13 Ressorts ausweiteten Ministerien der Bundesregierung.

Auf diese Weise gewann die kleinere Unionspartei erheblichen Einfluß in der ersten Bundesregierung (und vermochte ihn noch lange darüber hinaus zu behalten); er ging weit über das — mehr symbolische — Gewicht hinaus, das Bayern mit der Übernahme der ersten Präsidentschaft des Bundesrats hätte erreichen können. Auch in dieser Hinsicht war das Ergebnis des Frankfurter Spitzengesprächs vom 20. August 1949 folgenreicher, als auf den ersten Blick erkennbar. Es hat gleichzeitig dazu beigetragen, das auch weiterhin keines-

wegs spannungslose, aber insgesamt gute Verhältnis zwischen den beiden führenden Unionspolitikern<sup>89)</sup> zu festigen<sup>90)</sup> und leistete damit einen wesentlichen Beitrag zur „Normalisierung“ des Verhältnisses zwischen Bayern und dem Bund.

<sup>87)</sup> 1929—1933 Vorsitzender der BVP, 1931—1933 Staatsrat und Leiter des Bayerischen Finanzministeriums, 1945 Ministerpräsident, 1946—1948 CSU-Bezirksverbandsvorsitzender, September 1948 bis August 1949 nicht Mitglied der CSU, MdB.

<sup>88)</sup> Direktor der Verwaltung für Post- und Fernmeldewesen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, vorher Staatssekretär im Bayerischen Verkehrsministerium.

<sup>89)</sup> Dieses Verhältnis war ein einziges Mal ernsthaft belastet worden, nachdem Ehard am 26. Oktober 1948 in Bonn durch seine Geheimabspache mit dem SPD-Abgeordneten des Parlamentarischen Rats und Innenminister von Nordrhein-Westfalen Walter Menzel die Zustimmung der SPD zur Gestaltung der zweiten Kammer in Form eines Bundesrats erreicht und damit die Unionsfraktion an den Rand einer Spaltung gebracht hatte; vgl. dazu Rudolf Morsey, Der politische Aufstieg Konrad Adenauers 1945—1949, in: Konrad Adenauer, Seine Deutschland- und Außenpolitik 1945—1963, hrsg. von Klaus Gotto, Hans Maier, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, München 1971, S. 85 f.; ders., Die Entstehung des Bundesrates im Parlamentarischen Rat, in: Der Bundesrat als Verfassungsorgan und politische Kraft, hrsg. vom Bundesrat, Bad Honnef 1974, S. 71. Das Verhältnis Adenauer—Ehard wäre einer besonderen Darstellung wert.

<sup>90)</sup> In einem Schreiben vom 19. Mai 1949 hatte Adenauer den bayerischen Ministerpräsidenten dringend gebeten, den Vorsitz der CSU zu übernehmen, um eine drohende Spaltung der Partei zu verhindern (StBAHR 145).

# Die deutsche Politik im Generalgouvernement Polen 1939–1945

## Aus dem Diensttagebuch des Generalgouverneurs Hans Frank

Die Politik des Großdeutschen Reiches im Generalgouvernement Polen ist in großen Zügen bekannt<sup>1)</sup>. Ihre möglichst genaue Detailkenntnis kann aber dazu beitragen, die in ihr enthaltene historische Belastung des deutsch-polnischen Verhältnisses allmählich abzubauen. Als nützliches Instrument der Wissenserweiterung liegt seit kurzem die umfangreiche Veröffentlichung des Diensttagebuchs des deutschen Generalgouverneurs Hans Frank vor<sup>2)</sup>.

Das Münchner Institut für Zeitgeschichte hat eine für wissenschaftliche Zwecke mustergültige Quellenedition publiziert. Wegen ihres enormen Umfangs (900 Seiten) und ihrer ästhetischen Form (abgesehen von einer eher verwaltungsgeschichtlich gehaltenen Einleitung und einer groben Unterteilung nach Jahren ohne innere Strukturierung) wird diese für die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert so wichtige Quelle nur auf einen engen Kreis von Spezialisten und Professionellen beschränkt bleiben. Für die politische und historische Bildung der Deutschen ist es aber wünschenswert, daß wenigstens die aussagekräftigsten Stellen des Frank-Diensttagebuchs weiter bekannt werden. Da nicht sicher ist, ob es jemals zu einer durchaus denkbaren Taschenbuchausgabe kommt, die eine komprimierte Auswahl mit einer einführenden und erklärenden Kommentierung in einzelnen Kapiteln bieten müßte, soll hier der Versuch gemacht werden — ähnlich wie mit dem Tagebuch Kurt Riezlers

aus dem Ersten Weltkrieg<sup>3)</sup> —, für ein breiteres interessiertes Publikum den wesentlichen Gehalt des Frank-Diensttagebuchs aus dem Zweiten Weltkrieg in übersichtlicherer Form als Anregung und Orientierung zur intensiveren Quellenlektüre vorzulegen.

Wie beim Riezler-Tagebuch ist das Verfahren eine Kombination von Resümee und ausführlichen Zitaten, alles in chronologischer Reihenfolge, weil sich daraus die innere Logik des Geschehens am ehesten erschließt. Hinzu kommen knappe Erläuterungen des jeweiligen Zusammenhangs und eine Unterteilung in Kapitel, die sich nicht aus dem bloßen Ablauf der Jahre ergibt, wie in der ursprünglichen Quellenausgabe, sondern aus der inneren Struktur des Zweiten Weltkriegs, soweit er Polen bzw. das deutsche Generalgouvernement betraf: die Anfänge des Generalgouvernements bis zum Beginn der deutschen Offensive im Westen (September 1939 bis Mai 1940); das Großdeutsche Reich auf dem Höhepunkt seiner Macht (Mai 1940 bis Dezember 1941); Krise und Ende des Generalgouvernements (Dezember 1941 bis Januar 1945).

Selbstverständlich ist eine Vollständigkeit auch nicht annähernd möglich. Die Auswahl soll nur einen Eindruck von der deutschen Politik im Generalgouvernement vermitteln, vor allem auch einen Eindruck von der Mentalität deutscher Herrschaft. Eintragungen über lokale und regionale Zustände und Entwicklungen werden nur herangezogen, wenn sie ein Licht auf die gesamt-polnische Situation werfen<sup>4)</sup>. Eine ausführlichere Kommentierung oder moralische Beurteilung erübrigt sich, da die Zitate für sich selbst sprechen.

<sup>1)</sup> Vgl. Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Frankfurt 1965<sup>2</sup>; Christian Kleßmann, Die Selbstbehauptung einer Nation. Nationalsozialistische Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939–1945, Düsseldorf 1971; als erste Einführung vgl. auch Hans Roos, Geschichte der polnischen Nation 1916–1960, Urban-Bücher 49, Stuttgart 1961, S. 171–206.

<sup>2)</sup> Werner Präg, Wolfgang Jacobmeyer (Hrsg.), Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945. Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 20, Stuttgart 1975.

<sup>3)</sup> Immanuel Geiss, Weltherrschaft durch Hegemonie. Die deutsche Politik im Ersten Weltkrieg nach den Riezler-Tagebüchern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/72.

<sup>4)</sup> Zur Einsparung von den Lesefluß hemmenden Fußnoten werden referierte oder zitierte Stellen nur mit dem Datum des Dokuments, meistens Protokolle von Arbeitssitzungen und Besprechungen beim Generalgouverneur, nachgewiesen, bei längeren Dokumenten (mehr als eine Druckseite) mit Angabe der Seite. Zusätzliche Erläuterungen bleiben auf ein unerläßliches Minimum beschränkt.

# I. Anfänge des Generalgouvernements bis zum Beginn der deutschen Offensive im Westen (September 1939 bis Mai 1940)

Hans Frank, geboren 1900, war einer der führenden Justizpolitiker des Dritten Reichs. Nach Teilnahme am Ersten Weltkrieg (1918) und an Nachkriegskämpfen in einem Freikorps, studierte er Jura und Volkswirtschaft, promovierte zum Dr. jur. (1924) und wurde Rechtsanwalt (1927). Er trat früh in die NSDAP ein (1923) und gehörte zur Fraktion der NSDAP im Reichstag nach dem ersten Wahlerfolg der NSDAP (1930). Bekannt wurde Frank als Strafverteidiger von Nationalsozialisten vor 1933. Nach Hitlers Machtergreifung wurde er bayerischer Justizminister (März 1933) und führte anschließend als Reichskommissar die politische Gleichschaltung der Justiz durch (1933/34), äußerlich institutionalisiert in der Gründung der Deutschen Rechtsfront. Allerdings war er, auch als Präsident der Akademie für Deutsches Recht und als Reichsminister ohne Geschäftsbereich (1934/45), ohne direkten Einfluß auf die laufende Gesetzgebung im Dritten Reich.

Als sich der Zusammenbruch des von drei Seiten angegriffenen Polens abzeichnete, erhielt Frank, damals als Reichsminister und Reserveleutnant in Potsdam<sup>5)</sup>, nach Besprechungen mit Göring am 12. und Hitler am 15. September 1939 den Auftrag, eine deutsche Zivilverwaltung im besetzten Polen aufzubauen. Sitz der Dienststelle wurde zunächst Posen, ab 26. Oktober Lodz, seit dem 7. November 1939 Krakau auf dem als „Krakauer Burg“ umbenannten Wawel (29. 10.)<sup>6)</sup>. Das Diensttagebuch beginnt mit einer Eintragung vom 26./27. Oktober 1939 über ein Essen, das Frank in Warschau dem Reichsführer SS Heinrich Himmler „zu Ehren der deutsch-sowjetischen Grenzkommission“ gab. Bei einer ersten Besprechung von Finanzfragen in Lodz wies er „insbesondere darauf hin, daß alle Handlungen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt ihrer Zweckmäßigkeit für das Deutsche Reich getroffen werden müssen“ (28. 10.). Die Unterordnung Polens bzw. des Generalgouvernements unter die deutschen Interessen ist gleichsam ein Leitmotiv, das sich durch das gesamte Diensttagebuch Franks hindurchzieht.

<sup>5)</sup> Diese Angaben nach den „Vorbemerkungen“ zur Eröffnung des Diensttagebuchs, ebenda, S. 45.

<sup>6)</sup> Ebenda, S. 50.

Aufschluß über die politische Zusammensetzung der deutschen Beamtenschaft im Generalgouvernement gibt Franks Richtlinie für die Behandlung von Bewerbungsgesuchen deutscher Beamte:

„Da das besetzte Gebiet zu einer absolut rein nationalsozialistischen Domäne gewandelt werden müsse, könnten im Generalgouvernement nur rein aktivistische nationalsozialistische Kämpfer zur Verwendung kommen. Daher bitte er den Stellvertreter des Führers<sup>7)</sup> und die Reichsleiter Lutze<sup>8)</sup>, Himmler<sup>9)</sup> und Hünlein<sup>10)</sup> um die Abkommandierung geeigneter, kämpferisch eingestellter Männer.“ (28. 10.)

Drei Tage später tauchten in einer grundlegenden Besprechung, an der neben Frank u. a. Reichsminister Seyß-Inquart und Reichspropagandaminister Goebbels teilnahmen, weitere Motive deutscher Herrschaft in Polen auf: Himmlers Wunsch wurde mitgeteilt, „daß alle Juden aus den neu erworbenen Reichsgebieten entfernt würden“.

„Bis zum Februar sollten auf diese Weise etwa 1 000 000 Menschen in das Generalgouvernement eingebracht werden. Die in den besetzten polnischen Gebieten vorhandenen gutrassigen Familien (etwa 400 000 Menschen) sollten in das Reich überführt, dort vereinzelt untergebracht und so völkisch ent wurzelt werden.“

Im Zusammenhang mit der Versorgung deutscher Beamter im Generalgouvernement umriß Frank die Hierarchie „völkischer“ Wertigkeiten — Deutsche, Volksdeutsche, Polen, Juden:

„Ganz klar müsse der Unterschied zwischen dem deutschen Herrenvolk und den Polen herausgestellt werden. Neben den Beamten müßten die Volksdeutschen direkt versorgt werden. Die NSV<sup>11)</sup> sei ausschließlich für die Deutschen da, während sich die Polen — von den Juden sei überhaupt nicht die Rede — selbst helfen müßten, damit die ‚polnische Gemeinschaftsseele‘ ihr Leistungsvermögen zeigen könne.“ (31. 10., S. 53)

Frank selbst gab die Richtlinie für einen weiteren wichtigen „Ordnungspunkt“ aus, der auch so in die Tat umgesetzt wurde:

„Den Polen dürften nur solche Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden, die ihnen

<sup>7)</sup> Rudolf Heß.

<sup>8)</sup> Stabschef der SA 1934—1943.

<sup>9)</sup> Reichsführer SS, Chef der Gestapo, der Polizei etc.

<sup>10)</sup> Führer des NS-Kraftfahr-Korps (NSKK).

<sup>11)</sup> Nationalsozialistische Volkswohlfahrt; einzige, durch Zwangsgleichschaltung geschaffene Wohlfahrtsorganisation im Dritten Reich mit quasi-staatlichem Charakter.



die die Aussichtslosigkeit ihres völkischen Schicksals zeigten. Es könnten daher höchstens schlechte Filme oder solche, die die Größe und Stärke des Deutschen Reiches vor Augen führen, in Frage kommen. Es werde notwendig sein, daß große Lautsprecheranlagen einen gewissen Nachrichtendienst für die Polen vermitteln.

Reichsminister Dr. Goebbels führt aus, daß das gesamte Nachrichtenvermittlungswesen der Polen zerschlagen werden müsse. Die Polen dürften keine Rundfunkapparate und nur reine Nachrichtenzeitungen, keinesfalls eine Meinungspressen behalten. Grundsätzlich dürften sie auch keine Theater, Kinos und Kabarets bekommen, damit ihnen nicht immer wieder vor Augen geführt werden würde, was ihnen verlorengegangen sei. Wenn sich für große Städte, wie z. B. Warschau, die Notwendigkeit ergebe, durch Kinovorstellungen die Polen von der Straße wegzubekommen, dann müsse das von Fall zu Fall entschieden werden. Der Führer hat erst gestern erklärt, man dürfte den Polen nicht mit dem Aufbaufimmel kommen, die Polen sollten sich selbst etwas aufbauen ... Herr Generalgouverneur erklärte, daß die höheren Schulen bereits geschlossen seien. Die Priesterseminare, die von der Wehrmacht bereits wieder eröffnet worden seien, würden grundsätzlich geschlossen werden, da es sich hier um Brutstätten des Deutschen-Hasses handele." (31. 10., S. 53—55)

Als zum 11. November, dem Gründungstag der 2. Polnischen Republik am 11. November 1918, polnische „Hetzplakate“ in „einigen Gegenden“ auftauchten, ordnete Frank an, „daß in jedem Haus, in dem ein Plakat angehängt bleibt, ein männlicher Einwohner erschossen wird. Diese Anordnung wird durch den Polizeichef durchgeführt.“ (10. 11., S. 64)<sup>12)</sup>

„Ferner soll eine Kennzeichnung der Juden (weiße Armbinde mit blauem Davidsstern) eingeführt werden, die von allen Juden und Jüdinnen vom 12. Lebensjahr ab zu tragen sei. Jede Zuwiderhandlung müsse entsprechend bestraft werden.“ (Ebenda)

Am folgenden Tag erklärte Frank in einer Abteilungsleitersitzung zu den Richtlinien der deutschen Politik in Polen:

„Maßgebend für die Regierungstätigkeit im Generalgouvernement sei der Wille des Führers, daß dieses Gebiet das erste Kolonialgebiet der Deutschen Nation sei. Im Generalgouvernement habe der Standpunkt des Deutschtums zu gelten ... Dieses Gebiet sei als Ganzes eine Beute des Deutschen Reiches, und daher sei es nicht angängig, daß dieses Gebiet in seinen einzelnen Teilen ausgebeutet werde, sondern das Gebiet als Ganzes müsse der wirtschaftlichen Verwertung zugeführt werden und in seinem ganzen wirtschaftlichen Wert dem Deutschen Volke zugutekommen.“

Die Verurteilung eines Erzbischofs und eines Bischofs zur Todesstrafe gebe Veranlassung zu der grundsätzlichen Bemerkung, daß ein totaler Kampf gegen jede Art von Widerstand im Generalgou-

vernement geführt werde<sup>13)</sup>. ... Unerwünscht seien Presseverlautbarungen über die Erschießung von Juden mit der Begründung, durch solche Verlautbarungen die Juden abzuschrecken.“ (2. 12., S. 73 f.)

In einer Besprechung über die anlaufenden Umsiedlungsaktionen wurde auch die „Zwangsarbeit der Juden“ erörtert, aber noch nicht im Detail festgelegt (8. 12.).

Früh sah Frank die Möglichkeiten eines polnischen Widerstands und warnte „nachdrücklich vor der Gefahr, daß die Polen irgend eine Möglichkeit bekommen, sich zu organisieren“:

„Es dürfe nicht aus dem Auge gelassen werden, daß eiserne Härte erforderlich sei und daß mit allen Mitteln dafür gesorgt werden müsse, daß nicht unter irgendeiner Form der Tarnung Versuche zur Bildung einer Art Gemeinschaftsordnung von Seiten der Polen gemacht würden.“ (15. 12.)

Bei der ersten Erwähnung von Transporten polnischer Arbeiter ins Reich kamen bereits indirekt auch die Methoden ihrer Rekrutierung zur Sprache:

„Bei der Umsiedlungsaktion müsse vermieden werden, daß sie in diesem brutalen Stil weitergeführt wird wie bisher, da sonst zu befürchten sei, daß sich die Leute nicht mehr freiwillig für das Reich melden, und weil auch die Möglichkeit des Einsatzes dieser Leute im Reich durch die Art der Umsiedlung beeinträchtigt werde.“ (11. 1. 1940, S. 85)

Bei der Besprechung des Etats für das Generalgouvernement verwies Finanzpräsident Spindler unfreiwillig auf ein „Dilemma“ deutscher Herrschaft in Polen, nämlich „die außerordentlichen Ausgaben, die durch die Judenzwangsarbeit entstehen“:

„Der Aufbau dieser Einrichtung sei auf 90 Millionen veranschlagt. Es seien 4 Konzentrationslager geplant. Wenn diese Ausgabe in Wegfall käme und auch die Ausgaben der Straßenbauten nicht in der von der Wehrmacht geforderten Höhe gemacht werden müßten, könnte der Etat ausgeglichen werden.“ (15. 1.)

In einer ersten Zwischenbilanz zu Beginn des Jahres 1940 deutete Frank eine Wandlung der deutschen Politik im Generalgouvernement an:

„Am 15. September 1939 erhielt ich den Auftrag, die Verwaltung der eroberten Ostgebiete aufzunehmen, mit dem Sonderbefehl, diesen Bereich als Kriegsgebiet und Beuteland rücksichtslos auszupeuern, es in seiner wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen Struktur sozusagen zu einem Trümmerhaufen zu machen. Unter dem Einfluß der Erziehungsarbeit der letzten Monate hat sich diese

<sup>12)</sup> Dazu die Anmerkung der Herausgeber: „Die von Frank geforderten Erschießungen sind in der Literatur nicht belegt.“

<sup>13)</sup> Die Todesstrafe wurde in lebenslängliche Haftstrafe umgewandelt; nach Anmerkung der Herausgeber.

Einstellung völlig gewandelt. Heute sieht man in dem Gebiet des Generalgouvernements einen wertvollen Bestandteil des deutschen Lebensraumes. Aus dem absoluten Zerstörungsprinzip ist der Grundsatz geworden, dieses Gebiet insoweit mit aller Förderung zu behandeln, als es dem Reich in seiner jetzigen Lage Vorteile zu bringen vermag. Eine wichtige Auswirkung dieses neuen Grundsatzes ist die Einführung des Vierjahresplans in diesem Gebiet, das damit ausgerichtet ist auf das gesamtdeutsche Ziel. Damit sind der arbeitenden Bevölkerung dieses Landes neue Lebensmöglichkeiten entstanden. (19. 1., S. 91)

... Entscheidend wichtig ist nunmehr auch der Neuaufbau der Produktion im Generalgouvernement. Bisher stand der Gedanke im Vordergrund, das Land hier als Beuteland zu betrachten. Aber dieses Stadium ist nunmehr abgeschlossen. Jetzt gilt es, aus den Urelementen eine neue Produktion aufzubauen und diese Produktion in den Dienst des Reichs zu stellen... Die Werke haben also zu schufden und zu arbeiten. Den Polen, die in die Betriebe eingestellt werden, muß Hören und Sehen vergehen, so daß sie vor lauter Arbeit — disziplinierter Arbeit! — zu Sabotageakten gar nicht mehr kommen...

Soll dieses Programm durchgeführt werden, dann müssen die Betriebe eine bevorzugte Behandlung erfahren... Die Arbeiter sollen sich für die 10 bis 12 Zloty, die sie täglich verdienen, alles kaufen können, was sie zum Lebensunterhalt dringend brauchen. Ich darf alle Abteilungen bitten, mir dabei zu helfen, daß ich dem Wunsch und Befehl des Führers und Generalfeldmarschalls<sup>14)</sup> voll und ganz entsprechen kann. Dieser Befehl geht dahin, für die deutsche Wehrwirtschaft herauszuholen, was überhaupt herauszuholen ist. Mein Verhältnis zu den Polen ist dabei das Verhältnis zwischen Ameise und Blattlaus. Wenn ich den Polen förderlich behandle, ihn sozusagen freundlich kitzele, so tue ich das in der Erwartung, daß mir seine Arbeitsleistung zugute kommt. Hier handelt es sich nicht um ein politisches, sondern um ein rein taktisch-technisches Problem." (19. 1., S. 93 f.)

In einem Interview für den „Völkischen Beobachter“, dem Zentralorgan der NSDAP, antwortete Frank auf die Frage nach dem Unterschied zwischen dem Protektorat Böhmen und Mähren und dem Generalgouvernement:

„Einen plastischen Unterschied kann ich Ihnen sagen. In Prag waren z. B. große rote Plakate angebracht, auf denen zu lesen war, daß heute 7 Tschechen erschossen worden sind. Da sagte ich mir: wenn ich für je sieben erschossene Polen ein Plakat aushängen lassen wollte, dann würden die Wälder Polens nicht ausreichen, das Papier herzustellen für solche Plakate. — Ja, wir mußten hart zugreifen. Jetzt hat sich aber schon vieles beruhigt. Es ist ja grauenhaft, Polen ist vollkommen aufgeteilt, so aufgeteilt, wie es noch niemals war... Wir haben hier ein Gebiet von etwas über 120 000 qkm Fläche mit 14 Millionen Einwohnern, davon sind 2 1/2 Millionen Juden, etwa 600 000 Ukrainer, Goralen, Lemken und Huzulen. Für uns sind sie eigene Völker, die wir pflegen. Die Bergkette der Beskiden nenne ich die ‚Goralenkette‘.

<sup>14)</sup> Hermann Göring.

‚Goralenfürst‘ — das klingt so schön.“ (6. 2. S. 104 f.)

Immer wieder kam Frank auf die Grundsätze deutscher Polenpolitik zurück:

„Ob und unter welchen Formen einmal dieses Gebiet Bestandteil des Deutschen Reichs werden wird, ist noch völlig ungewiß... Behandeln Sie daher das Generalgouvernement als uns durch den Kriegsausgang anvertrautes polnisches Gebiet. Dieses Gebiet ist zunächst vom Führer als Heimstätte des polnischen Volkes bestimmt worden. Das wurde mir in Berlin vom Führer und vom Generalfeldmarschall Göring immer wieder eingeschärft, daß das Gebiet nicht der Germanisierung ausgeliefert wird. Es soll gerade als Heimstätte des polnischen Volkes sichergestellt werden. Es soll ein im Namen des Deutschen Volkes der polnischen Nation zur Verfügung gestelltes Lebensreservat darstellen. Dagegen wird sehr häufig verstoßen...“

Nach den uns gegebenen Weisungen gelten jetzt auch hier nach der vom Führer gegebenen Verordnung die polnischen Gesetze weiter... Wir haben keinen Anlaß, den Polen hier einen geordneten Musterstaat aufzubauen und dafür zu sorgen, eines Tages ihnen ein Gebilde zu hinterlassen, das geordneter und sauberer und wesentlich klarer aufgebaut wäre, als es jemals in Polen der Fall war. Ich sage das deshalb so bestimmt, weil die Grenze zwischen den zum Deutschen Reich gekommenen Gebieten, die heute Reichsgaue sind, und dem Generalgouvernement ganz scharf gezogen werden muß.

Von dieser Ausgangsstellung aus gibt es nun zwei große Aufgaben für das Generalgouvernement: Es muß alles getan werden, um für alle Zukunft, soweit das jetzt in unserer Kraft steht, zu verhüten, daß die polnische Nation auf diesem Territorium sich jemals wieder so aufrichtet, daß sie eine Gefahr für Deutschland werden könnte. Wenn der Führer die Möglichkeit hat, den Polen dieses Reservat zu sichern, dann wird das in der Form einer absoluten Unterstellung der polnischen Nation unter die deutsche Hoheit geschehen, es wird nicht anders geschehen, als es bei den Tschechen oder bei anderen Nationen der Fall gewesen ist. Wenn aber die Möglichkeit nicht besteht, dann dürfte dieses Gebiet von uns nun nicht in einer Form zurückgelassen werden, daß die Polen dort eine Heimstätte vorfinden und aufgebaut sehen, wie sie sie aus eigener Kraft niemals hätten schaffen können.“ (25. 2., S. 117 f.)

Bei einer Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses in Warschau unterstrich Frank — nach einer Besprechung mit Hitler zwei Tage zuvor —, daß eine grundsätzliche Lockerung des deutschen Herrschaftsanspruchs in Polen nicht beabsichtigt sei:

„Wenn wir daher auch hier regieren, verwalten und unsere Gesamtaufgabe ohne diese Zwangsvorstellung durchführen können, daß wir hier germanisieren und nach außen hin so einen deutschen Schimmer verbreiten sollen, so haben wir doch die ungeheure Verantwortung, daß dieser Raum fest in der deutschen Macht bleibt, daß die Polen für alle Zeit das Rückgrat gebrochen erhalten und

daß niemals wieder auf diesem Gebiet auch nur der geringste Widerstand gegen die deutsche Reichspolitik bestehen kann.

Die Erfüllung dieser Aufgabe kann nun nicht in der Form eines gigantischen — ich möchte einmal sagen — mitrailleur-artigen Ausrottungsfeldzuges vor sich gehen. Wir können schließlich nicht 14 000 000 Polen umbringen. Dieser Kampf könnte auch nicht in der Form einer systematischen Terrorisierung durchgehalten werden; denn wir haben gar nicht die Menschen, um einen solchen Apparat aufzubauen. Er kann nur in der Form einer absoluten Autorität mit der unverzüglich einsetzenden Schlagkraftbewährung einer kompakten Verwaltungsorganisation durchgehalten werden... Das Protektorat ist keine ideale Lösung, weil es einen Übergang darstellt und weil es auf die Dauer nicht möglich ist, daß ein von uns beherrschtes Volk so viele Selbständigkeiten besitzt, wie das tschechische. Ich glaube nicht, daß das Protektorat als Dauereinrichtung bestehen wird.

Der 2. Versuch des Führers ist das Generalgouvernement. Die Struktur des Generalgouvernements ist eine völlig andere wie die des Protektorates. Alle Machtbefugnisse ohne jede Ausnahme liegen beim Reich, dafür besteht aber eine Art Selbstverwaltung in den untersten Schichten, vollkommen asynthetisch, vollkommen unverbunden untereinander, vollkommen losgelöst aus dem Zusammenhang und unmittelbar kontrolliert von den deutschen Stellen.

Das Generalgouvernement ist heute, wirtschaftlich gesehen, ein leeres Gebilde. Was an Rohstoffen da war, hat der Vierjahresplan soweit wie möglich herausgeholt. Das war auch gut so, denn das Reich hat einen ungeheuren Bedarf an diesen Rohstoffen. Was wir auf diesem Gebiet tun konnten, ist geschehen. Es kann keine wirtschaftliche Blüte des Generalgouvernements geben, wenn es im Reich eine Kriegswirtschaft gibt. Es kann daher auch die Lebensform des polnischen Bevölkerungsteiles hier keinesfalls an irgendeinem Punkt günstiger oder besser sein als die des Deutschen Volkes. Wir werden, wenn nötig, alle Maßnahmen ergreifen, um den Lebensstandard des polnischen Volkes so zu gestalten, daß er gerade noch das Leben sicherstellt, aber eine absteigende Linie aufweist gegenüber der Lage im Deutschen Reich. Wenn man in das Leben des polnischen Volkes blickt, kann man bestätigen, daß dem auch so ist. Im allgemeinen ist die Ernährungslage in vielen großen Gebieten dieses Landes katastrophal. Wenn nicht das Deutsche Reich ununterbrochen helfen würde, würden die größten Schwierigkeiten entstehen...“ (2. 3., S. 128 f.)

In diesem Zusammenhang sprach Frank auch ausführlich über die politischen Reaktionen der Polen:

„Es gibt nur zwei Wege: entweder fügen sich die Polen, oder sie fügen sich nicht. Wenn sie sich fügen, dann muß das ein wirkliches Fügen sein, d. h. eine vollkommene Ausschaltung jeder Möglichkeit des Widerstandes. Fügen sie sich nicht, dann werden wir in ununterbrochener Reihenfolge Organisationen und Aktionsgruppen entdecken, die sich bilden. Die Polen sind ja alle Fachmänner auf dem Gebiete der Verschwörung; sie lauern auf den Augenblick, um nur einmal zusammen sprechen zu

können. Daß dabei die große Hoffnung im Westen liegt, ist klar. Durch die Verbreitung polnischer Nachrichten der gegnerischen Propagandazentralen auf dem Wege der Flüsterpropaganda sucht man dauernd die Stimmung vorwärts zu treiben. Die Führergruppe der Nationalisten beschränkt sich in der Hauptsache auf den Intelligenzkreis. Wir werden jedenfalls nicht davor zurückschrecken, immer wieder die auftauchenden Spitzen solcher Unternehmungen sicherzusetzen. Ich glaube auch, daß diese Methode, einige Zeit fortgesetzt, doch zu einer allmählichen Abtötung des geistigen Elements in der Führungsschicht dieser Nationalisten führen wird. Immerhin, glaube ich, unterschätzt man etwas auch draußen im Reich diese organisatorische Bedeutung. Man muß wohl schon sein volles Augenmerk auf solche Unternehmungen richten.

Die Kirche hält sich außerordentlich zurück. Das ist aber nur eine Methode, die sich in der polnischen Geschichte immer wieder findet. Die Kirche hielt sich immer als die letzte Sammelstätte des polnischen Nationalismus zurück, solange noch andere Aktivitätsszenen möglich und vorhanden waren. Die Kirche ist der im Stillen fortleuchtende Zentralsammelpunkt des polnischen Gemütes und hat so etwa die Funktion eines ewigen Lichtes. Wenn alle Lichter für Polen erloschen, dann war immer noch die Heilige von Tschenstochau und die Kirche da. Das darf man nie vergessen. Die polnische Kirche hat es daher auch nicht nötig, aktiv zu sein; denn der Katholizismus ist in diesem Lande keine Konfession, sondern eine Lebensbedingung.

Das Dritte ist das militante Element. Es befindet sich zum großen Teil im Reich in Kriegsgefangenschaft. Aber trotzdem haben wir viele Offiziere und Reserveoffiziere hier im Lande, die doch Zentren sein können, die auch aus den polizeilichen Elementen kommen könnten.“ (2. 3., S. 130)

Für den Fall einer Offensive im Westen rechnete Frank mit umfangreichen Widerstandsaktionen, wobei er indirekt schon andeutete, für jeden erschossenen deutschen Beamten oder Soldaten 100 Polen erschießen zu lassen (2. 3., S. 133 f.). Seinen Abteilungsleitern schärfte Frank wenige Tage später nochmals die neue Linie des Generalgouvernements „als Heimstätte des polnischen Volkes“ ein:

„Demnach ist keine irgendwie geartete Germanisierung möglich. Ich bitte Sie, in Ihren Ämtern strengstens auf die Zweisprachigkeit achten zu wollen; ich bitte Sie auch, bei den Distrikten und Kreishauptmannschaften darauf hinzuweisen, daß dieser Sicherung des polnischen Eigenlebens nicht in gewalttätiger Weise entgegengetreten wird. Wir haben hier demnach vom Führer in gewissem Sinne die treuhänderische Pflege des polnischen Volkstums übernommen. Der Führer gedenkt ja einmal bei den kommenden Auseinandersetzungen mit den Westmächten, seine Polenpolitik unter diesen Stern zu stellen. Das imperiale Bewußtsein, das im dritten Reich nunmehr aufsteigt, das im Generalgouvernement seinen ersten Ausdruck gefunden hat, macht es uns zur Pflicht, nichtdeutschen Volksstämmen und Völkern, die unter die Herrschaft des Deutschen Reiches geraten sind,

die Eigenart ihres Lebens, wenn es mit den Interessen des deutschen Volkes vereinbar ist, sicherzustellen. Wie sollen sonst andere Völker die Lust verspüren, unter deutschen Schutz zu kommen! Es ist klar, daß wir in diesem Sinne auch hier gewisse Verpflichtungen haben . . .

Demnach ist es so, daß hier ein voller Wandel stattgefunden hat. Das wird sich auf den verschiedensten Gebieten ausdrücken. Wir werden in gewissem Umfange nunmehr wieder Bildungsmöglichkeiten für die Polen zulassen müssen. Auf den Gebieten des ärztlichen und technischen Fachstudiums werden wir Abschlußprüfungen an den Universitäten wieder zulassen. Wir werden das Fachschulwesen des polnischen Volkes wieder in dem Umfange in Kraft setzen, daß es etwa die tiefste Stufe der deutschen technischen Mittelschule erreicht. (8. 3., S. 151)

Die bevorzugte Behandlung der Ukrainer war als Anwendung des von Frank für das Generalgouvernement empfohlenen Grundsatzes gedacht: „divide et impera“ — Teile und herrsche (12. 4., S. 164). Im Zusammenhang mit der Stellung der NSDAP-Genossen im Generalgouvernement (Auslandsgau oder nicht) kam Frank wiederum auf die Grundzüge der deutschen Politik gegenüber Polen mit aufschlußreichen Einzelheiten und Nuancen zu sprechen:

„Möge auch das Generalgouvernement in gewissen Beziehungen als Ausland gelten, so bestehe doch wohl für das Generalgouvernement der Wunsch, einmal nicht mehr Ausland zu sein, sondern irgendwie in das Gebiet des Großdeutschen Reiches eingebaut zu werden. Der Führer habe ihm in Berlin gesagt, daß er das Generalgouvernement nicht mehr herzugeben gedenke. Der Führer habe weiter für die völlige Durchführung der Eindeutschung des Warthegaues, Danzigs, Westpreußens und der südostpreußischen und oberschlesischen Gebiete eine Zeit von etwa 10 Jahren bestimmt. In diesem Zeitraum solle nun alles getan werden, um vor allem den Warthegau, der sehr gefährdet sei, zur deutschen Volksgemeinschaft emporzuentwickeln . . . Die Politik im Sinne einer restlosen Eindeutschung könne für das Generalgouvernement erst dann beginnen, wenn der Warthegau, Westpreußen, Danzig, der Süd-Osttraum und Oberschlesien in dem durch den Führerbefehl bezeichneten Sinne deutsch geworden seien. Das hindere natürlich nicht, daß die deutschen Beamten dieses Landes alles täten, um den Deutschumscharakter in Führung und Geistesdurchdringung sowie die gesamte politische Zielrichtung der Reichspolitik in jeder Weise zu fördern. Dazu gehöre vor allem, daß die Deutschen, die in diesem Lande leben und sich betätigen, eine absolut geschlossene Einheit darstellen.“ (Ebenda).

Bei einer Ansprache vor Volksdeutschen auf dem Burghof des Wawels am Vorabend des Führergeburtstags lobte Frank die Treue der Volksdeutschen gegenüber Hitler, dem Reich und dem Nationalsozialismus und versprach dafür als Gegenleistung des Führers und des Deutschen Reichs:

„Ihr wart einmal in diesem Lande die Unterdrückten. Heute sollt ihr die Herren sein. Einmal hat hier der Wahnwitz polnischer Überheblichkeit geglaubt, dem ersten Volke der Welt, den Deutschen, entgegenzutreten zu können. Heute müssen die Polen froh sein, wenn wir sie überhaupt noch in diesem Gebiet dulden.“ (19. 4., S. 172)

Die schon früher angesprochene Abstufung „völkischer Wertigkeiten“ hatte für alle Beteiligte ganz elementare Folgen. In einer Sitzung unter Anwesenheit des Staatssekretärs Backe vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft erläuterte Frank „die Versorgungskategorien im Generalgouvernement“:

„Die Mitglieder der volksdeutschen Gemeinschaft müssen künftig die gleichen Rationen bekommen wie die Reichsdeutschen, ein Unterschied kann hier nicht mehr gemacht werden. Bisher haben wir auf dem Standpunkt gestanden, daß die Volksdeutschen sich erst einmal an den deutschen Standard gewöhnen müssen. Ich habe sie aber jetzt am Geburtstag des Führers in die deutsche Volksgemeinschaft aufgenommen.

Die Juden interessieren mich überhaupt nicht. Ob die etwas zu futtern haben oder nicht, ist für mich die allerletzte Frage.

Die zweite Kategorie sind die Polen an sich, soweit ich sie nicht gebrauchen kann. Diese Polen werde ich so ernähren, daß an sie dasjenige, was übrig bleibt und was wir zur Verfügung haben, verteilt wird. Im übrigen verweise ich die Polen auf ihre Selbsthilfe und sage ihnen: den Krieg haben wir nicht verschuldet. Die Polen interessieren mich nur insofern, als ich in ihnen ein Reservoir von Arbeitskräften sehe, aber nicht in der reglementarischen verpflichtenden Form, daß ich einen Garantieschein dafür ausbebe, daß sie so und so viel erhalten — wir sprechen nicht von Rationen der Polen, sondern nur von den Möglichkeiten der Ernährung.

Nun kommen wir der eigentlichen Versorgung immer näher, und hier steht es tatsächlich nicht so schlecht. Wir haben im Generalgouvernement drei Kategorien der Bevölkerung: Das sind die Ukrainer, die wir einigermaßen gut behandeln müssen. Ihre Zahl beträgt ungefähr 600 bis 700 000 Menschen. Soweit sie nicht Selbstversorger sind, werden wir für sie eine gewisse Versorgungsgarantie aus Gründen übernehmen, die auch in unserer Polenpolitik liegen.

Dann kommt die nächste Kategorie in Frage, für die wir auch noch eine Verpflegungsgarantie übernehmen; das sind zunächst die Polen, die wir sorgen müssen, weil wir, d. h. das Deutsche Reich, einen Nutzen davon haben. Es sind die von uns in den Beamtenapparat eingereihten polnischen Beamten, Angestellten der Betriebe, der Polizei, der Eisenbahn, der Post usw. Für die Landarbeiter müssen wir schon, um den Zwiespalt im polnischen Volke aufrechtzuerhalten, einigermaßen sorgen. Wir sagen ihnen: ihr bekommt, wenn ihr arbeitet, einen ausreichenden Lebensunterhalt — ausreichend im Sinne des Lebensstandards der Polen, d. h. im Sinne des Verfügbaren . . .

Nun kommen wir schon eigentlich in die deutsche Welt. Innerhalb dieser Gruppe, d. h. innerhalb der

Versorgungsverpflichtung, die wir gegenüber den Polen übernehmen, ist wieder die erste Gruppe die wichtigste: diejenige der in den Rüstungsbetrieben beschäftigten Polen...

Dann kommen die Deutschen, und zwar zunächst die Kategorie der Volksdeutschen, deren Zahl insgesamt rund 100 000 im Generalgouvernement beträgt, von denen 30 000 östlich der Weichsel leben.

Die nächste Kategorie ist die der Wehrmacht und der Beamten. Insgesamt sind es also sieben Kategorien, die unterste Stufe ist die der Juden, die höchste die des Militärs und der Beamten... Das Gros des polnischen Volkes wird dann immer noch wesentlich besser behandelt als die Juden. Für die Juden haben wir gar kein Interesse." (23. 4., S. 186—188)

Die Methoden bei der Rekrutierung polnischer Arbeitskräfte werden bei einer Besprechung in Krakau mit der von einem Vertreter des Berliner Auswärtigen Amtes lautgewordenen polnischen Klage deutlich, „daß junge Leute beim Verlassen von Kinotheatern von

der Polizei festgenommen und für den Landarbeiterdienst im Reich in Anspruch genommen würden, ohne daß man den Eltern Nachricht gebe". Frank wollte die „Angelegenheit nachprüfen lassen“, wies aber „mit allem Nachdruck darauf hin, daß er jetzt gezwungen sei, mit schärferen Mitteln durchzugreifen, nachdem er lange genug Milde haben walten lassen. Wenn alle bisher angewendeten Methoden nichts mehr hülften, müsse man eben seine Zuflucht zum Zwange nehmen. Er erwarte auch vom Auswärtigen Amt, daß es ihn bei etwa auftretenden unangenehmen Situationen nicht im Stich lasse.“ (9. 5., S. 195)

Um das von Göring geforderte Ziel von einer Million Arbeitern aus dem Generalgouvernement zu erreichen — „geliefert(!) seien bisher 160 000“ (Frank) —, war Frank auch weiterhin für die Anwendung von Zwangsmaßnahmen.

## II. Das Großdeutsche Reich auf dem Höhepunkt seiner Macht (Mai 1940 bis Dezember 1941)

Der deutsche Sieg über Frankreich erleichterte die deutsche Herrschaft in Polen. Zu Beginn der deutschen Offensive im Westen fürchtete Frank zwar noch für die Sicherheit im Generalgouvernement:

„Aus einer Fülle von Anzeichen und Handlungen könne man den Schluß ziehen, daß eine groß organisierte Widerstandswelle der Polen im Lande vorhanden sei und man unmittelbar vor dem Ausbruch größerer gewaltsamer Ereignisse stehe. Tausende von Polen seien bereits in Geheimzirkeln zusammengefaßt, bewaffnet und würden in der auführerischsten Form veranlaßt, Gewalttätigkeiten aller Art zu verüben.“ (16. 5. 1940)

Auf dem Höhepunkt des deutschen Sieges über Frankreich kam — nach der Beute- und polnischen Reststaatkonzeption — auf einer Polizeisitzung eine dritte Konzeption zum Durchbruch, die, nach Frank, Hitler schon im November 1939 entwickelt hatte, nämlich die Germanisierung:

„Wir wollen das Generalgouvernement behalten, wir geben es nicht mehr her. Angesichts dieser Änderung der Sachlage war nun ein ganz neues Programm aufzustellen. Was der Führer schon wiederholt mit mir besprochen hatte, das wurde nun in steigendem Maße Gegenstand der Erörterung, daß nämlich das Gebiet des Generalgouvernements im deutschen Machtbereich bleibt, nicht in der Form eines Protektorats oder einer ähnlichen Form, sondern in der Form eines klar unter deutscher Herrschaft stehenden Machtgebildes des Deutschen Reiches, in welchem irgendwie gegen-

über der polnischen arbeitenden Unterschicht die absolute Führung des Deutschtums gesichert ist, und in welchem nach Abschluß der Germanisierung und Zurückführung der Deutschen des Warthegaues, Westpreußens, Süd-Ostpreußens und Oberschlesiens auf weite Sicht die Germanisierung durchgesetzt werden wird. Ich spreche ganz offen von Germanisierung; denn nicht anders war ja das Problem für unsere Vorfahren vor 1000 Jahren, wo dasselbe fremdsprachige slawische Volk hier zusammengedrängt wurde. Wie oft müssen wir nicht, wenn wir ein blondes, blauäugiges Kind sehen, uns darüber wundern, daß es polnisch spricht, und ich sage mir dann: Wenn wir dieses Kind deutsch erziehen würden, dann würde es ein hübsches deutsches Mädel sein. Wir sehen also einen absolut germanischen Rassekern in diesem Volkstum, und diesen Rassekern zu entwickeln, zu pflegen und zu fördern, wird auf weite Sicht die Möglichkeit geben, diesen Raum des Generalgouvernements dem Deutschtum zuzuführen.

Über all das habe ich mit dem Führer gesprochen, und wir sind uns auch darüber einig, daß sukzessive dieses Gebiet in der Form dem Deutschtum zugeführt werden muß. In welchen Zeitläufen es geschieht, ob das in 50 oder 100 Jahren vor sich geht, das interessiert jetzt nicht. Entscheidend ist — und das ist nun das wichtigste, weswegen wir auch heute zusammengekommen sind —, daß wir jeden Augenblick benutzen, der uns gegeben ist, um diesem Ziel zu dienen und in diesem Sinne eine förderliche Arbeit zu leisten.“ (30. 5., S. 209 f.)

Schwierigkeiten ergäben sich aus der Notwendigkeit, aus den neu annektierten Gebieten Polen, Juden und Zigeuner im General-

gouvernement aufnehmen zu müssen. Anschließend umriß Frank den Zusammenhang zwischen der für das Dritte Reich günstigen Kriegslage im Westen und den Plänen im Osten:

„Wenn wir demnach angesichts aller dieser Schwierigkeiten das Ziel der vollkommenen Beherrschung des polnischen Volkes in diesem Raum erreichen wollen, dann müssen wir die Zeit nutzen. Am 10. Mai begann die Offensive im Westen, d. h., an diesem Tage erlosch das vorherrschende Interesse der Welt an den Vorgängen hier bei uns. Was man mit der Greuelpropaganda und den Lügenberichten über das Vorgehen der nationalsozialistischen Machthaber in diesem Gebiet in der Welt angerichtet hat — nun, mir wäre es vollkommen gleichgültig gewesen, ob sich die Amerikaner oder Franzosen oder Juden oder vielleicht auch der Papst darüber aufgeregt hätten —, aber für mich und für einen jeden von Ihnen war es in diesen Monaten furchtbar, immer wieder die Stimmen aus dem Propagandaministerium, aus dem Auswärtigen Amt, aus dem Innenministerium, ja sogar von der Wehrmacht vernehmen zu müssen, daß das ein Mordregime wäre, daß wir mit diesen Greueln aufhören müßten usw. Dabei war es natürlich klar, daß wir auch die Erklärung abgeben mußten, wir würden es nicht mehr tun. Und ebenso klar war es, daß bis zu dem Augenblick, wo das Weltscheinwerferlicht auf diesem Gebiet lag, von uns ja nichts Derartiges in großem Ausmaße geschehen konnte. Aber mit dem 10. Mai ist uns nun diese Greuelpropaganda in der Welt vollkommen gleichgültig. Jetzt müssen wir den Augenblick benutzen, der uns zur Verfügung steht. Wenn jetzt in jeder Minute und Sekunde draußen im Westen Tausende des besten deutschen Blutes geopfert werden müssen, dann haben wir als Nationalsozialisten die Pflicht, daran zu denken, daß sich nicht etwa die polnische Nation auf Kosten dieser deutschen Opfer erhebt. Daher war es auch der Zeitpunkt, wo ich in Anwesenheit des SS-Obergruppenführers Krüger mit dem Kameraden Streckenbach dieses außerordentliche Befriedigungsprogramm besprach, ein Befriedigungsprogramm, das zum Inhalt hatte, nunmehr mit der Masse der in unseren Händen befindlichen aufrührerischen Widerstandspolitiker und sonst politisch verdächtigen Individuen in beschleunigtem Tempo Schluß zu machen und zu gleicher Zeit mit der Erbschaft des früheren polnischen Verbrechertums aufzuräumen. Ich gestehe ganz offen, daß das einigen tausend Polen das Leben kosten wird, vor allem aus der geistigen Führerschicht Polens. Für uns alle als Nationalsozialisten bringt aber diese Zeit die Verpflichtung mit sich, dafür zu sorgen, daß aus dem polnischen Volk kein Widerstand mehr emporsteigt. Ich weiß, welche Verantwortung wir damit übernehmen. Aber es ist klar, daß wir das tun können, und zwar gerade aus der Notwendigkeit heraus, den Flankenschutz des Reiches im Osten zu übernehmen. Aber mehr noch: SS-Obergruppenführer Krüger und ich haben beschlossen, daß die Befriedigungsaktion in beschleunigter Form durchgeführt wird. Ich darf Sie bitten, meine Herren, uns mit Ihrer ganzen Energie bei der Durchführung dieser Aufgabe zu helfen. Was von mir aus geschehen kann, um die Durchführung dieser Aufgabe zu erleichtern, wird geschehen. Ich appelliere an Sie als nationalsozialistische Kämpfer,

und mehr brauche ich wohl dazu nicht zu sagen. Wir werden diese Maßnahme durchführen, und zwar, wie ich Ihnen vertraulich sagen kann, in Ausführung eines Befehls, den mir der Führer erteilt hat. Der Führer hat mir gesagt: Die Frage der Behandlung und Sicherstellung der deutschen Politik im Generalgouvernement ist eine ureigene Sache der verantwortlichen Männer des Generalgouvernements. Er drückte sich so aus: Was wir jetzt an Führerschicht in Polen festgestellt haben, das ist zu liquidieren, was wieder nachwächst, ist von uns sicherzustellen und in einem entsprechenden Zeitraum wieder wegzuschaffen. Daher brauchen wir das Deutsche Reich, um die Reichsorganisation der deutschen Polizei damit nicht zu belasten. Wir brauchen diese Elemente nicht erst in die Konzentrationslager des Reiches abzuschleppen, denn dann hätten wir nur Scherereien und einen unnötigen Briefwechsel mit den Familienangehörigen, sondern wir liquidieren die Dinge im Lande. Wir werden es auch in der Form tun, die die einfachste ist. Meine Herren, wir sind keine Mörder. Für den Polizisten und SS-Mann, der auf Grund dieser Maßnahme amtlich oder dienstlich verpflichtet ist, die Exekution durchzuführen, ist das eine furchtbare Aufgabe. Wir können leicht Hunderte von Todesurteilen hier unterzeichnen; aber ihre Durchführung deutschen Männern, anständigen deutschen Soldaten und Kameraden zu übertragen, das bedeutet eine furchtbare Belastung.“ (30. 5., S. 211 f.)

Auf derselben Sitzung gab SS-Brigadeführer Streckenbach erste konkrete Zahlen über die Stärke der polnischen Widerstandsbewegung und die Art ihrer Bekämpfung durch die Sicherheitspolizei im Generalgouvernement seit Herbst 1939:

„Nebenher seien die Vorbereitungen zur planmäßigen und damit auch zur endgültigen Niederhaltung des polnischen politischen Widerstandes und gleichzeitig der Unschädlichmachung des Verbrechertums im Generalgouvernement gelaufen. Mit der ersten Großaktion gegen die polnische Widerstandsbewegung habe eigentlich nunmehr die planmäßige Arbeit begonnen. Dieser große Einbruch in die polnische Widerstandsbewegung bedeute einen Anfang, der nie ein Ende nehme. Denn die einmalige Verhaftung von Funktionären bedeute nicht ein Ende der Bewegung, sondern es gehe immer von einer Verhaftung zur anderen. So sei auch die Sicherheitspolizei seit der Aktion vom 31. März nicht wieder von der Widerstandsbewegung losgekommen, sondern sie werde immer Gegner bleiben, solange es überhaupt im Generalgouvernement Kreise gebe, die der deutschen Verwaltung Widerstand entgegensetzen wollten...

In den Händen der Sicherheitspolizei hätten sich zu Beginn der außerordentlichen Befriedigungsaktion etwa 2 000 Männer und einige hundert Frauen befunden, die als irgendwie geartete Funktionäre der polnischen Widerstandsbewegung in Haft gesetzt worden seien. Sie stellten wirklich eine geistige Führerschicht der polnischen Widerstandsbewegung dar. Natürlich sei diese Führerschicht nicht auf die 2 000 Personen beschränkt. In den Akten und Karteien des Sicherheitsdienstes befänden sich weitere etwa 2 000 Namen von Personen, die diesem Kreis zuzurechnen seien. Das seien

Personen, die angesichts ihrer Tätigkeit und ihres Verhaltens ausnahmslos ohnehin unter die für das Generalgouvernement geltende Standrechtsverordnung fielen. Die summarische Aburteilung dieser Leute habe in dem Augenblick begonnen, in welchem die außerordentliche Befriedigungsaktion angeordnet worden sei. Die standrechtliche Aburteilung der 2 000 Inhaftierten näherte sich ihrem Ende, und es seien nur noch wenige Personen abzurteilen.

Nach Durchführung dieses summarischen Standgerichtsverfahrens habe nun schon eine Festnahmeaktion begonnen, die den Kreis der dem Sicherheitsdienst bekannten, aber noch nicht inhaftierten Leute ebenfalls in die Hände der Sicherheitspolizei und damit zur summarischen Aburteilung bringen solle. Das Ergebnis dieser Festnahmeaktion stehe noch nicht fest. Er rechne mit einem 75%igen Ergebnis. Insgesamt würde also die Aktion einen Kreis von etwa 3 500 Menschen umfassen. Es sei kein Zweifel, daß man mit diesen 3 500 Personen wirklich den politisch gefährlichsten Teil der Widerstandsbewegung im Generalgouvernement erfasse." (30. 5., S. 214 f.)

Ein besonderes Problem stellten die Juden dar, die bisher noch nicht einheitlich genug „behandelt“ worden seien, weshalb die Sicherheitspolizei tätig werden solle:

„Vor allem müsse eine Entscheidung darüber getroffen werden, durch welche Instanz die jüdischen Ältestenräte beaufichtigt werden, ob durch den Kreishauptmann, durch den Distriktchef, durch den Stadthauptmann oder aber durch die Sicherheitspolizei. Wenn er das letztere befürworte, so tue er es aus sachlichen Gründen... Er würde nach all dem vorschlagen, die Entscheidung so zu fällen, daß der jüdische Ältestenrat und damit überhaupt die Juden insgesamt der Aufsicht der Sicherheitspolizei unterstellt würden, daß alles, was von den Juden gewünscht werde, über diese Stelle geleitet werde. Die Zahl der Juden werde ja noch größer werden, wenn die Juden aus den Ostprovinzen ins Generalgouvernement kämen. Wenn die jüdischen Gemeinden weiter so ausgebeutet würden wie bisher, dann fielen eines schönen Tages Millionen von Juden dem Generalgouvernement zur Last. Schließlich könne man sie ja nicht verhungern lassen. Die dem Judentum zur Verfügung stehenden Mittel seien recht bescheiden, denn im Generalgouvernement gebe es keine reichen Juden mehr, sondern in der Hauptsache nur noch ein Judenproletariat." (30. 5., S. 216)

Im vertrauten Kreise sprach sich Frank ganz offen über Konzentrationslager aus:

„Was die Konzentrationslager anlangt, so waren wir uns klar, daß wir hier im Generalgouvernement Konzentrationslager im eigentlichen Sinne nicht einrichten wollen. Wer bei uns verdächtig ist, der soll gleich liquidiert werden. Was sich draußen in den Konzentrationslagern des Reiches an Häftlingen aus dem Generalgouvernement befindet, das soll uns zur AB-Aktion zur Verfügung gestellt oder dort erledigt werden. Wir können nicht die Reichskonzentrationslager mit unseren Dingen belasten. Was wir mit den Krakauer Pro-

fessoren an Scherereien hatten, war furchtbar<sup>15)</sup>. Hätten wir die Sache von hier aus gemacht, wäre sie anders verlaufen. Ich möchte Sie daher dringend bitten, niemanden mehr in die Konzentrationslager des Reiches abzuschleppen, sondern hier die Liquidierung vorzunehmen oder eine ordnungsgemäße Strafe zu verhängen. Alles andere ist eine Belastung des Reiches und eine dauernde Erschwerung. Wir haben hier eine ganz andere Form der Behandlung, und diese Form muß beibehalten werden. Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sich an dieser Behandlung nichts ändern wird durch einen allenfallsigen Friedensschluß. Dieser würde nur bedeuten, daß wir dann als Weltmacht noch viel intensiver als bisher unsere allgemeinen politischen Aktionen durchführen würden, er würde bedeuten, daß wir in noch großzügigerem Maße zu kolonisieren haben, aber ändern würde er an dem Prinzip nichts. Es bleibt bei der schärfsten antipolnischen Tendenz, wobei jedoch Rücksicht genommen werden muß auf die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit des polnischen Arbeiters und des polnischen Bauern.“ (30. 5., S. 220 f.)

Im Zusammenhang mit den Versorgungsschwierigkeiten Warschaus und der Preisentwicklung wies der Gouverneur für Warschau, Dr. Fischer, anlässlich einer Wirtschaftstagung am 6./7. Juni 1940 auf die Juden hin:

„Das Judenproblem sei zur Lösung reif; die Einsperrung im Ghetto stelle die einzige Möglichkeit dar. Die Juden sollen dann nicht mehr aus dem Ghetto herausdürfen, und Lebensmittel sollen sie bekommen, wenn sie Waren herausgeben.“ (6./7. 6., S. 227)

SS-Obergruppenführer Krüger berichtete über die Schwierigkeiten, „die jüdische Zwangsarbeit zu organisieren“, zumal infolge der starken Bewegung durch Umsiedlungen. Sein Vorschlag, dafür zu sorgen, „daß die nomadisierenden Juden in Städten sesshaft würden“, lief auf die schon vorgeschlagene Anlage von Ghettos für Juden hinaus (S. 232). Am Ende der Sitzung wurden die Vorschläge in Richtlinien zusammengefaßt. Im Rahmen der Bekämpfung von unkontrollierten Preiserhöhungen und Schwarzhandel fiel auch eine wichtige Entscheidung über die Juden im Generalgouvernement:

„8. In allen Städten werden Maßnahmen für die Beschäftigung der Juden ergriffen, Arbeitslager, Konzentrationslager und Ghettos eingerichtet, damit die Juden sich nicht frei bewegen können.“ (S. 239)

<sup>15)</sup> Gemeint war die Verhaftung der Professoren und Dozenten der Universität Krakau am 6. November 1939 und ihre Einlieferung in das KZ Sachsenhausen, wo die meisten ermordet wurden. Die „Scherereien“ bezogen sich offenbar auf Proteste gegen diese Maßnahme, u. a. auch von deutschen Professoren; vgl. Hans Roos, Geschichte der Polnischen Nation, a. a. O., S. 181.

Die unterschiedliche Wertigkeit von Menschen wurde auch in Plänen zur Umstrukturierung der einheimischen Wirtschaft deutlich, wie sie drei Wochen später Ministerialdirigent Dr. Emmerich dem Generalgouverneur in Krakau vorlegte:

„Voraussetzung einer gedeihlichen wirtschaftlichen Tätigkeit sei eine grundlegende Änderung in der gesamten wirtschaftlichen Struktur. Zunächst müsse im jüdischen Sektor eine bedeutende Rationalisierung Platz greifen. An Stelle der vielen Kleinexistenzen müßten lebensfähige Mittelexistenzen geschaffen werden. Durch die Zusammenschließung des jüdischen Sektors ergebe sich dann für den polnischen Sektor die Möglichkeit des Nachrückens, wobei man die aus Posen kommenden polnischen Elemente gut gebrauchen könne, weil sie gebildeter und auf das Deutsche besser eingestellt seien als die Polen aus Galizien. Durch das Nachrücken der Polen würden die Schlüsselstellungen frei, in die dann die Deutschen einrücken müßten. Selbstverständlich müsse diese kommerzielle Wanderung entsprechend organisiert werden, damit sie nicht zügellos vor sich gehe. Die Vorarbeiten hierfür seien von der Abteilung Wirtschaft bereits in Angriff genommen.“ (27. 6., S. 244)

Die dritte, neue Konzeption für das Generalgouvernement kam nach dem Sieg im Westen nunmehr auch in einer Akzentverschiebung bei der offiziellen Bezeichnung des Generalgouvernements zum Ausdruck, wie Frank nach einer Besprechung mit Hitler mitteilte: Anstatt „Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete“ nunmehr einfach „Das Generalgouvernement“ oder „Das deutsche Generalgouvernement Polen“. Auf einer Abteilungssitzung teilte Frank die neue Bezeichnung für das Generalgouvernement einem größeren Kreis mit und fügte hinzu:

„Daß es sich hierbei nicht nur um eine Umformung des Titels handelt, geht daraus hervor, daß der Führer sagt: Die neue Bezeichnung soll zum Ausdruck bringen, daß das Generalgouvernement ein wesentlicher Bestandteil des Deutschen Reiches ist und für alle Zukunft bleiben wird...“

Außerordentlich beachtlich ist, daß der Führer mir eine großzügigste Repräsentation des deutschen Weltreichs zur Pflicht und Aufgabe macht. Er hat mir ausdrücklich bestätigt, daß alle Maßnahmen, die den Mitarbeitern des Generalgouvernements und den Beamten und Angestellten eine derartige Repräsentation ermöglichen sollen, gebilligt werden...“

Sehr interessiert den Führer unsere kulturellen Vorhaben. Ich muß Bericht erstatten über die Theaterpläne. Über die Burg sagte der Führer, daß er sie als stolzes Gegenstück zum Straßburger Münster ansieht und daß von Straßburg über Nürnberg und Prag nach Krakau eine großartige Linie deutscher Kulturbewußtheit und deutschen Machtausdruckes sich zieht.“ (12. 7., S. 251 f.)

Judentransporte ins Generalgouvernement fänden nicht mehr statt, weil geplant sei, „die

ganze Judensippschaft im Deutschen Reich, im Generalgouvernement und im Protektorat in denkbar kürzester Zeit nach Friedensschluß in eine afrikanische oder amerikanische Kolonie zu transportieren. Man denkt an Madagaskar, das zu diesem Zweck von Frankreich abgetreten werden soll.“ (12. 7., S. 252)

Bei einem Besuch in Lublin — u. a. mit Besichtigung der Entlausungsanstalt, des Ghettos, von Betrieben, Kasernen, einer „Kaffeetafel mit Musikkorps einer SS-Totenkopfstandarte“, einem „Abendessen, begleitet von Gesängen des ukrainischen Nationalchors“ — teilte Frank in einer Ansprache die neue Absicht Hitlers mit, das Generalgouvernement langfristig deutsch werden zu lassen:

„Der Führer hat weiter verfügt, daß Juden in das Generalgouvernement nicht mehr hereintransportiert werden. Im Gegenteil, auch die Juden, die im Generalgouvernement wohnen, werden sämtlich auf Grund eines besonderen Programms einheitlich behandelt, so daß auch das Generalgouvernement in absehbarer Zeit judenfrei wird. Sobald der Überseeverkehr die Möglichkeit des Abtransportes der Juden zuläßt (Heiterkeit), werden die Juden Stück um Stück, Mann um Mann, Frau um Frau, Fräulein um Fräulein, abtransportiert werden. Ich nehme an, daß ich Sie darum nicht zu sehr zu beklagen brauche (erneute Heiterkeit). Ich glaube also, daß wir, wie man so sagt, durch den dicksten Dreck hindurch sind und daß es nunmehr möglich ist, hier wirklich eine anständige, dienstliche, berufliche und auch menschliche Stadt für deutsche Volksgenossinnen und Volksgenossen zu errichten.“ (25. 7., S. 258)

Die unnachsichtige Doktrin einer deutschen „Apartheid“ im Generalgouvernement schärfte Frank seinen Abteilungsleitern ein:

„Wir haben bisher die Politik der völligen gegenseitigen Trennung zwischen Deutschen und Polen eingehalten. Ich selbst habe mit Polen noch keinen Kontakt aufgenommen und bitte auch Sie, keinen anderen Kurs zu gehen. Wir müssen in dem großen Gefüge der über große Zeiträume hinwegreichenden Struktur des Nationalsozialismus immer daran denken, daß, wenn wir diesen Raum nicht völlig durchdringen, er eines Tages für uns verloren sein wird. Es kann sich hier nur um ein Entweder-Oder handeln. Das Schicksal hat entschieden, daß wir hier die Herren, die Polen aber die uns anvertrauten Schutzunterworfenen sind. Ich bitte Sie, meine Herren, den Empfang von Polen, von Bittdeputationen usw. auf das dienstlich unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Es ist auch nicht möglich, daß wir den Polen den Lebensstandard der Deutschen geben. Es muß ein Unterschied zwischen dem Lebensstandard des Herrenvolkes und dem der Unterworfenen sein.“ (12. 9., S. 280)

Mit Hitlers Konzeption des Generalgouvernements „als Nebenland des Deutschen Reiches“ mit einem beschränkten „Eigenleben“



entstand wieder eine neue Variante der politischen Zuordnung, zumal sich Hitler gegen eine Zoll- oder Währungsunion mit Deutschland wandte. Das Generalgouvernement war nun als „die große Heimstätte der polnischen Arbeitskraft im Dienste der deutschen Gesamtwirtschaft“ gedacht. Den polnischen Arbeitern, „die bestimmt sind, sozusagen Berufssaisonarbeiter im Reich zu sein“, war deshalb die „Sicherheit des Lebens ihrer Familie“ und „Bestand ihres kleinen Gütchens oder Gärtchens“ zu gewährleisten, während Frank „auch auf die mögliche Verbesserung der Zahlungsbilanz des Generalgouvernements durch das Einströmen der Löhne polnischer Arbeiter im Reich“ hinwies (31. 10., S. 297). So konnte Frank in einer Abteilungsleitersitzung hervorheben:

„Im übrigen liegt uns nichts an der Blüte dieses Landes. Es ist vielleicht das schwerste Wort, das wir sagen müssen. Uns liegt nichts daran, daß etwa die Polen reicher oder sicher werden oder sich in ihrem Eigentum immer beweglicher zeigen. Uns liegt nur daran, die deutsche Autorität in diesem Raum aufzurichten. Wir können dieses Werk nicht danach bemessen, wieviel individuelles Glück wir den einzelnen Polen nach der Auffassung der Regierungen früherer Jahrhunderte vermitteln werden, sondern wir messen diese Leistung danach, je unmöglicher die Aussichten werden, daß sich Polen jemals wieder aufrichtet. Das möge hart und grausam klingen, aber im Völkerringen um Jahrtausende und Jahrtausende kann es eine andere Entscheidung nicht geben. Es ist ganz klar, daß man für diese Arbeit nur ganz starke und harte Charaktere gebrauchen kann. Wer für diese Arbeit nicht geeignet ist, hat sich schon längst aus unserer Mitte entfernt oder ist sonst auf irgendeine Art von uns gegangen. Wir denken hier imperial im größten Stil aller Zeiten... Dieses Gebiet ist dazu berufen, das Arbeiterreservoir im großen Sinne zu sein.“ (6. 11., S. 304 f.)

Im Widerspruch zu früheren Äußerungen mußte sich die Führung des Generalgouvernements doch mit Plänen zur „Einsiedlung“ von rund einer Million Polen und Juden aus den annektierten Ostgebieten befassen. Da das Generalgouvernement mit teilweise 180 Einwohnern auf einem Quadratkilometer schon dichter als das Reich besiedelt war (30. 7., S. 262), gäbe es Schwierigkeiten mit ihrer Unterbringung. Ein Teilnehmer der Sitzung steuerte den — später realisierten — Vorschlag bei, „den nötigen Platz dadurch freizumachen, daß man die Juden enger zusammentreibe in Ghettos“ (15. 1. 1941, S. 328).

Bei einem Besuch in Lublin ging Frank anläßlich einer Parteikundgebung auf etwaige Vorbehalte gegenüber der Behandlung von Polen ein:

„Nun haben wir es noch mit jenen Restbeständen von Leuten zu tun, die da sagen: Mein Gott, wie rauh sind die Nationalsozialisten hier gegen die Polen und Juden! Diesen Leuten will ich sagen: wir werden hier hart, aber gerecht regieren und dafür sorgen, daß der Name des Deutschen hier in aller Ehrfurcht genannt wird, daß niemals wieder jenes Massenmorden beginnt, das das polnische Volk zu seiner eigenen Schande und zur Schande seiner Geschichte an deutschen Menschen begangen hat. Wir werden es niemals vergessen, welche Schandtaten dieses Volk insgesamt und seine einzelnen Vertreter unserer Nation angetan haben. 60 000 Gräber ermordeter, zu Tode gequälter volksdeutscher Menschen in diesem Weichselgebiet klingen an.“

Von den Juden rede ich nicht; sie sind nicht mehr interessant genug. Ob sie nach Madagaskar kommen oder sonstwohin, das alles interessiert uns nicht. Wir sind uns klar, daß dieser Mischmasch asiatischer Abkömmlinge am besten wieder nach Asien zurückklatschen soll, wo er hergekommen ist (Heiterkeit).

Solange die Juden hier sind, sollen sie arbeiten, freilich nicht in dem Sinne, wie die Juden es früher getan haben. Hier appelliere ich an Ihre Entschlossenheit. Wir haben immer noch Reste von Humanitätsphantasten und solchen, die aus lauter echt deutscher Gutmütigkeit die Weltgeschichte zu verschlafen pflegen. Das kann man von uns nicht verlangen, die wir mit dem Führer seit 20 Jahren in diesem Kampfe stehen, daß wir noch irgendwelche Rücksicht auf die Juden nehmen. Das Generalgouvernement hat die gemessene Order, die Heimstätte der Polen zu sein. Möge angesichts unserer Behandlungsmethode, die wir den Polen gegenüber anwenden, der Rückblick auf ihre eigene Geschichte den Polen ein ernster Hinweis sein, um wieviel besser, gerechter und ausgleichender sie von der nationalsozialistischen Führung dieses Gebietes behandelt werden. Wenn heute die Juden in der Welt um Mitleid bitten, so läßt uns das kalt. Wir haben nur dafür zu sorgen, daß das, was wir mit dem Einsatz besten deutschen Blutes erkämpft haben, durch die würdige, geschlossene weitschauende Haltung der nationalsozialistischen Führung gesichert bleibt.“ (22. 1., S. 330 f.)

In einer Ansprache vor den Spitzen der Verwaltung teilte Frank wenig später wieder eine Änderung der Absichten für das Generalgouvernement mit, und zwar eine möglichst bald zu erreichende Germanisierung:

„Das Generalgouvernement, wie wir es kennen und wie wir es erarbeitet haben, wird wesentlich reicher sein, glücklicher sein, wird mehr Förderung erfahren und wird vor allem entjudet sein. Es wird aber auch den charakteristischen Anblick eines noch vorherrschenden polnischen Lebens verlieren; denn mit den Juden werden auch die Polen dieses Gebiet verlassen. Der Führer ist entschlossen, aus diesem Gebiet im Laufe von 15 bis 20 Jahren ein rein deutsches Land zu machen. Das Wort von der Heimstätte des polnischen Volkes wird auf dieses Gebiet des bisherigen Generalgouvernements und einiger Erstreckungen nun nicht mehr anwendbar sein.“ (25. 3., S. 335 f.)

Die zunächst erfolgreiche deutsche Offensive gegen die Sowjetunion steigerte anfangs noch das Machtbewußtsein der Deutschen im Generalgouvernement, gab jedoch auch der polnischen Widerstandsbewegung neuen Auftrieb. Noch in die erste Phase dieses Zeitabschnitts fällt die Eröffnung der Ausstellung „Germanenerbe im Weichselraum“ im „Institut für Deutsche Ostarbeit“, einer deutschen Kultur- und Propagandaorganisation. Bei dieser Gelegenheit gab Frank seine Sicht der Geschichte zum besten:

„Ich glaube, daß es gerade in dem gegenwärtigen geschichtlichen Abschnitt des Krieges notwendig ist, in die Arbeit des Generalgouvernements die stolze Selbstsicherheit zu bringen, daß wir hier nicht in einem vorübergehend, momentan durch Kriegsereignisse in deutsche Verwaltung gekommenen besetzten Gebiete leben, sondern daß wir dank des heroischen, opfervollen Einsatzes der unvergleichlichen deutschen Wehrmacht im Generalgouvernement dem deutschen Volke ein Gebiet wieder zurückerobert haben, in dem nicht wir die Fremden sind, sondern in dem Nichtdeutsche die Fremden und wir die eigentlichen legitimen Bewohner sind. Es könnte kühn erscheinen, eine solche Definition am hellen Tage auszusprechen angesichts der Fülle von fremden Worten und Lauten und Sprachen, die in diesem Generalgouvernement gesprochen werden. Aber nicht darauf kommt es an, daß das Deutsche Reich als monumentalstes Ordnungsinstrument Europas einmal diesen fremden Völkern Raum, Leben, Arbeit und Entwicklung gewährleistete, sondern darauf, daß es ein Entgegenkommen des Deutschen Reiches bedeutet, wenn auf diesem durch alte germanische Arbeit bearbeiteten Boden diese fremden Völker bleiben dürfen. Wir müssen kristallklar diese innere Einstellung uns und allen Deutschen dieser Zeit einhämmern: Fremdling in diesem Lande ist nicht der Deutsche, sondern der Nichtdeutsche.

Daher ist die Bedeutung dieser Ausstellung groß, ihr Blick in die Vergangenheit geradezu überwältigend eindrucksvoll. Soviel wir immer über die Kraft der germanischen Welt, über ihre Schönheit und ihre soziale, kulturelle Ordnung, über das sittliche Gefüge des Germanentums gelesen, gehört, gesprochen haben — es ist für uns eine Weihe, auf einem Boden zu stehen, aus dem durch die Gnade der Erde heute die Zeugen einer Kultur auferstehen, über deren Größe und Schönheit wir wahrhaft beglückt sein dürfen. Dieses germanische Volk ist das größte Volk der Erde. Wir können es beweisen. Das war der Anfang unserer Bewußtheit. Und wir treten diesen monumentalen Zeugen einer Kunsterfülltheit, einer Kunstdurchdrungenheit, einer ästhetischen Vollendung mit der Ergriffenheit des Enkels gegenüber, der durch das Haus der Ureltern geht. Deshalb haben wir ein Recht darauf, in diesem Raum zu fragen: Polentum, was hast Du aus dieser Zeit aufzuweisen, was steht aus den Tausenden von Jahren vor der Zeitwende, aus Deiner Periode in diesem Raum? Was? Wo? Wie? — Nichts, nichts! Das Germanentum lebt hier in einer inbrünstigen Verbundenheit mit dem Boden, es war entschlossen, hierzu bleiben. Und nur, weil die Welt zu groß war, weil

der Germane immer in die Höhe und in die Ferne strebte, weil damals der kampftschlossene Trotz dieses Germanentums noch nicht vernichtet war, weil er den abenteuerlichen Kampf und Sieg suchte, deshalb hat er dieses Gebiet wieder verlassen, nicht verlassen mit der Aufgabe des Anspruches, sondern verlassen, weil er die größere Welt in der Frühzeit des jugendlichen Wandergeneigtseins seiner Rasse suchen mußte.

Das also war die Geschichte dieses Gebietes, daß es durch lange Zeiträume hindurch germanisch war, lange, bevor überhaupt eine erste Wurzel dessen, was man heute noch Polentum nennt, gedacht werden konnte. Lange schon vorher war es der Germane, der diese Erde mit den Gaben seines Geistes, seiner Kunst und Kultur segnete. Hier sind die unwiderleglichen Beweise. Und wenn man weit in die Geschichte zurückschaut, kommt einem noch ein anderer Gedanke. Nichts wissen wir über die einzelnen der damaligen Zeit. Wir wissen nicht, wie der Germane sich schriebe oder seinen Namen nannte. Wir haben keine Angaben darüber, welche Frau diesen Schmuck trug. Wir kennen diese Menschen nur nach der uns landläufig gewordenen Vorstellung als Zugehörige einer leuchtenden Rasse. Nehmen wir uns ein Beispiel daran, wie klein der einzelne für sich mit seinem Namen und seinem Werke sein kann, wenn er es nur aus Eigennutz täte, wie groß er aber durch die Zeiten hin ist, wenn er sein kleines Ich vor der Erfüllung des Gemeinschaftsgesetzes zurückbeugt. Es ist an der Zeit, daß auch im Ablauf dieses Krieges und seiner Entwicklung diese monumentale Auffassung mehr und mehr Platz greift. Das Gesamtwerk ist es, dem wir dienen und notfalls namenlos dienen, so namenlos wie diese, aber entschlossen, in dieser Gemeinschaft zu bleiben und ihr treu zu sein.“ (12. 9., S. 404 f.)

Schon kurze Zeit nach dieser arroganten, pseudo-historischen Selbstdarstellung wurde es wieder nötig, detaillierter über konkrete polnische Widerstandsaktionen und ihre Bekämpfung zu beraten. Die interne Ankündigung von schärferen Maßnahmen „gegen den polnischen Widerstand“ verband Frank auf einer Regierungssitzung mit der Andeutung eines Programms zur Vernichtung der Juden:

„Mit den Juden — das will ich Ihnen auch ganz offen sagen — muß so oder so Schluß gemacht werden. Der Führer sprach einmal das Wort aus, wenn es der vereinigten Judenschaft wieder gelingen wird, einen Weltkrieg zu entfesseln, dann werden die Blutopfer nicht nur von den in den Krieg getetzten Völkern gebracht werden, sondern dann wird der Jude in Europa sein Ende gefunden haben. Ich weiß, es wird an vielen Maßnahmen, die jetzt im Reich gegenüber den Juden getroffen werden, Kritik geübt. Bewußt wird — das geht aus den Stimmungsberichten hervor — immer wieder versucht, von Grausamkeit, von Härte usw. zu sprechen. Ich möchte Sie bitten: einigen Sie sich mit mir zunächst, bevor ich jetzt weiterspreche, auf die Formel: Mitleid wollen wir grundsätzlich nur mit dem deutschen Volke haben, sonst mit niemandem auf der Welt. Die anderen haben auch kein Mitleid mit uns gehabt. Ich

muß auch als alter Nationalsozialist sagen: wenn die Judensippschaft in Europa den Krieg überleben würde, wir aber unser bestes Blut für die Erhaltung Europas geopfert hätten, dann würde dieser Krieg doch nur einen Teilerfolg darstellen. Ich werde daher den Juden gegenüber grundsätzlich nur von der Erwartung ausgehen, daß sie verschwinden. Sie müssen weg. Ich habe Verhandlungen zu dem Zwecke angeknüpft, sie nach dem Osten abzuschleppen. Im Januar findet über diese Frage eine große Besprechung in Berlin statt, zu der ich Herrn Staatssekretär Dr. Bühler entsenden werde. Diese Besprechung soll im Reichssicherheitshauptamt bei SS-Obergruppenführer Heydrich gehalten werden<sup>16)</sup>. Jedenfalls wird eine große jüdische Wanderung einsetzen.

Aber was soll mit den Juden geschehen? Glauben Sie, man wird sie im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? Man hat uns in Berlin gesagt: Weshalb macht man diese Scherereien; wir können im Ostland oder im Reichskommissariat auch nichts mit ihnen anfangen, liquidiert sie selber! Meine Herren, ich muß Sie bitten, sich gegen alle Mitleidserwägungen zu wappnen. Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgend möglich ist, um das Gesamtgefüge des Reiches hier aufrechtzuerhalten. Das wird selbstverständlich mit Methoden geschehen, die anders sind als diejenigen, von denen Amtschef Dr. Hummel gesprochen hat. Auch die Richter der Sondergerichte können nicht dafür verantwortlich gemacht werden, denn das liegt eben nicht im Rahmen des Rechtsverfahrens. Man kann bisherige Anschauungen nicht auf solche gigantischen einmaligen Ereignisse übertragen. Jedenfalls müssen wir aber einen Weg finden, der zum Ziele führt, und ich mache mir darüber meine Gedanken.

Die Juden sind auch für uns außergewöhnlich schädliche Fresser. Wir haben im Generalgouvernement schätzungsweise 2,5, vielleicht mit den jüdisch Versippten und dem, was alles daran hängt, jetzt 3,5 Millionen Juden. Diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschießen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen, und zwar im Zusammenhang mit den vom Reich her zu besprechenden großen Maßnahmen. Das Generalgouvernement muß genau so judenfrei werden, wie es das Reich ist. Wo und wie das geschieht, ist eine Sache der Instanzen, die wir hier einsetzen und schaffen müssen und deren Wirksamkeit ich Ihnen rechtzeitig bekanntgeben werde." (16. 12., S. 457 f.)

In diesem Zusammenhang führte Frank auch die Funktion eines deutschbeherrschten Ge-

neralgouvernements für die deutschen Eroberungs- und Herrschaftspläne im Osten weiter aus:

„Über allem muß aber folgender Gedanke stehen: dieses Gebiet des Generalgouvernements wird unmittelbar nach dem durchgeführten Rückdeuschungsprozeß der Ostgebiete des Reiches der nächste Bestandteil Europas sein, der der absoluten Deutschrückdringung unterstellt werden wird. Wir werden die großen Reichsautobahnen bauen, die quer durch unser Land gehen. An diesen Reichsautobahnen werden große Siedlungsdörfer mit Deutschen entstehen. An wohl gewählten strategischen Punkten werden große militärische Zentralen geschaffen werden, um die herum sich in einem weiten Gürtel allmählich das deutsche Leben entwickeln wird. Da wir dann auch die Möglichkeit haben, allenfalls hier nicht mehr benötigtes Fremdvolkstum nach dem Osten abzugeben, wird es nicht zu unüberwindlichen Schwierigkeiten führen, das deutsche Volkselement mehr und mehr verwurzeln zu lassen und das fremdvölkische Element immer mehr abzudrängen.

Daher müssen Sie sich auch jene 5 Thesen, die ich aufgestellt habe, die, von der germanischen Besiedlung dieses Raumes beginnend, bis zum Kriege 1941 eine Aufeinanderfolge von Rechtsansprüchen des Deutschtums auf diesen Raum geben, durchaus zu eigen machen. Denn der Führer hat mir die Befugnisse erteilt, in dieser Richtung Vorbereitungen zu treffen. Weiter im Osten wird einmal der Gotengau entstehen, und das Generalgouvernement wird dann einmal der Vandalengau werden können. Die Vandalen sind bekanntlich der meist-verleumdete germanische Stamm gewesen. Hier waren ihre Wohnsitze, hier haben sie die erste germanische Kultur eingebaut. Dieser Vandalengau soll dann auch dazu beitragen, vor der ganzen Welt jene furchtbare Schuld zu tilgen, daß man einen der edelsten germanischen Stämme dauernd so verunglimpft hat, daß seine Bezeichnung geradezu zu einem Schimpfwort wurde — übrigens ein Meisterstück antideutscher Propaganda durch zwei Jahrtausende hindurch.

Aus alledem wird klar, daß die Aufgabe des Generalgouvernements in dem Gesamtgefüge des Aufbruches nach dem Osten hin weltgeschichtlicher Art ist. Wir sind das Tor, durch das man aus dem Osten wieder nach Deutschland kommt. Auf unserem Gebiet steht die Waage mit den beiden Gewichtsschalen. Daher ist dieser Standplatz ‚Generalgouvernement‘ auch vom Führer ausersehen worden in der klaren Erkenntnis, daß der Dienst im Generalgouvernement eine Bewährung hohen Ranges darstellt." (16. 12., S. 458 f.)

### III. Krise und Ende der deutschen Herrschaft in Polen (Dezember 1941 bis Januar 1945)

Ein Vierteljahr später, nach den schweren deutschen Rückschlägen vor Moskau, war

von solchen Perspektiven bereits nicht mehr die Rede:

<sup>16)</sup> Es handelt sich um die Wannsee-Konferenz vom Januar 1942, auf der die Ausrottung der Juden im deutschen Machtbereich beschlossen wurde.

„Die Kriegslage im Osten zwingt zu äußerster Anspannung aller Kräfte. Langfristige Projekte im Generalgouvernement seien jetzt nicht durchzusetzen, das Generalgouvernement habe vor allem den Bedürfnissen der Ostfront zu dienen.“

In der „Volkstumspolitik“ sprach sich Frank wiederum für ein Ausspielen der nationalen Gegensätze zwischen Polen und Ukrainern aus, ferner für eine weitere Bevorzugung der Volksdeutschen. Dabei kam er auch wieder auf den polnischen Widerstand zu sprechen:

„Es ist ganz selbstverständlich, daß die Widerstandsbewegung zunimmt... weil sich die Lage der intellektuellen polnischen Schichten wirtschaftlich katastrophal entwickelt, weil auch vor allem die Einwirkungen von außen her von uns nicht völlig beseitigt werden können, weil zudem der Pole in seiner romantischen Widerstandssucht ein alterfahrener Organisator im Dunkeln ist, wie das seine Geschichte zeigt. Ich glaube, daß es bei vernünftigen Anschauungen auf diesem Gebiete möglich ist, in den kommenden Monaten gerade noch durchzukommen.“ (11. 3., S. 470)

Die deutsche Politik war also im Generalgouvernement bereits in die Defensive gedrängt. Im Rückblick auf die militärische Krise des Rußlandfeldzugs im Winter 1941/42 schärfte Frank den Nationalsozialisten ein, in den kommenden Monaten die „fanatischsten, härtesten und vor allem die herrenstärksten Menschen“ zu sein:

„Ich weiß, welche Scherereien uns die Juden machen. Sie müssen weg; das ist klar. Aber andererseits ist es auch ausgeschlossen, daß man in dieser Weise, wie ich es eben schilderte, seine Arbeiten führen kann. Daher wird es auch Aufgabe der Partei sein, darauf zu achten, daß uns die Weltreichsaufgabe unserer Zeit zu anderen höhe- ren, auch methodisch weiter reichenden Anschauungen zwingt, als sie etwa einer binnenstaatlichen Aufgabe gegenüber am Platze wäre... Im übrigen geht der Kampf um die Durchsetzung unserer Ziele eiskalt weiter... Sie sehen, daß man vor nichts zurückschreckt und ganze Dutzende von Elementen an die Wand stellt. Das ist schon deshalb notwendig, weil hier eine einfache Überlegung sagt, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, in einem Zeitpunkt, in dem das beste deutsche Blut geopfert wird, fremdvölkisches Blut zu schonen. Denn daraus könnte eine der größten Gefahren entstehen...“

Deshalb muß alles, was sich noch an polnischer Führungskraft zeigt, immer wieder mit rücksichtsloser Energie vernichtet werden. Das braucht man nicht an die große Glocke zu hängen, es geschieht stillschweigend. Und wenn wir uns den Luxus gestatten, eine Art Philharmonie den Polen zu gewähren, die wir den ausländischen Journalisten zeigen, so bedeutet das gar nichts. Die Leute machen Musik in unserem Sinne, und wenn wir sie nicht mehr brauchen können, lösen wir dieses Institut auf. Im übrigen muß man das alles mit Vernunft und Ruhe betrachten. Wir unterhalten Landschulen und technische Fachschulen, wir lassen Medizinalpraktikanten ausbilden, die aber keinen akademischen Rang oder Titel erhalten können. Wir müssen aber dafür sorgen, daß eine Millionenbevölkerung hier arbeiten, sich beschäftigen und dabei gesund bleiben kann. Das geschieht

nicht im Interesse der Polen, sondern der Deutschen in diesem Raum und des deutschen Volkes, was man im Reich meistens nicht erkennt.

Wir werden in sehr schwere Zeiten kommen und haben auch alles vorbereitet, um diesen schweren Zeiten zu entsprechen. Wir können in den kommenden Monaten weder aufbauen noch etwas großes durchführen, sondern müssen nur dafür sorgen, daß wir im Zusammenhang mit diesen Ereignissen nicht untergehen.“ (18. 3., S. 478 f.)

Inzwischen begannen sich die Beschlüsse der Wannsee-Konferenz über die „Endlösung der Judenfrage“ im Generalgouvernement auszuwirken: Neue Pläne sahen vor, „die Judenghettos aufzulösen, die arbeitsfähigen Juden zu behalten und die übrigen weiter nach dem Osten abzuschicken. Die arbeitsfähigen Juden sollten in mehreren großen Konzentrationslagern untergebracht werden, die sich im Mittelpunkt der Produktion befänden“ (11. 5.). Mitte Juli waren 30 000 Juden in Arbeitslagern:

„Fast die gesamten Reparaturen an Uniformen und Stiefeln sowie die Fertigstellung von Pelzen für die Ostfront wurden von ihnen geleistet.“ (15. 7., S. 525)

Im Zusammenhang mit dem Konflikt um Franks öffentliche Proteste gegen die wachsende rechtliche Willkür auch gegen deutsche „Volksgenossen“ stilisierte sich Frank gegenüber den noch brutaleren Vertretern deutschen Herrschaftswillens in der Berliner Zentrale gleichsam zum fürsorgenden Landesvater im Generalgouvernement empor:

„Die Wirtschaftslage im allgemeinen entspricht der generellen Situation Europas. Die Bevölkerung ist vorerst noch ruhig und verhält sich im allgemeinen loyal, wobei ich feststellen kann, daß daran hauptsächlich der Umstand schuld trägt, daß ich vorerst hier noch als Generalgouverneur verbleibe. Für die fremdvölkische Bevölkerung bin ich immerhin noch der Repräsentant eines Deutschlands, das in einer friedlichen, kulturellen und fürsorglichen Betreuung der seiner Regierung anvertrauten Bevölkerung eine höhere Gewähr für den Nutzen des Heimatreiches sieht als in der unausgesetzten Anwendung harter und brutaler Gewalt.“ (1. 9., S. 562)

Hinweise auf eine Verschärfung der Lage im Generalgouvernement gab hingegen der Warschauer Gouverneur Dr. Fischer:

„Wenn der neue Ernährungsplan durchgeführt werden solle, so bedeute das allein für die Stadt Warschau und ihre nächste Umgebung, daß 500 000 Menschen keine Verpflegung mehr bekämen... Die Judenaktion, die zunächst im allgemeinen gut vonstatten gegangen sei, sei leider in den letzten Wochen überstürzt worden, mit dem Erfolg, daß ein großer Teil der Juden sich aus den Ghettos in die Wälder geflüchtet und sich auch Banden angeschlossen habe. Wenn auch die Überwachung des Gebietes militärisch und polizeilich

besser sei als im Frühjahr, so fehle es doch an einer durchgreifenden systematischen Aktion." (7. 12., S. 582 f.)

In der Defensive gewann Frank plötzlich den Juden neue Seiten ab und bestätigte indirekt das deutsche Vernichtungsprogramm gegen Juden:

„Nicht unwichtige Arbeitskräfte hat man uns in unseren altbewährten Judenschaften genommen. Es ist klar, daß der Arbeitsprozeß erschwert wird, wenn mitten in dieses Arbeitsprogramm des Krieges der Befehl kommt, alle Juden sind der Vernichtung anheim zu stellen. Die Verantwortung hierfür trifft nicht die Regierung des Generalgouvernements. Die Weisung der Judenvernichtung kommt von höherer Stelle. Wir müssen uns nur mit den Schlußfolgerungen abfinden und können auch den Reichsstellen nur mitteilen, daß die Wegholung der Juden arbeitsmäßig zu ungeheuersten Schwierigkeiten geführt hat.“ (9. 12., S. 588)

Der Zwang der Lage führte Frank auch gegenüber den Polen zu teilweise neuen Einsichten. In einer streng vertraulichen Sitzung beklagte er „ein ganz ungeheures Übergewicht dieser Fremdvölkischen gegenüber den Deutschen“:

„Sie wissen, daß es jetzt auch für das Reich ein ernstes Problem zu werden beginnt, was mit den von uns beherrschten Fremdvölkischen heute geschehen soll. Uns interessierten hier in erster Linie die Polen, in zweiter Linie die Ukrainer. Sie wissen, daß innerhalb der Partei im allgemeinen absolut die Meinung vertreten wird, daß die Aussiedlung der Polen, ihre Vernichtung oder ihre Behandlung lediglich als Arbeitswesen Ausdruck unserer Polenpolitik ist. Sie wissen auch, daß das in weitem Umfange in die Tat umgesetzt wurde. Nun zeigt sich aber in zunehmendem Maße auf diesem Gebiet eine ungeheure Erschwerung. Sie liegt insbesondere darin, daß das Reich in seiner territorialen Notsituation zur Verlagerung großer Industrien aus den einfluggefährdeten Gebieten in das Generalgouvernement gezwungen ist. Andererseits besteht aber auch die Notwendigkeit, die bereits vorhandenen Betriebe des Generalgouvernements mit einheimischen Arbeitskräften unter allen Umständen durchzuhalten, das Transportwesen und die gesamte Verwaltungsapparatur aufrechtzuerhalten, die Ernte zu sichern usw. Auf Grund dieser Sachlage gewinnt man dann plötzlich die Einsicht, daß man nicht gleichzeitig das Polentum vernichten und andererseits mit der Arbeitskraft des Polentums Berechnungen anstellen kann.

In diesem Zwischenproblem stehen wir zur Zeit. Dabei bedeuten die Anforderungen an Arbeitskräften, die vom Reich an uns gestellt werden, noch die geringste Sorge. Sie wissen, daß wir über 940 000 polnische Arbeiter ans Reich abgegeben haben. Damit steht das Generalgouvernement absolut und relativ an der Spitze aller europäischen Länder. Diese Leistung ist enorm; sie wurde auch von Gauleiter Sauckel<sup>17)</sup> als solche anerkannt.

<sup>17)</sup> Als Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz verantwortlich für die Deportation von rund 5 Millionen Zwangsarbeitern aus den besetzten Gebieten in das Reich.

Daß nun für uns die Frage entsteht, wie es mit der Polenpolitik weiter gehalten werden soll, hängt nicht etwa damit zusammen, daß ein akuter Anlaß dazu vorliegt. Es wäre vielmehr wünschenswert, daß sich die Reichsinstanzen, die Parteiinstanzen und die territorialen Instanzen endlich einmal über einen Weg klar werden. Es geht nämlich nicht an, daß die einen sagen: alle Polen, ganz gleich welcher Art, werden ausgerottet — und die anderen sagen: alle Polen, ganz gleich welcher Art, wenn sie arbeitsfähig sind, müssen in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden. Hier klafft ein diametraler Gegensatz. Man könnte sagen, alle Polen, die hier im Arbeitseinsatz stehen, können wir behalten, alle Polen, bei denen das nicht der Fall ist, können wir ausrotten. Darin liegt nur die eine große Schwierigkeit, daß eine Ausrottung von Millionen menschlicher Wesen an Voraussetzungen geknüpft ist, die wir zur Zeit nicht erfüllen können.“ (14. 12., S. 590 f.)

Frank erkannte erstmals das Dilemma zwischen an sich erwünschter Ausrottung der „Fremdvölkischen“ auf fremdem Boden und ihrer Nützlichkeit als Arbeitskräfte für die eigenen Kriegsanstrengungen. Mit diesem Dilemma schlug er sich in den ihm verbleibenden zwei Amtsjahren noch öfter herum, je intensiver, je näher nach Stalingrad die Rote Armee heranrückte. In der sich abzeichnenden Niederlage versuchte die deutsche Politik eine Hinwendung zu politischeren Methoden: durch Mobilisierung antikommunistischer Affekte auch in der polnischen Bevölkerung eine gewisse Basis in den beherrschten Gebieten zu gewinnen. Den Auftakt gab Goebbels in einem Rundschreiben vom 15. Februar 1943, „in dem eine neue Einstellung des Reiches für die Behandlung der außerhalb Deutschlands lebenden europäischen Völker einschließlich der Ostvölker“ verkündet und die von Frank und seinen Mitarbeitern begrüßt wurde:

„Dieses Rundschreiben sei eine geradezu umwälzende Verlautbarung. Eine große Wende sei angebrochen. Es werde mit dem bisherigen System der Ausrottung, der Ausbeutung und Diskriminierung gebrochen. Endlich sehe man im Reich ein, daß sich ein System der Gewalt auf die Dauer nicht halten könne, denn Gewalt sei lediglich ein Ausnützen eines momentanen technischen Waffenvorteils.

Er als Generalgouverneur werde nichts unterlassen, um diese neuen Grundsätze in der politischen Führung dieses Raumes zur Durchsetzung zu bringen. Er sei überzeugt, daß diese neue Einsicht zu einer ungewöhnlichen Bereinigung der Ostsituation führen werde.

Hauptschriftleiter Fenske ist der Meinung, daß diese Umschwenkung der deutschen Politik in der Behandlung der Polen zu spät komme. Die Polen sprächen bereits davon, daß im Augenblick des Wiederbeginns einer deutschen Offensive im Osten ein allgemeiner europäischer Aufstand entflammen werde. Weiter glaubten sie, daß eine

englisch-amerikanische Armee vom Balkan her nach Osteuropa eindringen und ein Operationsgebiet zwischen Rußland und Polen zu erreichen suchen werde. Die Gewinnung der Ukrainer für die deutsche Seite sei jedoch noch möglich. Demgegenüber hält der Herr Generalgouverneur es für möglich, die Polen auf die deutsche Seite zu ziehen." (23. 2., S. 625)

In diese Linie einer offensiven Verteidigung paßte die Entdeckung der Massengräber von Katyn zur Organisierung einer großangelegten Propagandaaktion (13. 4., S. 637), die sich über mehrere Monate erstreckte. Sie konnte aber letztlich nicht von der für die Deutschen immer härter werdenden allgemeinen Lage im Generalgouvernement ablenken: Ungenügende Versorgung der arbeitenden polnischen Bevölkerung mit Lebensmitteln und Konsumgütern, wachsende Unsicherheit für die Parteimitglieder:

„Man könne kaum noch Parteiveranstaltungen durchführen; Abendveranstaltungen seien so gut wie unmöglich. Diese allgemeine Unsicherheitslage sei in erster Linie durch die Ernährungslage bestimmt.“ (14. 4., S. 641)

Von da an überschattete die „Sicherheitslage“ alle deutschen Aktivitäten, über die eine Fülle von Sitzungsprotokollen anschauliche und detaillierte Informationen liefern. Beunruhigung unter den Deutschen, Verstärkung ihrer Ausstattung mit „Selbstverteidigungswaffen“ (15. 4., S. 644) und härtere Bekämpfung der „Banden“, also der polnischen Widerstandsbewegung, verschärften nur das Dilemma weiter:

„Mit banger Sorge jedoch betrachtet die Hauptabteilung (Ernährung, I. G.) die Entwicklung auf dem Gebiete der allgemeinen Sicherheit. Kein Tag vergehe, an dem nicht Männer der Dienststellen der Hauptabteilung draußen überfallen und sogar erschossen würden.“ (20. 4., S. 649)

SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth forderte eine weitere Revision der bisherigen anti-polnischen Politik im Generalgouvernement:

„Eine Verschärfung der Lage werde zwangsläufig eintreten, wenn man nicht erkenne, daß die bisherige Behandlung des polnischen Volkes in vielen Punkten falsch gewesen sei. Man müsse den Mut aufbringen, endlich den deutschen Kurs zu ändern. Dieses polnische Volk stelle für Deutschland ein nicht übersehbares Kriegspotential dar, das zur Gewinnung des Krieges voll eingesetzt werden müsse. Die deutsche Verwaltung müsse alles vermeiden, was bei den Polen einen unnötigen Druck hervorrufe, denn Druck erzeuge gewöhnlich Gegen- druck. Man müsse vermeiden, Versprechungen zu machen, die man nicht halten könne. Das polnische Volk habe an sich Verständnis für den deut-

schen Kampf gegen den Bolschewismus, es sei antibolschewistisch eingestellt. Das erlebe man immer stärker.

Wir Deutsche müßten dem Schicksal dankbar sein, daß es uns durch die Gräber von Katyn noch einmal Gelegenheit gebe, dem polnischen Volk nicht nur propagandistisch, sondern in der Tat Zugeständnisse zu machen, ihm ein gewisses Schicksal aufzuzeigen, um es für die deutschen Zwecke zu gewinnen.

Diese Erkenntnis schein auch im Reich endlich Platz zu greifen. Seiner Meinung nach sei es dazu höchste Zeit. Wir alle seien uns darüber klar, daß wir mit einer Weiterführung unserer bisherigen Polen-Politik einfach Schiffbruch erleiden werden. Einen solchen Druck, wie ihn das polnische Volk erleide, habe noch nie ein Volk erleiden müssen. Jede Dienststelle müsse bei allen Maßnahmen, die ergriffen werden müßten, darauf achten, ob sie unbedingt kriegsnotwendig seien und darum durchgeführt werden müßten. Gelingen es nicht, die Bereitwilligkeit des polnischen Volkes, diese Terror-Gruppen zu beseitigen, zu wecken, dann sähe er kein Mittel, mit dem man die Sicherheitslage im Generalgouvernement bessern könne. Der Feind würde in diesem Raume eine große Nachschubbasis vernichten, und die Rückwirkungen auf die Front im Osten würden von unübersehbaren Folgen sein.“ (20. 4., S. 652 f.)

Anschließend wurde noch im Detail die geplante propagandistische Auswertung der Massengräber von Katyn besprochen, die aber offensichtlich nicht sehr erfolgreich war:

Im Osten des Generalgouvernements, im Bezirk Lublin, war nach Aussage des Kreishauptmanns bereits Ende Mai 1943 die Lage kritisch geworden:

„Trotz der intensiven Propaganda gegen den Bolschewismus und trotz Katyn steigert sich mit den in immer stärkeren Zahlen auftretenden Banden gleichzeitig die dauernde militärische Ausrüstung und Ausbildung der Banditen. Der Einsatz der Überfälle ist nicht nur planmäßig durchdacht und militärisch vorbereitet, sondern wird mit immer stärkeren Kräften durchgeführt... Die deutsche Führung in diesem Raum ist in Gefahr, restlos verloren zu gehen, wenn nicht in kürzester Zeit stärkste Maßnahmen erfolgen, um die vollkommen gesunkene deutsche Autorität zu heben. Wir stehen vor dem offenen Aufruhr.“ (29. 5., S. 669, 672)

Es folgen, nach Distrikten aufgeschlüsselt, detaillierte Angaben:

„In der letzten Zeit sei mehr und mehr die Planmäßigkeit des Vorgehens der Banditen zu beobachten... Die Ausrüstung der Banditen sei gut. Geführt würden sie von Bolschewiken... Die Entjudung habe ohne Zweifel auch zur Beruhigung geführt. Sie sei für die Polizei eine der schwierigsten und unangenehmsten Aufgaben gewesen, habe aber auf Befehl des Führers durchgeführt werden müssen, weil es im europäischen Interesse notwendig sei.“ (31. 5., S. 680—682)

<sup>16)</sup> Als Nachfolger Heydrichs Chef der Sicherheitspolizei und des SD und Chef des Reichssicherheitshauptamts der SS 1943—1945.

Unter dem Druck der Entwicklung bemühte sich Frank weiterhin um eine Teilrevision seiner bisherigen Polenpolitik:

„Auf dem ganzen Gebiet der Polenpolitik wird jetzt endlich Vernunft eintreten. Wir werden allerdings um deswillen dauernd von gewissen Stellen als Polenfreunde verdammt und verachtet. Es geht nicht an, daß man hier eine Handvoll Männer hereinschickt, ihnen aufgibt, 15 Millionen Fremdvölkische auszurotten, und sie dann ohne Schutz in diesem Raum läßt. Wenn die Bolschewisten daran gehen, ein Volk auszurotten, dann schicken sie in jedes Dorf des auszurottenden Volkes 2 000 Rotarmisten. So aber, daß man uns 10 000 Mann Polizei ins Land schickt und uns aufgibt, mit 15 Millionen fremdvölkischen Menschen fertig zu werden, ist das nicht zu machen. Hier liegt der Kampf, den wir als Fachleute in der Behandlung dieses Raumes gegen Dilettanten zu führen haben, die sich in diesen Dingen nur macht- oder weltpolitisch betätigen.“ (18. 6., S. 690)

Bei einem Besuch in Lemberg wandte er sich jetzt sogar gegen Begriffe wie „Kolonialverwaltung“ und „Herrenvolk“ und meinte: „Dieser Ausdruck ... müßte verboten werden“ (21. 6., S. 696), obwohl er ihn früher selbst gebraucht hatte<sup>19)</sup>.

Der kriegsbedingten Verlagerung deutscher Rüstungsindustrie ins Generalgouvernement zum Schutz vor alliierten Luftangriffen gewann Frank sogar eine positive Seite ab, da das Generalgouvernement „binnen kurzem eines der wichtigsten Industriegebiete Europas“ werde (22. 7., S. 706). Frank sah nur noch die Aufgabe, aus dem Generalgouvernement soviel wie möglich für die deutsche Kriegsmaschine herauszuholen:

„Was nach dem Sieg mit diesem Volk geschieht, ist jetzt gleichgültig, aber was jetzt geschieht, ist wichtig. Es ist daher klar, daß die reinen Terrormethoden, die Kollektivjustiz falsch sind und einfach einen Stoß gegen den Sieg bedeuten. Denn gerät dieses Land in Aufruhr, dann können wir nicht wie mancher Großsprecher einfach sagen: der deutsche Herrenmensch wird auch damit fertig. Hier stehen ein paar Deutsche einer Masse gegenüber. Ich trage die Verantwortung, daß mit 150 000 polnischen Eisenbahnern der Transport im Lande aufrechterhalten wird. Mir hilft es nichts, wenn einer sagt, die Polen müssen ausgerottet werden, sie sind falsch und sie müssen weg. Ich bin heute auf den schmierigsten Polacken, der mir die Züge an die Ostfront fährt, angewiesen. Die Dinge sehen in der Praxis anders aus als in der Theorie. Wir wissen alle, daß dieses Land einmal deutsch wird, daß wir die Polacken hier nicht dulden werden. Aber dazu kommt die Zeit, wenn wir den Krieg gewonnen haben. Jetzt siedeln zu wollen und das Land dadurch in Aufruhr zu bringen, ist unmöglich.“ (2. 8., S. 714)

Frank distanzierte sich, ohne auch nur anzudeuten, daß er sich selbst mal damit identifiziert hatte, von früheren Phasen der deutschen Polenpolitik im Generalgouvernement: Zerstörungsphase, „Beuteperiode“ bis etwa ins Frühjahr 1940, „Überforderungsperiode“ im Dienst der deutschen Kriegsanstrengungen (3 Mrd. Zloty, 1,3 Millionen Arbeiter für das Reich):

„Wir haben vor allem die Vorstellung zu bekämpfen, daß wir Kolonie sind... So wie die Dinge liegen, rückt das Generalgouvernement immer mehr in die Position eines Herzstücks der großdeutschen Macht ein... Daher kann und darf unter keinen Umständen mit einer Fortsetzung früherer Tendenzen aus der Überforderungsperiode die Gesundheit dieses Gebietes gestört werden.“ (3. 8., S. 717)

Im Falle eines allgemeinen Aufstandes konnte die deutsche Führung schon nicht mehr mit der bisherigen Loyalität der polnischen Polizei rechnen (27. 9., S. 736). Nachdem die Rote Armee auf knapp 300 km an die Ostgrenze des Generalgouvernements herangerückt war, galt dieses nunmehr als deutsche Bastion, die auch gegen den von innen mobilisierten nationalpolnischen Widerstand „fest in deutscher Hand“ bleiben müsse (19. 10., S. 739). In einem Rückblick „4 Jahre Generalgouvernement“ behauptete Frank:

„Die Geschichte Polens ist jetzt ein Bestandteil der Geschichte Großdeutschlands geworden. Damit kehrt der Bogen zurück, der einmal im 9., 10., und 11. Jahrhundert damit begann, daß der polnische Staat, die Weichsel und Oberschlesien unter deutscher Oberhoheit waren. So ist es recht, so ist es vernünftig und so ist es auch klar. Das deutsche Schwert hat diesen Raum erkämpft, die deutsche Führung wird diesen Raum für Deutschland sicherstellen.“ (26. 10., S. 745)

In den folgenden Monaten häufen sich Berichte über die ökonomische Leistung des Generalgouvernements für die deutsche Kriegswirtschaft — auf dem agrarischen wie dem industriellen Sektor. Auf einer Landwirtschaftstagung in Zakopane zu Beginn des Jahres 1944 lobte Frank den „Arbeitseifer der fremdvölkischen Bevölkerung“, war für eine „vernünftige Behandlung“ von Polen und Ukrainern und kritisierte „unter stürmischem Beifall“ die „Siedlungspolitik der SS und die Vertreter der Gewaltpolitik“ (12. 1. 1944). Kritik aus dem Reich wehrte Frank ab:

„Wenn wir den Krieg einmal gewonnen haben, dann kann meinetwegen aus den Polen und aus den Ukrainern und dem, was sich hier herumtreibt, Hackfleisch gemacht werden, es kann gemacht werden, was will. Aber in diesem Augenblick kommt es nur darauf an, ob es gelingt, fast 15 Millionen eines gegen uns sich organisierenden

<sup>19)</sup> Vgl. oben S. 16 (31. 10. 1939), S. 24 (12. 9. 1940).

feindlichen Volkstums in Ruhe, Ordnung, Arbeit und Disziplin zu halten. Wenn es nicht gelingt, dann kann ich vielleicht triumphierend sagen: Ich habe 2 Millionen Polacken umgebracht. Ob dann aber die Züge an die Ostfront fahren, ob die Monopolbetriebe arbeiten, die jeden Monat 500 000 Liter Wodka und so und so viele Millionen Zigaretten liefern, ob die Ernährung und Landwirtschaft gesichert wird, von der wir allein 450 000 t Getreide ans Reich geliefert haben, das steht auf einem anderen Blatt." (14. 1., S. 772)

Am 29. Januar 1944 kam es zu einem Attentat auf den Zug, in dem Frank von Krakau nach Lemberg fahren wollte — ein weiteres Alarmzeichen für die deutsche Führung. Wenige Tage später drangen Einheiten der Roten Armee erstmals in das Generalgouvernement ein, so daß erste Räumungsmaßnahmen ergriffen werden mußten (2. 2., S. 781).

Während sich das Territorium und die Wirtschaftsleistung des Generalgouvernements für das Deutsche Reich immer weiter verringerten, sich die innere Unsicherheit für die deutsche Besatzung und ihre Verwaltung erhöhte, verstärkte die deutsche Führung ihre Bemühungen, unter europäisch-abendländischen Parolen wenigstens einen Teil der polnischen Bevölkerung doch noch für den „Kampf gegen den Bolschewismus“ zu gewinnen — allerdings nur in untergeordneter Position, nicht durch eigene militärische Einheiten, denn Hitler wollte, wie er Frank berichtete, „um keinen Preis mehr eine Pilsudski-Armee haben“ (5. 2., S. 789), wie einst im Ersten Weltkrieg.

Mitte Februar 1944 rechnete die deutsche Führung bereits mit einem allgemeinen polnischen Aufstand, der von England aus betrieben würde (16. 2., S. 804). Zur Rettung der politischen Situation wurde die Gründung der „Polnischen Antibolschewistischen Liga“ vorbereitet (17. 2.). In die neue Konzeption paßte auch der „Polnische Hauptausschuß“ als Repräsentanz eher kollaborationsbereiter konservativer Gruppen in Polen. Einem Interviewer der Zeitschrift „Das Reich“ erklärte Frank:

„Der Führer habe bestimmt, daß dieser Raum der absolut freie kulturelle Lebensraum der Polen im Rahmen des künftigen Europa sei, zu dem die Polen kraft ihrer alten Kultur beitragen müßten.“ (30. 3., S. 820)

Jetzt erst empfing auch Frank den Fürsterzbischof Sapieha zu einem Gespräch, da er sich von ihm eine politische Beeinflussung im deutschen Sinn erhoffte (5. 4.). Unter dem Druck der drohenden militärischen Niederlage geriet die alte Politik der quasikolonialen Apartheid endgültig ins Wanken.

Frank war jetzt sogar der Ansicht, „daß sich die Polizei im Laufe der Zeit nicht mehr zu der Aufgabe des Sklavenfangs hingeben werde. Jetzt gelte es vor allem, die neu ins Generalgouvernement hereinkommenden Industrien zu fördern und dafür zu sorgen, daß ihnen die notwendigen Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt würden“ (19. 4., S. 837). Dagegen wurden Anfang Mai „zum ersten Mal ganze Kreise... von Banden beherrscht“, also von der polnischen Widerstandsbewegung, so daß schon eine deutsche Verwaltungsstelle „offiziell zurückgezogen worden“ sei (8. 5., S. 841):

„Die Zahl der russischen Banden habe in den letzten 4 Wochen im Generalgouvernement erheblich zugenommen. Diese Banden seien eigentlich rein militärische Formationen, ihre Angehörigen seien große Idealisten. Die Offiziere und Unteroffiziere seien lang gediente Männer, taktisch geschult und strategisch außerordentlich beschlagen. Es sei sehr schwierig, eine solche Bande völlig zu vernichten. Auch herrsche in den Banden offenbar eine starke Disziplin, und die Bandenchefs scheuten nicht davor zurück, die eigenen Leute zu erschließen, wenn sie sich eines Partisanen als unwürdig erwiesen hätten. Eigentlich seien die Banden ein Bestandteil der regulären Armee und hätten Aufgaben ähnlich denjenigen der Kavallerie zu erfüllen. Jeder Bandenführer habe einen strikten militärischen Auftrag, den er so oder so durchführen müsse.“ (12. 5., S. 850)

Einen allgemeinen Aufstandsversuch wollte die deutsche Führung „mit allen Mitteln schärfster sofortiger Gewaltkonzentration ohne jedes Ansehen der Opfer“ niederschlagen (18./19. 5., S. 858), was an sich der neuen Konzeption widersprach, die nationalpolnischen gegen die kommunistischen Gruppen auszuspüren zu versuchen.

Breiten Raum nehmen die Protokolle über die Beratungen zur Niederschlagung des Warschauer Aufstands ein (S. 894 ff.). In einem Fernschreiben an Reichsminister Lammers<sup>20)</sup> meldete Frank:

„Die Stadt Warschau steht zum größten Teil in Flammen. Die Niederbrennung von Häusern ist auch das sicherste Mittel, den Aufständischen Schlupfwinkel zu entziehen... In der Stadt mit ihrer Millionenbevölkerung herrscht ein unvorstellbares Elend. Nach diesem Aufstand und seiner Niederschlagung wird Warschau dem verdienten Schicksal seiner völligen Vernichtung mit Recht anheimgefallen sein oder unterzogen werden.“ (5. 8., S. 898)

Zuletzt versuchte Frank unter einem „Polnischen Nationalausschuß“ auch noch eine Art polnische Selbstverwaltung einzusetzen. Aber:

<sup>20)</sup> Chef der Reichskanzlei 1937—1945.



„Der Polnische Nationalausschuß müßte sich zur polnischen Nationalität bekennen, also zum Antibolschewismus, da Bolschewismus mit Antipolonismus zu identifizieren sei.“ (4. 9., S. 903)

Frank ging jetzt davon aus, „daß allgemein eine gewisse Vermenschlichung, eine Vereuropäisierung und eine völlig gerechte Behandlung des Polentums eintreten müßte. Für Millionen polnischer Arbeiter und Bediensteter treffe es einfach nicht zu, daß jeder Pole ein Gauner sei.“ (4. 9., S. 904)

Nach Bekanntwerden des Vernichtungslagers Majdanek im Osten des Generalgouvernements behauptete Staatssekretär Dr. Bühler, „daß über diese Angelegenheit der Regierung des Generalgouvernements nichts bekannt sei, da sie keinen Einblick in solche Lager irgendwann einmal besessen habe, da diese Lager grundsätzlich ausschließlich und direkt von der Berliner SS- und Polizeizentrale eingerichtet und geleitet seien und in ihrer Gesamtführung, der Verwaltung und ihrem Gesamtgeschehen lediglich von der Berliner Zentrale verantwortet werden müssen“ (15. 9., S. 909). Dabei hatte Bühler selbst an der Wannsee-Konferenz vom Januar 1942 teilgenommen <sup>21)</sup>.

Auf dem Krakauer Burghof dankte Frank polnischen Männern und Frauen, die für Schanzarbeiten eingesetzt wurden. Nach alledem, was in den vergangenen Jahren gesagt und getan wurde, klangen Franks Dankesworte wie tausendfacher Hohn:

<sup>21)</sup> Vgl. oben S. 26 (16. 12. 1941).

„Ich danke Euch, daß Ihr zu mir gekommen seid... Ich habe aus allen Berichten gehört und habe mich selbst an den Baustellen davon überzeugt, wie fleißig die Arbeit vor sich geht. Ich habe dem Führer davon Mitteilung gemacht, und er hat mich beauftragt, dem polnischen Volke des Generalgouvernements seine besondere Anerkennung und Dankbarkeit für diese hervorragende Leistung zum Ausdruck zu bringen... Es handelt sich jetzt um den Schlußkampf gegen den Bolschewismus.“ (22. 9., S. 912)

Die letzten Akte politischen Charakters waren ein Empfang Franks für den Polnischen Hauptausschuß in Krakau am 13. November 1944, dem er seine Bemühungen „um die Erhaltung und Erweiterung der großen europäischen Kulturgemeinschaft“ gerade gegenüber Polen herauskehrte und versicherte, daß Krakau nicht militärisch verteidigt würde, ferner ein propagandistischer Empfang für eine polnische und eine ukrainische Bauerndelegation am 14. November 1944. Alles andere war nur noch Abgesang, Räumung, allerdings ohne Zerstörung Krakaus, die an sich schon vorgesehen, aber von Frank durch seine Präsenz bis zum letzten Augenblick verhindert wurde.

Am 17. Januar 1945 verließ Generalgouverneur Frank seinen Amtssitz Krakau. Die letzten Eintragungen betreffen die Auflösung und Abwicklung der Verwaltung des Generalgouvernements im Reichsinnern. Im Mai 1945 wurde Frank von Amerikanern in Oberbayern verhaftet, in Nürnberg als einer der Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt und 1946 hingerichtet.

# Politik, Mythos und Mentalität

## Französische und deutsche Jugendliteratur vor dem Ersten Weltkrieg

*Jugendliteratur spiegelt und programmiert Bewußtseinsformen und ist deshalb eine nicht unbedeutende, da ideologieintensive Quelle der Mentalitätsforschung. Die Analyse von Jugendbüchern vermag Aufschluß zu geben erstens über die politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen und die Erziehungsabsichten ihrer Produzenten — insofern erhellt sie die Interdependenz von Pädagogik und Politik; zweitens über das geistige und sozialpsychische Klima ihrer Zeit — insofern ist sie ein Beitrag zur Zeitgeistforschung; drittens über die Wechselbeziehung von gesellschaftlichen Wertvorstellungen und Verhaltensnormen und literarischen Fixierungen bzw. Entwürfen — insofern gibt sie einen Einblick in die politische Dimension der Produktions- und Distributionsbedingungen des Buchmarktes. Darüber hinaus lassen sich an der vermuteten Wirkung der Jugendliteratur auf die junge Generation Zukunftstendenzen ablesen, die der Beurteilung historischer Kontinuität dienlich sind. Der komparatistische Ansatz ermöglicht es, an den Texten neben nationalen Besonderheiten epochaltypische und offenbar systemimmanente Gemeinsamkeiten aufzuzeigen.*

*Nicht nur der Kenner der deutsch-französischen Jugendbuchszene wird aus dem Ergebnis der historischen Untersuchung unschwer Traditionslinien bis in die Gegenwart herauslesen können und feststellen, daß sich beiderseits des Rheins Verhaltensmuster, Mythen, Vorurteile und Grundeinstellungen mit einer überraschenden Zählebigkeit gehalten haben — man denke nur an bestimmte Comics, Groschenhefte, Fernsehsendungen und politische Reaktionsmuster.*

### Politik gehört nicht ins Jugendbuch — aber das Jugendbuch ist ein Politikum

„Wir brauchen heldenhaften Sinn, um im nächsten Krieg zu bestehen, wir brauchen eine Jugendliteratur, die im Innersten dasjenige weckt und pflegt, was auf dem Schlachtfelde seine stahlharte Probe auszuhalten haben wird.“<sup>1)</sup>

Mit der für die wilhelminische Epoche typischen „Unerschrockenheit“ definierte hier ein Hauptmann a. D. die Aufgabe der Jugendliteratur: Mobilmachungstraining und Wehertüchtigung der Leser. Man könnte seine Äußerung als berufsspezifische Meinung einer

Minderheit abtun, wäre sie nicht eingebettet in den chauvinistischen Kontext einer Broschüre, die 1913 von dem renommierten katholischen Verlag Scholz in Mainz und dem bekannten Jugendschriftsteller Wilhelm Kotzde herausgebracht wurde. Die „Dokumentation“, die eine Reihe von Beiträgen zum Thema „vaterländische Jugendschrift“ vor allem von Pädagogen enthielt, hatte die ausgesprochene Absicht, Alarm zu schlagen angesichts der Gefahren, die nach Meinung der Autoren Deutschlands Existenz bedrohten: der Pazifismus und die Sozialdemokratie, in diesem Falle repräsentiert von den Prüfungsausschüssen für Jugendschriften (einer Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Lehrervereins) und ins-

<sup>1)</sup> Joseph Scholz/Wilhelm Kotzde, Der Kampf um die Jugendschrift, Mainz 1913, S. 34.

besondere einigen Hamburger, Bremer und Berliner Lehrern, die für eine dem Frieden und der Völkerverständigung dienende Jugendliteratur eintraten<sup>2)</sup>.

Einer dieser „linksradikalen Jugendverbesserer“, selbst Kinderbuchautor, hatte in seiner Zeitschrift die Lehrer aufgefordert, „allen Kriegsgelüsten im Volke entgegenzutreten“, und sie beschworen, den Kindern „den Patriotismus zu zeigen als das, was er ist: eine unmoralische, engherzige und antireligiöse Regung“<sup>3)</sup>. Ein anderer, Wilhelm Lamszus, hatte im Sommer 1912 ein Antikriegsbuch veröffentlicht, *Das Menschenschlachthaus*, und damit, nach Ansicht eines professionellen Patrioten, „einen an Hochverrat grenzenden Frevel“ begangen, da „eine Friedenspropaganda, die über die Grenzen akademischer Erörterung hinausgeht“, im „Widerspruch zu allen realpolitischen, ... idealen und psychologischen Lebensbedingungen des deutschen Volkes“ stehe und in bedrohlicher Weise „Wehrhaftigkeit und Kriegsfreudigkeit“ unterminiere; „ein Lehrer ... darf nicht Pazifist sein“<sup>4)</sup>.

Das Jugendbuch als Politikum war keine Erfindung von Kotzde/Scholz. Auch ihre Vorstellungen von der politisch richtigen Jugendliteratur hatten eine Tradition, die ins 19. Jahrhundert zurückreichte. Als „unpolitisch“ und daher empfehlenswert galten Bücher, die die jugendlichen Leser für das herrschende Sy-

stem, für Kaiser und Reich, begeisterten. „Politisch“ und deshalb der Jugend nicht gemäß bis gefährlich waren Bücher, „welche soziale Kämpfe in populärer Form“, „das oft so widerliche Parteitreiben der Erwachsenen“ oder womöglich die Realität des Krieges darstellten<sup>5)</sup>. Im Preußischen Abgeordnetenhaus wies Karl Liebknecht anlässlich der Auflösung von Arbeiterjugendvereinen auf diesen Widerspruch hin, als er feststellte, daß „der Geist der Vaterlandsliebe und der Königstreue“, weil „unpolitisch“, gepflegt werden dürfe, internationale Solidarität und Friedensliebe aber als politisches Engagement diskreditiert und verfolgt würden<sup>6)</sup>.

Mehr als ein Jahrzehnt hatte der sogenannte *Tendenzstreit*, die Frage, ob Jugendbücher allein der ästhetischen Erziehung dienen oder ob sie moralische, religiöse und patriotische Zwecke erfüllen sollten, die Jugendliteraturtheorie beherrscht. In den Vorkriegsjahren erweiterte sich das Forum der Diskussion, die eine wachsende Öffentlichkeit interessierte, und die Fronten versteiften sich. Die Nationalisten nutzten die politische Krisensituation, um über die Verketzerung ihrer Gegner als Defaitisten sich selbst den Heiligenschein unblemelter vaterländischer Gesinnung und ihren Büchern bessere Absatzchancen zu verschaffen. Sie brachten es dahin, daß der preußische Kultusminister sich am 13. April 1913 ausdrücklich auf die Seite der Tendenzler stellte — was diese prompt publizistisch verwerteten<sup>7)</sup>.

Denn wie huldvolle Dankeschreiben „hochgestellter Persönlichkeiten“ für die Übersendung eines Buches und dessen Empfehlung für Mannschafts-, Vereins- und Schülerbibliotheken, so galt selbst das vorsichtigste Placet

<sup>2)</sup> In der Einleitung der „Streit- und Wehrschrift“, die als „Akt nationaler Notwehr“ vom Verlag in beliebiger Zahl kostenlos verschickt wurde, heißt es: „Der vaterländische Gedanke ist auf dem Marsche — eine neue Zeit ist für das Jugendschriftenwesen in Sicht... Das Volksdeutsche wird über Weltbürgerlichkeit, Friedenssimpelei und blasses Ästhetentum siegen“; an anderer Stelle werden die Mitglieder des Hamburger Jugendschriftenausschusses als „verkappte Schrittmacher der Sozialdemokratie“ angeprangert, deren „Minierarbeit am Bau unseres vaterländischen Erziehungswesens aufgedeckt und für alle Zeiten unmöglich gemacht werden“ müsse.

<sup>3)</sup> Heinrich Scharrelmann, *Erlebte Pädagogik. Gesammelte Aufsätze* (aus der Zeitschrift *Roland*) und *Unterrichtsproben*, Hamburg/Berlin 1912, S. 131—133.

<sup>4)</sup> Zitiert nach Dieter Richter (Hrsg.), *Das politische Kinderbuch*, Darmstadt/Neuwied 1973, S. 93/94. — Zu Wilhelm Lamszus vgl.: *Lexikon der Kinder- und Jugendliteratur*, Band II, Weinheim 1977, S. 308—309. — Als Beitrag zur historischen Kontinuität: Lamszus wurde 1933 relegiert, Kotzde erhielt einen Orden.

<sup>5)</sup> Charakteristisch die Äußerung des Stadtschulrates Berthold von 1882: „Die in ihrer Harmlosigkeit glückliche Jugend soll für die opferfreudige Liebe zum Vaterland und für treue Anhänglichkeit an das angestammte Fürstenhaus begeistert ... werden.“ Zitiert nach Heinrich Wolgast, *Das Elend unserer Jugendliteratur*, Hamburg 1911<sup>5</sup>, S. 75/76.

<sup>6)</sup> *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten*, 21. Legislaturperiode, V. Session, 169. Sitzung vom 18. 4. 1913, Spalte 14585.

<sup>7)</sup> Die Rede des Kultusministers von Trott zu Solz vor dem preußischen Abgeordnetenhaus wurde von Scholz/Kotzde in ihrer Broschüre „Der Kampf um die Jugendschrift“ abgedruckt.

eines Amtsträgers als willkommene Werbung. Wenn auch die Kulturhoheit der Länder zentralistische Distributionsformen, wie sie in Frankreich durch die Vorschlagslisten des Unterrichtsministeriums und die Institution der alljährlichen Preisbücherverteilung gegeben waren, unmöglich machte, so förderten doch gutes Einvernehmen und Gesinnungsgleichheit zwischen Administration und Verlag bzw. Autor den Umsatz<sup>8)</sup>.

In Frankreich gab es eine öffentliche Auseinandersetzung über die den Jugendlichen anzubietende „richtige“ Literatur nicht<sup>9)</sup>, aber das Tendenzproblem stand auch hier zur Debatte. Im Parlament benutzte der Unterrichtsminister 1910 den Begriff, um damit revolutions- und republikfeindliche, klerikale Schulbücher zu disqualifizieren<sup>10)</sup>. Als französisches Pendant zum „Kampf um die Jugendschrift“ kann die *querelle des manuels* gelten — um so mehr, als die Übergänge zwischen Schulbuch und Freizeitlektüre in Frankreich fließend waren<sup>11)</sup>. Opponenten dieses Schulbuchstreites waren der republikanische Staat, der mit der Schulgesetzgebung der 80er Jahre den öffentlichen, laizistischen und obligatorischen Unterricht eingeführt hatte, und die katholische Kirche, die eigene Schulen unterhielt. Im wesentlichen wurde dabei diskutiert, welches Geschichtsbild den Kindern und Jugendlichen vermittelt werden sollte: ein eschatologisches mit politisch restaurativer Tendenz oder ein

innerweltlich progressistisches, an den Errungenschaften von 1789 orientiert. Aus den einschlägigen Publikationen erhellt, daß es bei der Auseinandersetzung keineswegs nur darum ging, ob Jeanne d'Arc „Stimmen gehört“, oder ob sie solches „nur geglaubt“ habe, sondern um eine hochpolitische kirchliche Kampagne „gegen die Entchristlichung und Entnationalisierung der Franzosen“ und jede Form von Pazifismus (wobei die Eltern zur Überwachung der Lehrer und ihrer Unterrichtsmaterialien aufgerufen wurden)<sup>12)</sup>.

Der Kampf um die Beeinflussung der Kinder war mit der gesetzlichen Trennung von Staat und Kirche 1905 in eine neue Phase getreten; das zeigte sich auch auf dem Jugendbuchsektor. Während von kirchlicher Seite im gleichen Jahr ein Index aufgestellt wurde, der den katholischen Jugendlichen so gut wie alles verbot, was den Glanz französischer Literatur seit der Aufklärung ausmachte<sup>13)</sup>, begann die Lehrgewerkschaft sich für das zu interessieren, was in Deutschland unter der Bezeichnung „Jugendschrifttum“ längst fester Bestandteil der „nationalpolitischen Erziehung“ war, wofür es aber in Frankreich keinen entsprechenden Begriff<sup>14)</sup> und schon gar keine Theorie gab<sup>15)</sup>. So lief in der *Revue de l'enseignement primaire* unter dem Motto:

<sup>12)</sup> Georges Valois/François Renié, *Les manuels scolaires*, Paris 1911, S. VI. — Valois, ursprünglich pazifistischer Anarchist, war nach 1905 zum glühenden Verfechter von Kirche und Nation geworden und sammelte in seiner „Dokumentation“ Beweismittel für den antichristlichen und antinationalen Inhalt der nichtkonfessionellen Schulbücher.

<sup>13)</sup> Abbé Bethléem, *Romans à lire et romans à proscrire*, Cambrai 1905 (6. Aufl. 1914).

<sup>14)</sup> Vom Bilderbuch bis zum Kriegeroman subsumierte der *Catalogue général de la librairie française* vor 1914 alles unter dem Schlagwort: „Livres pour enfants.“

<sup>15)</sup> Über Intention und Wirkung von Jugendliteratur finden sich vor 1914 nur sehr vereinzelte Aussagen in pädagogischen Zeitschriften, wie auch die erste historische Aufarbeitung des Gegenstandes erst 1924 durch Marie-Thérèse Latzarus erfolgte. Das alles hinderte nationalgesinnte Verleger und Autoren nicht, die Jugendliteratur (im weiteren: JL) als Medium politischer Erziehung zu benutzen, z. B. in dem Dezennium nach der Niederlage von 1871, als die Jugendbücher eindeutig kompensatorische Funktion hatten, oder in dem Krisenjahr 1905, als eine Reihe von Autoren die deutsch-französischen Spannungen zum Anlaß nahmen, um in der Jugend „das vaterländische Gewissen und den Opfersinn zu wecken“.

<sup>8)</sup> Z. B. brachte der auf Militaria und Kolonialfragen spezialisierte Berliner Verlag E. S. Mittler den Generalstabsbericht über den Krieg in Südwestafrika heraus — was ihm Gelegenheit bot, Auszüge daraus in die 34. (!) Auflage seines Deutschen Lesebuches für höhere Lehranstalten aufzunehmen. — Um die Schüler in die richtige patriotische Feststimmung zu versetzen, wurde 1913 Theodor Rehtwischs „Deutschlands Befreiungskämpfe“ kostenlos an die Schüler verteilt. Auf gleiche Weise wurde Berthold Ottos Broschüre „Unser Besuch im Kieler Kriegshafen“ staatlich subventioniert.

<sup>9)</sup> Über die Gründe vgl. Marieluise Christadler, *Kriegserziehung im Jugendbuch. Literarische Mobilmachung in Deutschland und Frankreich* vor 1914, Frankfurt 1978, S. 41 f.

<sup>10)</sup> Die Rede des Kultusministers ist abgedruckt in: *Les Annales de la Jeunesse laïque*, 8<sup>e</sup> année, Nr. 98, 1910, S. 269 f. An die Adresse der Kirche sagte Doumergue u. a.: „L'esprit tendancieux, messieurs, ce n'est point dans nos livres qu'il faut le chercher; l'esprit de système et de parti, il est dans vos livres...“, S. 274.

<sup>11)</sup> *Les livres pour les enfants. Les éditions ouvrières*, Paris 1973, S. 19/20.

„Guerre aux mauvais livres. Nous voulons des livres uniquement inspirés de l'esprit critique et de l'esprit scientifique!“ eine Diskussion an, in deren Verlauf Vorschläge für Modellbibliotheken und Empfehlungslisten gemacht wurden<sup>16)</sup>. Eine sozialistische Zeitschrift erklärte den Patriotismus der Arbeiter mit der klerikalen Lektüre ihrer Frauen und verlangte die entschiedene Inangriffnahme einer strikt laizistischen Volksbildung auch auf literarischem Gebiet<sup>17)</sup>. Um dem Einfluß der Kirche entgegenzusteuern, verfaßte der sozialrevolutionäre Anarchist Gustave Hervé Schul- und Jugendbücher, die (nicht weitergeführte) Ansätze einer „Gegenliteratur“ darstellten, aber infolge der ablehnenden Haltung des Bildungsestablishments keine Verbreitungschance hatten<sup>18)</sup>.

Wie ein kombiniertes Schul- und Lektürebuch auszusehen hatte, um erfolgreich zu sein, zeigt *Le tour de France par deux enfants* von G. Bruno<sup>19)</sup>, eine Staatsbürgerfibel in Form eines Kinderromans, die sentimental-didaktisch das republikanisch-bürgerliche Vaterland verherrlichte. Sorgsam darauf bedacht, die nationale Geschichte zwischen Johanna von Orléans und Mirabeau zu tarieren (die Kreuzzüge ebenso auslassend wie Robespierre) und in wohl dosierter Gerechtigkeit Kirche und Armee gleichermaßen zu verschweigen, vermied die Autorin jeglichen Hinweis auf den verfassungspolitischen Zustand Frankreichs. Kein Wort von Parteien, Wahlen, Parlament, Regierung, Administration, politischen Meinungsgegensätzen oder gar Arbeitskämpfen. Frankreich — das war gesegnete Landschaft, kooperative Landwirtschaft, em-

siges Handwerk, aufblühende Industrie und vor allem eine strebsame Bevölkerung, die, verbunden durch eine quasireligiöse Liebe zum Vaterland und ein schulseits gelenktes Geschichtsbewußtsein, eine solidarische nationale Gemeinschaft bildete, dem gesellschaftlichen Status quo Perennität sichernd.

In der französischen wie in der deutschen Jugendliteratur wurde das Thema Politik in ähnlicher Weise behandelt: Verteidigung des Vaterlandes war sittliches Postulat und jenseits des Verdachtes ideologischer Indoktrination; kritische Auseinandersetzung mit den bestehenden Verhältnissen aber galt als Parteipolitik und war streng verpönt, weil sie angeblich den Kindern die Seligkeit vopolitischer Unschuld raubte.

Während den deutschen Jugendlichen ein dynastisch bestimmtes „Vater“-Land „voll Kraft und Männlichkeit“ (Kotzde) angepriesen wurde, legten die französischen Autoren die Betonung auf das je nachdem jungfräuliche oder mütterliche Wesen der „douce France“, des ewigen Frankreich, das, ungeachtet wechselnder Regierungen und Gesellschaftsstrukturen, eine Seinsform, einen paradiesischen Zustand säkularer Vollkommenheit repräsentierte. Entsprechend hoben sie den ausstrahlungsmächtigen, zivilisatorischen Modellcharakter der französischen Nation hervor, indes die deutschen Bücher eher in reichsexklusiver Eigenverherrlichung verharren.

Allerdings verdient ein wesentlicher Unterschied zwischen den Jugendschriftstellern beider Länder Beachtung, der mit der sozialen Zusammensetzung des Berufsstandes<sup>20)</sup>, aber auch mit seinem politischen Selbstverständnis zusammenhängt. Während die deutschen „bürgerlichen“ Schriftsteller — mehrheitlich nationalliberal bis konservativ — Staat und Nation gleichsetzten und die obrigkeitliche Autorität nicht in Frage stellten, sondern

<sup>16)</sup> Revue de l'enseignement primaire, u. a. vom 26. 2. 1905.

<sup>17)</sup> Les temps nouveaux, 12<sup>e</sup> année, 10. 2. 1906.

<sup>18)</sup> In der Einleitung zu seiner „Histoire de la France et de l'Europe“ schreibt Hervé, daß er das Buch zwar für Schüler bestimmt habe, daß er aber „nicht naïv genug sei, um zu glauben, daß es in den Schulen eingeführt werde“; darum wende es sich zunächst an die aufgeklärten demokratischen Eltern und Erzieher.

<sup>19)</sup> Das Buch erschien bei Belin 1877 zum ersten Mal, 1910 erlebte es, bearbeitet und verändert, die 22. Auflage, und 1972 konnte der Verlag, der inzwischen ein Reprint der Erstausgabe herausgebracht hat, über 8 Millionen verkaufter Exemplare melden. Vgl. Aimé Dupuy, Les livres de lecture de G. Bruno, in: Revue d'histoire économique et sociale, 31, 1953.

<sup>20)</sup> Die überwiegende Mehrzahl der deutschen Autoren waren Lehrer, sodann Geistliche und Offiziere, einige Ärzte. Unter den mir bekannten französischen Jugendbuchverfassern gibt es nicht einen einzigen Volksschullehrer (Pergaud hat sein „La guerre des boutons“ für Erwachsene geschrieben), dafür aber eine Reihe von Berufsautoren, die z. T. politisch tätig waren, Beamte und Offiziere. Zum literatursoziologischen Hintergrund der Jugendbuchszene vgl. Christadler, Kriegserziehung im Jugendbuch, a. a. O., S. 21—62.

die Regierungspolitik unterstützten bzw. propagierten, gab es unter den französischen Autoren eine Reihe von *Frondeuren*.

Als Regel kann gelten, daß deutsche wie französische Jugendbuchverfasser konservativ waren. Da die III. Republik im zeitgenössischen Spektrum die progressivste Nation war, ist es angesichts des traditionell kritischen Staatsverständnisses der Franzosen nicht verwunderlich, daß sich in der Jugendliteratur die rechtsoppositionellen Nonkonformisten äußerten. In ihren Werken findet sich Kritik an dem als verteidigungspolitisch ineffizient abqualifizierten parlamentarischen System ebenso offen wie antidemokratisches, antiegalitäres Denken. Bonapartisten wie z. B. Danrit und d'Ivoi oder Rechtsrepublikaner wie Berthaut, d'Esparbés, de Sémant (die bürgerli-

chen Autoren wählten mit Vorliebe Pseudonyme mit Adelspartikeln) nutzten das Medium Jugendbuch, um indirekt der Regierung eine Lektion zu erteilen, etwa größere politische Durchsetzungskraft oder vermehrte Rüstungsanstrengungen von ihr zu verlangen. Gelegentlich kam es dabei zu grotesken Widersprüchen. So wurde beispielsweise der sonst allenthalben angeprangerte Autoritarismus der kaiserlichen Regierung gegen den schwerfälligen und langwierigen demokratischen Meinungsbildungsprozeß in Frankreich ausgespielt<sup>21)</sup>, oder der als unmenschlich und brutal verschriene preußisch-deutsche Militarismus zu didaktischen Zwecken als vorbildlich gepriesen. Damit stand ein Teil der Jugendbücher im Widerspruch zu dem in den staatlichen Schulbüchern verkündeten republikanischen Selbstbild.

### Imperialistische Mentalität und Kolonialmythos

Ungleich stärker und offener als heute wurde das Jugendbuch vor 1914 als Vehikel der Ideologievermittlung benutzt; dabei arbeiteten amtliche und halbamtliche Stellen Hand in Hand. So ist für Deutschland nachgewiesen, daß die Verbreitung „kolonialen Schrifttums“ unter den Jugendlichen von den Ministerien angeregt und gefördert und von den einschlägigen Vereinen eifrig betrieben wurde<sup>22)</sup>. Schon in den 90er Jahren forderte ein preußischer Ministerial-Erlass die „Berücksichtigung der Kolonien“ in den Schulbüchern<sup>23)</sup>. 1902 gab A. Seidel, Direktor des Zentralbüros der Deutschen Kolonialgesellschaft und Redakteur der Deutschen Kolonialzeitung, das erste koloniale Lesebuch

*Deutschlands Kolonien* heraus; vier Jahre später folgte ihm die von der Lesebuchkommission der Deutschen Kolonialgesellschaft zusammengestellte *Sammlung kolonialer Lesestücke*. Dies sind nur zwei Beispiele von vielen.

Auch die von der französischen Kolonialunion 1897 unter der Devise „Education, Propagande, Assistance“ geschaffene Ligue coloniale de la jeunesse stand unter dem Patronat dreier Ministerien. Sie verteilte Reise stipendien, organisierte Lesungen in den Schulen und favorisierte die Publikation von Artikeln und Broschüren<sup>24)</sup>. Nach Girardet war es die Flut der Kolonialgeschichten für Jugendliche, die den französischen Imperialismus populär machte. „L'historien de la sensibilité ne saurait négliger cette littérature. Plus sans doute que toute action délibérée de propagande, elle a contribué à modeler un état d'esprit, à diffuser certaines images et à orienter certains rêves.“<sup>25)</sup>

Für das Kaiserreich ist *Peter Moors Fahrt nach Südwest* ein klassisches Beispiel. Gustav Frenssen schrieb den „Feldzugsbericht“ über den südwestafrikanischen Krieg, weil es ihn

<sup>21)</sup> Z. B. Danrit, *L'alerte*, Paris 1910, S. 53, S. 120.

<sup>22)</sup> Hans Rudolph, Die Unterstützung des deutschen Kolonialimperialismus als Aufgabe von Schule, Deutschunterricht und Lesebüchern. Kapitel einer in Gießen entstehenden Dissertation: Literaturdidaktik und Literaturunterricht von der Reichsgründung bis zum I. Weltkrieg (Arbeitstitel).

<sup>23)</sup> Ferdinand Büniger, Entwicklungsgeschichte des Volksschullesebuchs, Leipzig 1898, S. 493. — Von 1906 an häufen sich die Lehrerhandreichungen für die Behandlung der Festkolonien in der Schule mit Ratschlägen für Festgestaltung, Aufsatzthemen, fächerübergreifenden Unterrichtseinheiten und vielen offiziellen Zitaten zur Legitimation des neuen Gegenstandes.

<sup>24)</sup> Raoul Girardet, *L'idée coloniale en France, 1871—1962*, Paris 1972, S. 73 f.

<sup>25)</sup> A. a. O., S. 75.

„kränkte“, daß „das deutsche Volk nach dem russisch-japanischen Kriegsschauplatz starrte und für die heiße Tapferkeit und das Sterben seiner eigenen Leute kein Herz hatte“<sup>26)</sup>. Tatsächlich erschien der Roman gerade rechtzeitig, um die Öffentlichkeit für die kolonial- und vor allem militärpolitischen Maßnahmen der Regierung zu mobilisieren bzw. in dem anstehenden Wahlkampf die Rechtsparteien zu unterstützen. Ein Rezensent schrieb 1907 über die Wirkung des Buches: „Man könnte wirklich meinen, daß an der einmütigen nationalen Erhebung (!), die sich in den Wahlen offenbarte, ganz in der Stille und mehr als alles Parteien- und Zeitungsgeschrei ein Buch mitgewirkt hat, das uns die Not und Kraft, den Jammer und Sieg ... der deutschen Krieger nahezubringen sucht, die drüben auf afrikanischem Boden für Deutschlands Macht und Ehre kämpfen.“<sup>27)</sup>

In Frankreich begleiteten Epen von der Eroberung Algeriens die militärische Unterwerfung Marokkos. Erdkundliche, ethnographische und historische Berichte in den Jugendzeitschriften stellten ihren Lesern die neue Kolonie als integralen Bestandteil von France d'outre-mer dar, noch bevor die letzten Stämme besiegt waren. Die Schilderungen von der „friedlichen Durchdringung“ des Maghreb lesen sich je nachdem als Touristenwerbung, wissenschaftlicher Expeditionsbericht oder Heldenlied; meist sind sie eine Mischung aus allen drei Elementen. Kein Wunder, daß sich ein alter Lehrer an die Begeisterung erinnert, mit der er als Kind den Erzählungen über die „Taten unserer großen Kolonisatoren“ lauschte<sup>28)</sup>.

Wie eine unter der Ägide Girardets verfaßte Arbeit über die Kolonialidee in der Jugendliteratur feststellt, mischten sich in den Büchern „l'exaltation du sentiment national et le bellicisme“ mit dem „mythe de la fraternité universelle“<sup>29)</sup>. Zwar wurden den Lesern

die barbarischen Exzesse etwa der Mission Chanoine-Voulet verschwiegen und kritische Literatur wie die von Vigné d'Octon nicht zugänglich gemacht, weil sie den zivilisationsmissionarischen Anspruch des französischen Imperialismus denn doch zu sehr in Frage gestellt hätten<sup>30)</sup>, aber was in den von der *Revue des Deux Mondes* empfohlenen Büchern über die „Ausrottungsnotwendigkeiten“ im afrikanischen Krieg stand, hätte doch ausreichen müssen, Skepsis gegenüber dem favorablen Selbstbild der Kolonisatoren hervorzurufen. So schrieb Mazé in seiner Geschichte der Eroberung Algeriens über den „herrlichen Feldzug“: „Man tötete in der ganzen Stadt; unsere Soldaten, die Hunderte von Kameraden zu rächen hatten, zeigten sich ohne Mitleid. Nicht ein einziger Araber konnte entkommen. Nachdem man die Bevölkerung ausgerottet hatte (exterminé), machte man die Stadt dem Erdboden gleich (raser). Man zündete alle Häuser an und fällte alle Obstbäume.“<sup>31)</sup>

Ein anderer Autor erklärte den Kindern die Unumgänglichkeit solcher Maßnahmen mit dem Hinweis darauf, daß unterworfenen Völker, die sich „durch Rasse und Erziehung von den Siegern unterscheiden“, zu Aufständen gegen die neue Herrschaft neigten und deshalb nicht „von einem Tag auf den anderen assimiliert werden könnten“<sup>32)</sup>.

Gerade die Assimilation der Besiegten wurde den Jugendlichen aber als kulturpolitische Rechtfertigung des republikanischen Kolonialismus präsentiert. Während die Militärs unumwunden die Aufstellung einer „Force noire“ forderten, um die numerische Unterlegenheit der französischen Armee gegenüber dem Deutschen Reich auszugleichen<sup>33)</sup>, taten die Jugendbuchautoren so, als ob die militärische Ausbildung afrikanischer Soldaten allein zu deren Heil erfolge. Jugendliterarische

<sup>26)</sup> Gustav Frenssen, *Lebensbericht*, Berlin 1940, S. 143.

<sup>27)</sup> August Friedrich Krause, *Literarischer Monatsbericht*, in: Nord und Süd. Eine deutsche Monatschrift, 120. Band, 1907, S. 423.

<sup>28)</sup> Jacques Ozouf (Hrsg.), *Nous les maîtres d'école*, Paris 1967, S. 132.

<sup>29)</sup> Hélène Fagot, *L'idée coloniale dans la littérature enfantine pendant la période 1870—1914*, Magisterarbeit, Paris 1967, [Masch.] S. 115.

<sup>30)</sup> Der Abgeordnete Paul Vigné d'Octon, ehemaliger Kolonialarzt, führte zwei Jahrzehnte lang einen erbitterten Kampf gegen den französischen Militär imperialismus u. a. mit seinem Buch „La gloire du sabre“ (1894), in dem er die Brutalität der Kolonialtruppen schilderte.

<sup>31)</sup> Jules Mazé, *La conquête de l'Algérie*, Tours o. J. (1911), S. 93, 365.

<sup>32)</sup> Paul de Sémant, *Dache le perruquier des zouaves*, Paris 1907, S. 300.

<sup>33)</sup> Tatsächlich fielen im Ersten Weltkrieg 205 000 farbige Soldaten im Dienste Frankreichs.

Symbolfiguren solcher gelungenen Integrationspolitik waren der exotisch gekleidete Zouave und der Spahi, „les combattants indigènes“, die sich con brio für Frankreich in die Schlacht warfen und für das Adoptiv-Vaterland bereitwillig ihr Leben opferten. Wie die französische Uniform für den Eingeborenen das Entréebillett in die Grande Nation war, so verstärkten sich Glanz und Kampfkraft des Heeres durch die Präsenz der Eingeborenenregimenter.

Man kann gegen die Assimilationsverherrlichung einwenden, daß sie nur dazu diene, die reale Ausbeutung der Kolonialvölker zu verschleiern. Aber die keineswegs nur literarische Beliebtheit der Zouaven und Spahis zeigt doch an, daß die Franzosen rassistische Vorurteile hinter die National-Ideologie zurückstellten.

Gewiß, auch in der deutschen Jugendliteratur spielte der für die Schutztruppe gewonnene afrikanische Hilfssoldat, etwa der Askari, eine Rolle, denn „wer sich tapfer schlägt, der verdient unsere Hochachtung, auch wenn er nur ein Neger ist“<sup>34)</sup>. Auch deutsche Autoren priesen die Erziehungsfunktion der Kolonialpolitik mit dem Hinweis auf das Lernbedürfnis und die Rezeptionsbereitschaft der „Eingeborenen“<sup>35)</sup>. Letztlich aber interessierten diese weder als Adressaten deutscher Kultur noch als militärisches Potential, sondern in erster Linie als Arbeitskräfte. „Wollen wir sie zu brauchbaren (!) Mitmenschen erziehen, so müssen wir ihnen die Segnungen der Arbeit (d. h. das Arbeiten) beibringen.“<sup>36)</sup>

In beiden Literaturen entstand ein ganz bestimmtes Bild des Kolonialoffiziers, der sich

<sup>34)</sup> Maximilian Bayer, *Okowi — ein Hererospion?*, Berlin 1910, S. 97.

<sup>35)</sup> Die vorgenannte Erzählung endet mit der Bitte Okowis an die Schutztruppler: „Ihr sollt mein Volk lehren, daß es klug, stark und gut wird wie ihr Deutschen es seid.“

<sup>36)</sup> Maximilian Bayer, *Mit dem Hauptquartier in Südwestafrika*, Berlin 1910, S. 293; vgl. auch Helene von Falkenhausen, *Ein Farmerheim im Hereroland*, in: *Lohmeyer-Wislicenus, Auf weiter Fahrt*, Berlin 1906, S. 28 f.; Franz Henkel erklärt, warum die „Eingeborenen“ als Hilfstruppen nicht taugen: „Man kann dem Farbigen Rechts um! und Links um! ... beibringen, aber Liebe zu Kaiser und Reich kann ihm kein Arzt und kein Unteroffizier einimpfen. Das hieße einem Bären das Harfenspiel beibringen.“ *Der Kampf um Südwestafrika*, Berlin 1908, S. 27.

durch einen hohen Grad von Entscheidungsfreude, Selbstverantwortung, praktischen Verstand und allround-Wissen von dem herkömmlichen Typ des befehlsabhängigen, strategiebesessenen Nur-Militärs kontinentaler Prägung unterschied.

Die französischen Autoren, die auf die vitalistische und moralische Regenerationskraft des afrikanischen Krieges abhoben, sahen in dem Kolonialoffizier einen modernen Kreuzfahrer, eine Mischung aus Soldat und Mönch, „pacificateur, éducateur, justificateur“<sup>37)</sup>. Die deutschen Schriftsteller betonten mehr den militärischen Übungscharakter und Demokratisierungseffekt des Kolonialkrieges. Nicht ohne Grund gibt es unter den literarischen Helden kaum Aristokraten, sehr wenige Offiziere; der Umgangston innerhalb der Truppe wird betont egalitär geschildert, was zählt, sind persönliche Führungsqualitäten, Sinn für militärtechnische Neuerungen und körperliche Tüchtigkeit.

Deutsche wie französische Jugendbücher nehmen die Darstellung überseeischer Eroberungen zum Anlaß, die Armee zu verherrlichen. Dabei berufen sich die einen auf die seit fast einem Jahrhundert ungebrochene glorreiche Tradition des Kolonialheeres und seiner „exploits héroïques“, die anderen stellen vielmehr den neuartigen, defensiven Charakter der „Schutz“-Truppe heraus.

Fast als ein Gegensatz dazu erscheint das kolonialisatorische Selbstverständnis, das in den Texten Ausdruck findet. Die Franzosen glorifizieren den humanitär-zivilisatorischen Aspekt der imperialistischen Expansion — was ihnen in Deutschland den Vorwurf der Heuchelei eintrug. Sie reden selten vom ökonomischen oder militärischen Nutzen des Kolonisierens für das Mutterland, etwa von Rohstoffquellen, Absatzmärkten und Versorgungsstationen wie die deutschen Koloniallesebücher; am ehesten heben sie auf die kompensatorische Funktion der territorialen Ausdehnung ab und sehen in Marokko einen Ersatz für die verlorenen Ostprovinzen. Was sie indessen immer herausstreichen, ist der emanzipatorische Gewinn, den die unterworfenen Völker aus der Begegnung mit der poli-

<sup>37)</sup> Charles Péguy, Victor Marie, comte Hugo. Zitiert nach: Raoul Girardet (Hrsg.), *Le nationalisme français 1871—1914*, Paris 1966, S. 127.



tisch progressiven und kulturell überlegenen französischen Nation ziehen <sup>38)</sup>.

Anders die Deutschen. Auch sie halten sich für gute Kolonisatoren, aber nicht, weil sie den Afrikanern das deutsche Kulturerbe vermitteln wollen <sup>39)</sup>, sondern weil sie kraft ihres Arbeitswillens, ihres Fleißes und vor allem wegen des „im Kampf um die Kolonien ver-

gossenen deutschen Blutes“ ein Anrecht auf das ihrer Meinung vernachlässigte Land zu haben glauben <sup>40)</sup>. Sie setzen die didaktischen Schwerpunkte der Kolonialwerbung — den Lebensraumgedanken präludivend — auf die Gewinnung von Siedlungsgebiet und auf die Prestigebedeutung der überseeischen Besitzungen für den deutschen Weltmachtanspruch.

## Das Bedrohungssyndrom — Mythenbildung im Dienst der Mobilmachung

In den letzten beiden Vorkriegsjahren wurden beiderseits des Rheins erhöhte Rüstungsanstrengungen unternommen <sup>41)</sup>. Das Ministerium Poincaré, dem zwei so notorisch konfliktfreundliche Politiker wie Delcassé und Millerand angehörten, führte eine Kampagne für die Verlängerung der Wehrpflicht, während die deutsche Regierung eine beträchtliche Heeresvermehrung anstrebte, deren Finanzierung durch einen einmaligen Wehrbei-

trag gesichert werden sollte. In beiden Ländern fanden sich Autoren und Verleger, die es sich zur Aufgabe machten, die Bemühungen der Exekutive um erhöhte „Wehrbereitschaft“ zu unterstützen. Am auffallendsten ist das auf dem Gebiet der Jugendzeitschrift, wo sich die Artikel über moderne Waffentechnik, militärische Ausrüstung des Gegners und den nationalen Rüstungsstand ebenso mehrten wie die Darstellungen der historischen Großtaten der eigenen Armee <sup>42)</sup>.

<sup>38)</sup> Nur ein Zitat unter vielen möglichen aus dem Jahre 1911: „Aujourd'hui c'est au Maroc que nos troupes se battent pour refouler la barbarie, pour établir une civilisation supérieure là où il n'y avait, depuis tant de siècles, que désordre et injustice.“ René Bazin, *La douce France*, Paris 1911, S. 149. — Der politisch-kulturelle Zusammenhang zwischen Frankreich und seinen ehemaligen Besitzungen in Afrika wird auch noch über die Entkolonisierung hinaus als Beweis seiner zivilisatorischen Ausstrahlungs- und Integrationskraft hervorgehoben, so z. B. in dem 1977 erschienenen Comic-Band „Il était une fois ... de Gaulle“, worin es sich die Afrikaner als Ehre anrechnen, in der französischen Widerstandarmee mitzukämpfen.

<sup>39)</sup> Deutsch wurde in den Schulen, beispielsweise in Ostafrika, nur selten gelehrt. „Diese Maßnahme ist nachdrücklich zu loben. Das Deutsche muß die Sprache des Höherkultivierten bleiben...“ Willi Scheel, *Bilder aus Deutsch-Afrika*. Sammlung belehrender Unterhaltungsschriften für die deutsche Jugend, Band 30, Berlin 1909, S. 124.

<sup>40)</sup> „Diese Schwarzen haben vor Gott und den Menschen den Tod verdient, nicht weil sie die 200 Farmer ermordet haben und gegen uns aufgestanden sind, sondern weil sie keine Häuser gebaut und keine Brunnen gegraben haben... Gott hat uns hier siegen lassen, weil wir die Edleren und Vorwärtstrebenden sind...“ Gustav Frenssen, *Peter Moors Fahrt nach Südwest*, Berlin 1906, S. 200.

<sup>41)</sup> Aus der Fülle an Literatur zu diesem Thema sei nur ein Werk genannt: George W. F. Hallgarten, *Das Wettrüsten*, Frankfurt 1967.

In den *Strukturen der literarischen Mobilmachung* unterscheiden sich die Jugendschriften der Republik nicht von denen des Kaiserreiches. Zunächst galt es, den „Ernst der Lage“, das heißt die Gefahren eines militärischen Überfalls und seine katastrophalen Folgen so nachdrücklich wie möglich zu machen. Zu diesem Zweck wurden alte *Feindbilder* reaktiviert. Die Deutschen lenkten den Blick auf den „Erbfeind“ im Westen, die Franzosen auf den östlichen Nachbarn, denn „alles, was im Laufe der Zeiten an Unglück, Elend und Häßlichkeit“ über Frankreich hereinbrach, „kam von der rechten Rheinseite“ <sup>43)</sup>, „le flot germain monte sans cesse et menace tout submerger“ <sup>44)</sup>. „Polen, Schleswig und das Elsaß genügen den deutschen Imperialisten nicht“ schrieb Danrit, „sie begehren die

<sup>42)</sup> Zum Beweis können vor allem die folgenden Zeitschriften gelten: *Le Journal de jeunesse*, *Je sais tout*, *La Revue française politique et littéraire*, *Der gute Kamerad*, *Neuer deutscher Jugendfreund*.

<sup>43)</sup> Jean Jacques Waltz (oncle Hansi), *L'histoire d'Alsace*, racontée aux petits enfants d'Alsace et de France, Paris 1912, S. 20.

<sup>44)</sup> Maurice Barrès, *Colette Baudoche*, Paris 1908, S. 12; vgl. auch S. 19, S. 21.

Champagne, Burgund und Nordafrika", kurz „la domination universelle“<sup>45)</sup>. *Spione* bevölkerten Detektiv- und Kriegsromane, um die lauernde Omnipräsenz des Feindes zu veranschaulichen: als harmlose Touristen verkleidet, erschleichen die Deutschen sich Kenntnisse über das französische Rüstungswesen, als Agitatoren verführen sie mit scheinheiliger Gerede von Proletariatsverbrüderung die Arbeiter, und kommen sie nicht mit friedlichen Mitteln zum Ziel, so scheuen sie auch vor der Anwendung von Alkohol, Chloroform und Entführung nicht zurück; in einem Roman tritt der deutsche Reichskanzler persönlich auf, um mit einem Agenten zu verhandeln<sup>46)</sup>.

In den deutschen Büchern, etwa über die napoleonische Zeit, wimmelt es von Spitzeln, die dank ihres düsteren Aussehens, ihrer schleimigen Manieren und ihres Akzents für den Leser sogleich als Geheimagenten der kaiserlichen Polizei kenntlich waren. Schließlich wurde die angeblich hochexplosive politische Situation genutzt, um den Verzicht auf Austragung gesellschaftlicher und ideologischer Gegensätze zu fordern, denn „dans les crises on ne récrimine pas“ (Sémant). Unablässig appellierten die Autoren an Opferbereitschaft und nationale Geschlossenheit; Bedürfnisse und Interessen des einzelnen hatten hinter dem Gemeinwohl zurückzustehen.

Entsprechend der historisch-politischen und rhetorischen Tradition unterschieden sich die Jugendbücher in den Signalen und Bildern, mit denen sie die drohende Gefahr beschworen, sowie in den Identifikationsmodellen und dem fiktionalen Personal. So verwendeten die deutschen Autoren die hundert Jahre zurückliegende *napoleonische Okkupation*, die sie zu einer Greuel- und Leidenszeit dramatisierten mit affektgeladenen Titeln wie *Aus Tagen deutscher Not oder Unter dem Joche der Franzosen*, um die militärische und ideologische Bedrohung durch den „verhaßten Franzmann“ (Kotzde) zu suggerieren. Dabei waren die Texte in der Regel noch aggressiver als die Titel, die durch dramatisches Präsens Geschichtliches zu gegenwärtiger Gefahr umfunktionierten oder Vorurteile als ewige Wahrheiten anboten<sup>47)</sup>. In einem der Mainzer Volks- und Jugendbücher konnte man (kurz vor Kriegsausbruch) lesen: „Einen Monat lang die Welschen als Feinde im deutschen Land, und schon sind die Frauen Freiwild, die Kinder verstört, die Männer entnervt.“<sup>48)</sup>

Die Tatsache eskamotierend, daß es zuletzt die Deutschen gewesen waren, die französisches Gebiet besetzt hielten, schürten die Jugendschriftsteller die Invasionspsychose, indem sie frankophobe Klischees reproduzierten. Dazu gehörten die „welsche Tücke“, d. h. Treulosigkeit und Wortbrüchigkeit der Franzosen, dann ihre Leichtlebigkeit gepaart mit mangelnder Hygiene und ausschweifender Sexualität, schließlich ihr missionarischer Sansculottismus, ihr politisches Umstürzertum, das sie als Sympathisanten und Keimträger aller Art von Revolution erscheinen ließ<sup>49)</sup>.

Die Darstellungen der *Fremdenlegion* boten neben den historischen Romanen eine vielfach genutzte Gelegenheit, um Furcht und Abscheu zu schüren gegen alles Französische<sup>50)</sup>. Zu den hinlänglich gebrandmarkten Untugenden des französischen Nationalcharakters entdeckten die Verfasser weitere Erbübel wie Dünkel, Grausamkeit und Profitgier. Neben das Bild des lüsternen Frauen-

<sup>47)</sup> Z. B. Wilhelm Kotzde, *Der Feind im Land* (Erzählungen über die Befreiungskriege); August Sperl, *Burschen heraus!* (Befreiungskriege); Oskar Höcker, *Deutsche Treue, welsche Tücke*, 17. Aufl. (!) 1914; A. Kleinschmidt, *Welscher Frevel*, deutscher Zorn.

<sup>48)</sup> Wilhelm Arminius (d. i. H. Schultze!), *Der Kraftsucher*, Mainz 1914, S. 100.

<sup>49)</sup> August Sperl, dessen Buch „*Burschen heraus!*“ 1917 die 7. und 1925 die 12. Auflage erlebte, kumuliert sämtliche Vorurteile gegen die Franzosen bei der Beschreibung ihres Einmarsches in Deutschland. Armut, Hunger und die abgerissene Kleidung der Sansculotten nimmt er zum Anlaß, um die Ideen von 1789 zu verhöhnen und die deutschen Jakobiner der Lächerlichkeit preiszugeben. — Vgl. auch Wilhelm Kotzde, *Der Feind im Land*, Leipzig 1911, S. 45 f., 74.

<sup>50)</sup> Zur wehrpolitischen Bedeutung der Fremdenlegionsliteratur, die ein Pendant zur französischen Elsaß-Lothringen-Literatur darstellt, vgl. Christadler, *Kriegserziehung im Jugendbuch*, a. a. O., S. 166—176.

<sup>45)</sup> Danrit, *L'alerte*, a. a. O., S. 124.

<sup>46)</sup> Ebd., S. 19; Paul d'Ivoi, *La patrie en danger*, Paris 1905, S. 575 f.; ders., *Les briseurs d'épée*, Paris 1906; Paul de Sémant, *Le conscrit*, Paris, o. J. (1903). Wie weit die Furcht vor Spionen in Deutschland wie in Frankreich verbreitet war, erhellt aus zahlreichen Autobiographien.

schänders stellten sie das des rücksichtslosen Kinderräubers. Der einschlägigen Literatur zufolge war Deutschland ein Tummelplatz französischer Spitzel, die die schändlichsten Mittel anwandten, um die Blüte der deutschen Jugend in die Fremdenlegion zu verschleppen, wo sie dem Moloch des französischen Imperialismus für einen Hungersold geopfert wurde. *Die Sklaven der Marianne, Die Hölle von Sidi-bel Abbas, Der Kirchhof der Kultur* waren die reißerischen Titel, mit denen die Leser aufgeschreckt und in ihrer antifranzösischen Haltung bestärkt wurden <sup>51)</sup>.

Das zweifellos beliebteste Bedrohungsmotiv war in beiden Literaturen die von dem feindlichen Besatzer *bedrängte Unschuld*. In den deutschen Erzählungen stellen aufgeputzte und prahlerische Miniaturbonapartes den holden Gretchen auf die unverschämteste Weise nach — worauf sie von aufrechten deutschen Jünglingen in die Schranken gewiesen werden <sup>52)</sup>. (Das verherrlichte Gegenbild verkörperte die preußische Luise, die, jeder Zoll eine echte Monarchin, den französischen Usurpator abblitzen läßt.) Die französische Jugendliteratur spielte mit den Möglichkeiten der Assoziationsverkettung von La France mit den verschiedenen Gestalten schutzbedürftiger Weiblichkeit — vom halbwüchsigen Mädchen, das die jungfräuliche Nation, bis zur würdigen Matrone, die das Mutterland repräsentierte. Der pickelhaubentragende Preuße, mal hochmütiger Monokeloffizier, mal bramarbasierender Feldwebel, der einer Französin respektlos entgegentritt, gehörte zum Repertoire der Okkupationsliteratur. Da die Vaterlandsliebe bei den Autoren häufig im Bild der Mutter-Kind-Beziehung und als eine Art kollektiver Leidenschaft für Frankreich darge-

stellt wurde, kam die Besetzung der „terre natale“ einer Vergewaltigung der „patrie mère“ gleich, die von ihren Söhnen entweder verhindert oder aber gerächt werden mußte <sup>53)</sup>.

Was den Deutschen das *Elend der Franzosenherrschaft*, war den Franzosen *L'année terrible*, assoziationsträchtiges symbolisches Kürzel für die zweimalige Invasion deutscher Truppen auf französischem Boden. Die Erinnerung daran mußte um jeden Preis wahrgelassen werden, denn wer weiß?: „Demain peut-être, pour la défense du sol, pour le maintien du drapeau, la guerre peut s'imposer à nous comme le plus sacré des devoirs“ <sup>54)</sup>. „Unsere Söhne müssen immunisiert werden gegen den gefährlich schönen Traum von der Menschheitsverbrüderung, der Frankreich beinahe zugrunde gerichtet hätte“, schrieb Paul d'Ivoi anläßlich der Tanger-Affäre <sup>55)</sup>. Diesem Ziel dienten die aufrüttelnden Titelsignale. Alerte! (Alarm) lautete der Warnruf der Patrioten, und im bewußten Rückgriff auf den Appell der Assemblée nationale 1792 nahmen sie die Leser in die Pflichtkür; *La patrie en danger* (das Vaterland ist in Gefahr) — die historische Reminiszenz suggerierte den hochgerüsteten gegenrevolutionären Feind ante portas <sup>56)</sup>.

<sup>53)</sup> Ein typisches Beispiel dafür ist die Erzählung „Un souvenir“ aus „Les contes de France“ von Lagrillière-Beauclerc, worin ein Junge die der Mutter angetane Beleidigung mit einem Duell rächt, sobald er erwachsen ist.

<sup>54)</sup> Paul et Victor Marguerite, *Histoire de la guerre de 1870/71*, Paris 1904 (Vorwort).

<sup>55)</sup> Paul d'Ivoi, *La patrie en danger* (Vorwort): — Damit die Immunisierung von Dauer war, mußten die Schandtaten der deutschen Okkupanten möglichst anschaulich gemacht werden. „Die Sieger, brutal, unverschämt, benahmen sich wie eine Räuberbande. Es war eine wilde Horde, diszipliniert nur ihren Anführern gegenüber. Es gibt im Deutschen Reste von Atavismus, die an die barbarischen Horden Attilas erinnern.“ Paul de Sémant, *Le conscrit*, Paris 1903, S. 187.

<sup>56)</sup> Das eilig aufgestellte Zelt in den Nationalfarben und mit der weithin sichtbaren Aufschrift „La patrie est en danger“ gehörte zum unverzichtbaren Bestandteil des „imagier mythologique“ aller Schulbücher.

<sup>51)</sup> Wie die französischen Autoren zu didaktischen Zwecken den deutschen Militarismus, so priesen deutsche Autoren Härte, Disziplin und Kampfgeist der Fremdenlegion, wenn es ihnen zu paß kam; so etwa Max Geißler, Valentin Upp der Legionär, Leipzig 1914.

<sup>52)</sup> Z. B. Anton Ohorn, *Mit der großen Armee*, München 1910, S. 7/8.

## Eroberung der Lüfte und Beherrschung der Meere

Eine Umfrage von 1909 unter französischen Gymnasiasten nach ihrem Traumberuf brachte zutage, daß sie ihre Vorbilder im Bereich von Sport und Technik suchten und die am meisten erstrebten Tätigkeiten beide Gebiete miteinander verbanden. Sieger im Wettbewerb um die Gunst der Jugendlichen war der Pilot<sup>57)</sup>.

Eine Durchsicht der Jugendbuchtitel zeigt, daß Autoren und Verleger sich das technische Interesse und die Sehnsüchte ihrer Leser zunutze machten, um daraus (auch) verteidigungspolitisches Kapital zu schlagen. Am deutlichsten wird das in der „*guerre-fiction*“<sup>58)</sup>, wo die historischen Niederlagen der Nation durch die Errungenschaften der französischen Technologie und erträumte futuristische Siege wettgemacht werden. Entscheidenden Anteil hat daran das Flugzeug. *Les conquérants de l'air*, die Eroberer der Luft, kompensieren territoriale Verluste und nehmen Rache für die geschlagenen Heere; die Hoffnung auf den *Krieg der Zukunft* (La guerre de demain) tilgt die bittere Erinnerung an die Debakel der Vergangenheit<sup>59)</sup>.

Der Fortschrittsoptimismus, der mit der Entwicklung der Technik einherging, wurde unterstützt durch die Erfolge der französischen Sportler bei Autorennen und Flugwettbewerben<sup>60)</sup>. Das pessimistisch-resignative Selbstbild der besiegten, bevölkerungsschwachen Nation wandelte sich zur techno-chauvinistischen Euphorie: „L'aéroplane est apparu dans

le ciel comme le gage de la sécurité nationale, comme l'instrument de la revanche.“<sup>61)</sup>

Das Flugzeug — in seinen verschiedenen Variationen vom Luftschiff bis zum imaginierten Jagdbomber — spielte in d'Ivois Spionagesgeschichten eine ebenso bedeutende Rolle wie in Robidas oder Danrits antizipatorischen Kriegsromanen, denn „qui sera maître de l'air, sera maître du monde“<sup>62)</sup>. Vervollkommnete Version des Luftballons, mit dem Gambetta aus dem okkupierten Paris in den freien Teil des Landes flog, um den Widerstand gegen den Aggressor zu organisieren, gewann das Flugzeug quasi heilsgeschichtliche Bedeutung, indem es als Sinnbild weltlicher Himmelfahrt — „la République monte au ciel“ — die Auferstehungskraft der Nation veranschaulichte. Zivilisationsstolz, „l'envol vers l'idéal“, und Zerstörungsdrohung mischten sich auf eigentümliche Weise im Symbol des Flugzeugs<sup>63)</sup>, dessen Verherrlichung neben handfesten politisch-militärischen Ambitionen ikarianische Sehnsüchte offenbart, die eine psychohistorische Deutung nahelegen.

Auch in der deutschen Jugendliteratur konstatierte die *Jugendschriftenwarte* „ein pilzartiges Hervorschießen von Luftschiffahrtbüchern“ im Anschluß an die Erfolge des Grafen Zeppelin. Indessen erreichte das Fliegen bei den Autoren nicht die Popularität, die es in Frankreich genoß, wo es zu einem sozial-

<sup>61)</sup> Etienne Rey, *La renaissance de l'orgueil français*, 1912, zitiert nach Girardet, *Nationalisme*, a. a. O., S. 231.

<sup>62)</sup> Danrit verlangt: „Möge Frankreich sich doch endlich daran machen, eine Luftflotte zu bauen, bevor es zu spät ist“. *L'alerte*, S. 38; der Jugendschriftsteller colonel Royet nennt die „Luftwaffe eine französische Waffe“ und spricht den Deutschen das Talent zu guten Piloten ab. *Comment nous ferons la guerre*, Paris 1913, S. 83 f.

<sup>63)</sup> In „*La guerre infernale*“ von Giffard/Robida werden die Piloten „*Les semeurs d'épouvante*“ genannt, deren Aufgabe es sei, durch ihr Vernichtungswerk in einem Zukunftskrieg die Deutschen zur Kapitulation zu zwingen. — Im übrigen schieden sich am Flugzeug die Geister. Während Lavisé in einer seiner Schulreden den nationalinstrumentalen, waffentechnischen Charakter des „aéroplane“ betont, unterstrich der Pazifist d'Estournelles de Constant bei einer ähnlichen Gelegenheit die völkerverbindende Bedeutung der Luftschiffahrt.

<sup>57)</sup> *Revue hebdomadaire* vom 11.12. 1909, S. 244. — Der Umfrage war die Überquerung des Ärmelkanals durch Blériot vorausgegangen.

<sup>58)</sup> Ein genre, das die Franzosen offenbar von den Engländern übernahmen (1871 erschien Chesney's utopischer Kriegsroman „*Battle of Dorking*“) und das sie in viel stärkerem Maße benutzten als die Deutschen. Über die Gründe hierzu vgl. Christadler, *Kriegserziehung im Jugendbuch*, a. a. O., S. 177 f.

<sup>59)</sup> Danrits Zukunftskrieg endet mit dem Tode Wilhelms II.; d'Ivois läßt nach dem französischen Sieg Tausende deutscher Gefangener in Frankreich aufbauarbeit leisten.

<sup>60)</sup> Jacques Chastenot widmet ein Kapitel seiner Geschichte der III. Republik dem Zusammenhang von Sport und Technik „*Les muscles et les ailes*“. *La France de M. Fallières*, Paris 1949, S. 403 f.

integrativen Faktor erster Ordnung avancierte. Zwar brachte *Scherls Jungdeutschlandbuch* kurz vor dem Krieg einen Artikel in der Tradition der *guerre-fiction* mit dem Titel „Die Luftschlacht am ersten Mobilmachungstage, eine Zukunftsphantasie“, worin dargestellt wurde, wie ein Zeppelin in Paris so verheerende Zerstörung anrichtet, daß die Franzosen lähmendes Entsetzen packt“ — und vorher schon hatte der durch seinen *Burenroman* bekannte Jugendbuchautor August Niemann deutsche Weltgeltung durch einen Luftkrieg prophezeit<sup>64)</sup>. Die Zahl der aeronautischen Utopien für Jugendliche blieb indessen gering.

An der Stelle der „Avionitis“ stand im Kaiserreich die Flottenbegeisterung. Während das Flugwesen in Frankreich im wesentlichen eine Sache privater Initiative war und von offizieller Seite eher geduldet als gefördert wurde, lag die Flottenpropaganda bei der Regierung und gesellschaftlichen Institutionen. Das Reichsmarineamt, der Flottenverein und Seine Majestät warben mit Schiffseinweihungen, Werftbesichtigungen, Flottenparaden und Seepredigten für die Kriegsmarine. Im Kielwasser dieser *publicity* navigierten Verleger und Autoren. Die Schwerpunkte der navalpatriotischen Agitation lassen sich an den Titeln ablesen. In erster Linie ging es um *Deutschlands Ehr im Weltenmeer* und *Deutschlands Seegeltung*. Die Jugendschriftsteller unterstrichen den Weltmachtsanspruch des Reiches teils durch den Hinweis auf die „schwimmende Wehrkraft“, teils durch die Darstellung eines regen Flottentourismus, dessen Ziel es war, die Völker der Erde mit den sympathischen Blauen Jungen und ihren „grauen Riesen“ bekannt zu machen. In zweiter Linie ging es um die gesellschaftspolitische Bedeutung der Marine. Um deren Reputation und Nachwuchs zu sichern, unterstrichen die Autoren mit Titeln wie *Vom Kuhhirt zum Kapitän* oder *Vom Schiffsjungen zum Commodore* den demokratischen Charakter der Seestreitkräfte, die dem in der semifeudalistischen Armee zu

kurz kommenden Bürgertum den militärischen und sozialen Aufstieg ermöglichten.

Abgesehen von einzelnen kriegerischen *Marineromanen* — darunter die utopische Erzählung des als Jugendschriftsteller bekannten Korvettenkapitäns a. D. Graf Bernstorff, *Deutschlands Flotte im Kampf* — und Darstellungen historischer Seeschlachten überwog in der Flottenliteratur das Bedürfnis nach Selbstdarstellung und Anerkennung im Kreis der Großmächte gegenüber der militärischen Drohung. Die Seeoffiziere, fremdsprachen- und kniggekundig, verbanden waffentechnische Kompetenz und sportliche Bravour mit gesellschaftlichem Schliff, Konzilianz und Urbanität. In der Vorstellung der Autoren hatten sie für das Neue Deutsche Reich zu werben und den Kontakt mit den deutschen Kolonien herzustellen.

Wie die Franzosen ihre Modernität, Erfindungsreichtum, technisches Know how und bravuröses Temperament am liebsten in der Luftschiffahrt verwirklicht sahen<sup>65)</sup>, so die Deutschen dieselben Qualitäten in ihrer Marine<sup>66)</sup>. Französische und deutsche Autoren betonten den sportlichen und ästhetischen Aspekt der Waffentechnik. Die einen schwärmten von der „rassigen Eleganz“ ihrer Flugmaschinen, die anderen von der imponierenden Schönheit ihrer Schiffe. Während aber die Franzosen auch die Erfolge in der Flugtechnik auf das Konto ihrer zivilisatorischen Mission buchten, da ihre Nation damit an der Verwirklichung eines Menschheitstraumes entscheidenden Anteil hatte, sahen die Deutschen in der Beherrschung der Meere ein Indiz für die expansive Vitalität des Reiches.

<sup>64)</sup> Auch der *Comic-Strip* nahm den Gegenstand zum Anlaß, um zu zeigen, daß französische *Imagination* und *Pfiffigkeit* dem deutschen *Militarismus* überlegen seien. „*La bande des nickelés*“ hält den Kaiser zum Narren, indem sie ihm statt des versprochenen und im voraus reich bezahlten Luftschiffes ein Spielzeugflugzeug überläßt.

<sup>65)</sup> Die Marine, obgleich eine traditionsreiche Institution, war durch die berühmten Niederlagen bei *Aboukir* und *Trafalgar* belastet und den Republikanern, als Domäne klerikaler Politik und des bretonischen Regionalismus, suspekt. *Berthaut*, *Danrit* und *Bazin* verherrlichten sie, um die Regierung, die nichts für die Kriegsflotte tat, ins Unrecht zu setzen.

<sup>64)</sup> August Niemann, *Der Weltkrieg. Deutsche Träume*, Berlin/Leipzig 1904; vgl. Wilhelm Middeldorf, *An Bord des Sirius*.

Droz betont für die Vorkriegszeit die Homogenität der Überzeugungen, der kollektiven Bewußtseinsformen und des Vokabulars in beiden Ländern<sup>67)</sup>. In der Tat scheinen manche Passagen französischer und deutscher Jugendbücher austauschbar. Die genaue Analyse zeigt indessen ebenso viele Abweichungen wie Übereinstimmungen im rhetorischen und begrifflichen Instrumentarium sowie in den didaktischen Modellen der Texte. Im folgenden soll versucht werden, die zeitspezifischen Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten — wobei gewisse Verkürzungen und Vereinfachungen bewußt in Kauf genommen werden.

Zu den grenzüberschreitenden Merkmalen der Jugendliteratur gehörte ein ausgeprägter *Antirationismus*, der in den französischen Büchern um so mehr auffällt, als er sowohl dem Autostereotyp wie den Erwartungen des deutschen Lesers widerspricht. Kennzeichnend dafür war — im Rahmen des „renouveau catholique“ — der Jeanne d'Arc-Kult, der sich jugendliterarisch u. a. als Erziehung zu emotiven Tugenden wie gläubige Hingabe an „ein Höheres“, Schicksalsergebenheit, Opferbereitschaft und Treue niederschlug. Auf das verstandesfeindliche Halbdunkel transzendentaler Sehnsüchte und Wunderhoffnungen zielten Autoren wie Bordeaux, Bazin, Ducroq und Barrès; die beiden ersteren im Rahmen institutioneller Frömmigkeit, Barrès mit einer paganistisch modifizierten Religiosität. Seine Colette Baudouche, „une autre pucelle“, verkörpert das Ideal der „einfachen Seele“, die „Büchern nichts verdankt“, Argumenten wie Erfahrungen gleich unzugänglich ausschließlich dem Gefühl lebt und nur das „aus sich heraus entwickelt, was keimhaft (!) in ihr angelegt ist“. Ihre Entschlüsse sind das Ergebnis von „Eingebung“, geoffenbarter Gewißheit (die nicht von ungefähr in der sakralen Atmosphäre einer Totenmesse „über sie kommt“)<sup>68)</sup>. Die Selbstausschaltung von Vernunft und Skepsis, die Sehnsucht, zu „dienen“ ohne Aufbegehren, und „steriles Raisonement“ kennzeichnen auch die Helden von Ducroqs Roman. Bordeaux' Kinderfiguren sind getrie-

ben von „gläubigem Vertrauen“, „heiligem Willen“ und „glühender Begeisterung“; sie reinkarnieren die Jerusalemeligkeit der jugendlichen Kreuzfahrer von 1212, allerdings mit der Neuauflage, laizistische Lehrer und klerikale Erzieher am Vorabend des Krieges zwecks gemeinsamer Vaterlandsverteidigung zu versöhnen<sup>69)</sup>.

Der *Antiintellektualismus* deutscher Autoren gab sich zumeist preußisch-lutherisch-völkisch und hatte einen deutlich antiwestlichen, antiaufklärerischen Akzent. Er richtete sich gegen den „Geist des Zweifels und der Verneinung“<sup>70)</sup>, vornehmlich wenn er in Gestalt einer Kritik an Staat und Gesellschaft auftrat, etwa um „Gift und Geier gegen die besitzenden Klassen zu speien, Recht und Ordnung in den Schmutz zu zerren, . . . verdienstvolle Männer zu verunglimpfen“ oder gar „das religiöse Gefühl zu ertöten“<sup>71)</sup>. Die Sorge, daß zu kritischer Reflexion fähige Jugendliche aus dem nationalen Pflichtgeschirr ausbrechen könnten, trug zweifellos zur Fetischisierung literarischer „Kindgemäßheit“ bei. Jedenfalls erlaubte dieser Begriff es, prekäre politische Themen aus den Jugendbüchern auszuschließen. Ziel der Autoren war es nicht, die Leser über Vor- und Nachteile der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse aufzuklären, um dadurch selbständiges Urteilen anzuregen, sie wollten vielmehr „starkes nationales Wollen und Empfinden (!) in ihnen erzeugen“ (Johannesson) und ihnen „die unauflöslche Vierheit — Volk, König, Vaterland, Gott — in idealer (das heißt idealisierter) Weise ins Fühlen (!) und Denken pflanzen“<sup>72)</sup>.

Wir begegnen in den deutschen Texten der gleichen organisistischen Terminologie, derselben emotional-suggestiven Rhetorik wie in

<sup>69)</sup> Henry Bordeaux, *La nouvelle croisade des enfants*, Paris 1913.

<sup>70)</sup> Fritz Johannesson, Was sollen unsere Jungen lesen, Berlin 1911, S. 29. „Werke, die aus dem Geist des Zweifels und der Verneinung, des Unglaubens und Umsturzes entstanden sind, müssen wir . . . ablehnen“.

<sup>71)</sup> L. Wiegand, *Die deutsche Jugendliteratur*, Hildesheim 1912<sup>3</sup>, S. 92.

<sup>72)</sup> Gotthard Erich, *Der deutschvölkische Gedanke im Jugendschrifttum*, Leipzig 1914, S. 83.

<sup>67)</sup> Jacques Droz, *Les causes de la première guerre mondiale*, Paris 1973, S. 176/178.

<sup>68)</sup> Barrès, a. a. O., S. 67, 169, 184.

den französischen. Der beabsichtigten rezeptiv-ehrfürchtigen Leserhaltung entsprachen die Identifikationsangebote. Die Vorbildtypen für „den deutschen Jungen“ sind der Pfadfinder-Soldat und Parzifal (in Uniform). Der eine hat einen „gestählten“ Körper, perfekt ausgebildete Sinne, viel Charakter und gerade so viel Verstand, wie man zum anständigen Kriegsführen braucht. Er ist aufrecht, treu, liest selten, redet wenig und tut „seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit“. Er demonstriert, daß „ein Held mehr wert ist als eine halbe Million der gelehrtesten Professoren und Büchernarren“ (Wilhelm I.)<sup>73)</sup>. Der Parzifaltyp findet sich etwa bei Gustav Frenssen. Peter Moor ist ein verschlossener, schwerblütiger junger Mann, ein Träumer und Grübler, der selten eine Frage stellt und niemals „argumentiert“. Er lernt nur, was sinnlich erfahrbar ist oder ihm als Lebenslehre in besonders eindrücklichen, bildkräftigen Situationen von Autoritäten vermittelt wird. Seine Vernunft dient ihm zum Sichwundern und „Sinnieren“; wenn er etwas begriffen hat, so „hört er ein großes Lied“, das gibt ihm „einen Verstand von der Sache“<sup>74)</sup>.

Hand in Hand mit dem antirationalistischen Affekt der Jugendbuchautoren und -rezensenten ging ein *Antiindividualismus*, der nur in scheinbarem Widerspruch steht zu ihrem antisozialistischen Affekt und ihrem Führerkult<sup>75)</sup>. Charakteristisch ist die typisierende Behandlung der Romanhelden, die zwar individuelle Namen tragen, in der Regel aber nichts als Verkörperungen von Erziehungszielen sind. Ob *Stabstropfeter Kostmann* oder *Der Trommlerjunge von Dennewitz*, *Le soldat Bernard* oder *Jean Tapin*, immer handelt es sich um exemplarische Soldaten, die dem jugendlichen Leser vorführen, was das Vaterland von ihm erwartet. Häufig zeigt schon die generalisierende Titelbezeichnung, *Le petit conscrit*, *Die drei Kürassiere*, *Die kleine Jo-*

*hanna*, daß den Autoren nicht daran liegt, Einzelschicksale in ihrer unverwechselbaren Besonderheit darzustellen.

Am deutlichsten wird das in einer der Lieblingsformen französischer Jugendschriftsteller, dem Epos. Sein Interesse gilt nicht individualpsychologischen Eigenheiten, naturalistischen Details oder subjektiven Problemen. Das Epos präsentiert Archetypen heldischer Lebensbewältigung und „objektive“ Ideale. Es verherrlicht den ichübersteigenden Todesmut, die Selbstaufopferung für die Gemeinschaft. Von Roland, der mit dem Einsatz seines Lebens beweist, was ritterliche Treue heißt, bis zu dem unbekanntem Zouaven, der sich für den Sieg Frankreichs opfert, reicht die epische Tradition der heroischen Selbstverneinung zum Wohle des Ganzen.

Auch in der deutschen Jugendliteratur wurden kollektivistische Tugenden, wie „Selbstentäußerung und Gemeingeist“ (Johannesson), auf Kosten der humanistischen Erziehungsidee vom Recht auf Selbstverwirklichung und individuelle Entfaltung glorifiziert. Der bereits erwähnte Schriftsteller Kotzde ging so weit, in einem seiner Bücher einen Vater sagen zu lassen, er würde sich „noch im Grabe darüber freuen“, wenn seine Söhne bei einer Heldentat fürs Vaterland „zugrundegehen“<sup>76)</sup>. Dieser Satz rief zwar bei einem Teil der Lehrer Empörung hervor und die Weigerung, das Buch zu empfehlen, aber der Verfasser fand ebenso viele Verteidiger — eine Tatsache, die nicht überrascht, wenn man in *Scherls Jungdeutschland-Buch* von 1913 liest: „Wir sind auf dem kugelrunden Ameisenhaufen der Erde von Bedeutung nur als Glieder einer Gemeinschaft, des Vaterlandes. Deutschland allein muß nach einem Kriege leben... Was aus uns wird, soll uns gleichgültig sein.“<sup>77)</sup>

Galt es den Autoren als ausgemacht, daß der einfache Mann sich bei der Verteidigung des Vaterlandes (und nicht nur dort) vor allem durch Gehorsam, gewissenhafte Pflichterfüllung und Opferbereitschaft auszuzeichnen hatte, so entfalteten sie den größten fiktionalen Aufwand bei der Darstellung der „überra-

<sup>73)</sup> Diesen Typ trifft man bei A. O. Klaufmann, Walter Heichen, Maximilian Bayer und anderen. Historisches Vorbild (mit zeitspezifischen Abweichungen und auf Jugendlichkeit gebracht) ist der alte Blücher, „der Vorwärtstreiber, der Feind der Bücher und der Feind der Schreiber“.

<sup>74)</sup> Frenssen, Peter Moor, a. a. O., S. 201.

<sup>75)</sup> „Im Jünglingsalter pflegt der Deutsche eine tiefe Sehnsucht... nach bedeutsamen Schicksalen und überlebensgroßen Gestalten in sich zu tragen...“ Johannesson, a. a. O., S. 50.

<sup>76)</sup> Wilhelm Kotzde, *Die Geschichte des Stabstropfeters Kostmann*, Mainz 1910, S. 40.

<sup>77)</sup> Scherls *Jungdeutschland-Buch*, Berlin 1913, S. 400.

genden *Persönlichkeit*", denn zwei Axiome bestimmten ihr pädagogisches und politisches Verständnis: daß die Geschichte von großen Männern gemacht werde und Erziehung sich durch Vorbilder vermittele. Die Selektion historischer Modellfiguren orientierte sich am literarischen Markt, am Sozialisationsziel und am politischen Standpunkt der Schriftsteller. Beliebt waren beiderseits des Rheines die siegreichen Militärs, die entweder, in hehrer Größe postiert, nostalgische Wünsche nach Hingabe und vertrauensvoller Unterwerfung weckten oder als jugendliche Draufgänger und Enthusiasten unmittelbaren Nachahmungseifer provozierten.

Deutsche und französische Autoren verband der Glaube an die angeblich in der Natur begründete und deshalb politisch unaufhebbare *Ungleichheit* der Menschen. Die Franzosen setzten sich damit in Gegensatz zu den Forderungen der Großen Revolution und sahen sich genötigt, ihre Position ausdrücklich zu legitimieren. So läßt Berthaut einen Marineoffizier erklären, daß er zwar Republikaner und grundsätzlicher Anhänger der Ideen von 1789 sei, aber seine Erfahrungen ihn belehrt hätten, daß „Gleichheit in der Natur nicht existiert“. „Il faut toujours que le capitaine commande si l'on veut que le navire soit droit.“<sup>76)</sup> Die deutschen Verfasser gaben sich zwar betont demokratisch, indem sie Jungen „aus dem Volke“ zu Helden ihrer Geschichten machten, versäumten aber nie, diese in Beziehung zum jeweiligen Herrscher zu setzen, um dessen Charisma und patriarchalische Fürsorge um so strahlender erscheinen zu lassen<sup>77)</sup>.

Unter den republikanischen französischen Lehrern war die Überzeugung verbreitet, daß man „die Geschicke des Landes nie den Händen eines einzelnen überlassen sollte, wie intelligent und fähig er auch sein möge“<sup>80)</sup>, aber unter den Jugendschriftstellern hingen viele dem „culte du chef“ an — „à la patrie comme à la famille, il faut un chef respecté“ war die Überzeugung des Offiziers und Politi-

kers Danrit<sup>81)</sup>, und das politische Erfolgsrezept Sémants bestand in einer „groupe d'hommes marchant sous la conduite d'un chef d'élite“<sup>82)</sup>. Der „maréchalisme“ wurde in der französischen Jugendliteratur vor dem Ersten Weltkrieg ebenso präludiert wie der Führerkult in der deutschen.

Beiderseits des Rheins kannten die bürgerlichen pädagogischen Literaten außer dem militärischen Gegner einen Feind — den *Sozialismus*. Er war ihnen suspekt nicht nur wegen seiner sozialreformerischen Bestrebungen, sondern vor allem wegen seiner antimilitaristischen Agitation und seiner die Verteidigungskraft zersetzenden internationalen Kontakte. D'Ivois Zukunftskrieg bricht aus, weil von deutschen Agenten fanatisierte Arbeiter durch einen Generalstreik das Wirtschaftsleben Frankreichs lahmgelegt hatten. Um den jungen Lesern Abscheu gegen die „subversiven Theorien des Kollektivismus“ einzuflößen, wurde dieser in die Nähe des verwerflichen Alkoholismus gerückt („les fumées de l'ivresse s'ajoutent au déséquilibre de la pensée“) und als „Zwillingsbruder des Anarchismus“ gebrandmarkt<sup>83)</sup>. Wo die Sozialisten nicht unmittelbar als Hochverräter denunziert werden konnten, mußten russische Nihilisten herhalten, um durch Rüstungsabotage großen Stils die Gefährdung der nationalen Sicherheit durch den revolutionären Pazifismus zu demonstrieren<sup>84)</sup>. In der Bekämpfung der Terroristen gingen Republikaner und Zarenanhänger eine unheilige Allianz ein — so wenn Gaston Leroux' Meisterdetektiv Rouletabille eigens nach Rußland fährt, um eine Verschwörung aufzudecken<sup>85)</sup>. Die Abneigung der Leser gegen Gewaltakte — selbst wenn ihre Motive in der Tradition der französischen Revolution standen — wurde höher eingeschätzt als ihre Aversion gegen die Despotie.

<sup>81)</sup> Danrit, *L'alerte*, a. a. O., S. 220; vgl. auch d'Ivoi, *La patrie en danger*, S. 576.

<sup>82)</sup> Sémant, *Le conscrit*, a. a. O., S. 712.

<sup>83)</sup> D'Ivoi, *La patrie en danger*, a. a. O., S. 254/255.

<sup>84)</sup> Paul Robida/Pierre Giffard, *La guerre infernale. Grand roman d'aventures pour la jeunesse*, Paris 1908, S. 39/40. Während der Erzähler, ein Journalist, das gigantische Waffenarsenal der französischen Armee besichtigt, sprengt sich ein Anarchist, dem das Attentat auf den Oberbefehlshaber mißlang, selbst in die Luft.

<sup>85)</sup> Gaston Leroux, *Rouletabille chez le tsar*, Paris 1913.

<sup>76)</sup> Léon Berthaut, *Honneur et patrie*, Paris 1911, S. 27.

<sup>77)</sup> So Franz Otto in seinem „longseller“: *Der große König und sein Rekrut*, oder Max Geißler, *Der Junge, der eine Schlacht gewann*.

<sup>80)</sup> Ozouf, a. a. O., S. 213.



Von der Kampagne deutscher „patriotischer Schriftsteller“ gegen die Sozialdemokratie war bereits die Rede. Hier noch ein Beispiel: Der Jugendschriftenratgeber des Schöningh-Verlages enthielt ein Kapitel, in dem sozialdemokratische Jugendbücher ausdrücklich angegriffen und zum entschiedenen Kampf gegen sie aufgerufen wurde, denn „Vaterlandsliebe und Sozialdemokratie fliehen sich wie lichter Tag und düstere Nacht“<sup>86)</sup>. In den Jugendbüchern selbst war viel die Rede vom Segen der Arbeit, den verderblichen Folgen des Müßiggangs und der Unabhängigkeit des Seelenfriedens vom Reichtum — „nur eine fleißige, tatkräftige, pflichttreue Nation ist lebensfähig und imstande, den Wettkampf mit den Nachbarn in Ehren zu bestehen“<sup>87)</sup> —, die gesellschafts- und verfassungspolitischen Reformforderungen der Sozialdemokraten wurden, wie ihre Militarismuskritik, entweder schweigend übergangen oder in verzerrter Form dargestellt als „nörgelnde Unzufriedenheit“, „blasser Neid“ und „blinder Haß gegen das Bestehende“. Während die Jugend-

buchautoren der III. Republik, soweit sie nicht ohnehin klerikal bestimmt waren, die sozialistischen Ideen wegen ihrer negativen Folgen für die französische Wirtschaftsmacht und die nationale Verteidigung angriffen (wobei teilweise säuberlich unterschieden wurde zwischen einem akzeptablen ständisch-korporativen, nationalen und einem nichtakzeptablen klassenkämpferisch-internationalistischen Sozialismus), denunzierten die wilhelminischen Schriftsteller die Sozialdemokraten als Feinde von „Thron und Altar“ bzw. der heiligen Trinität von Kaiser, Reich und Vaterland. Beide Gruppen sahen durch den Sozialismus den gesellschaftlichen und politischen status quo bedroht<sup>88)</sup>; die einen die durch die bürgerliche Republik angeblich gewährten Errungenschaften der Revolution, die anderen die nationale Einheit und den Konstitutionalismus. Dabei waren die Sozialdemokraten für die deutschen Autoren das, was Jakobiner oder Kommunarden für die Französischen waren.

## Deutsches Kämpfen und Siegen

Eine nationalspezifische Eigentümlichkeit offenbart sich in der Mythisierung des Kampfes und in den sozialdarwinistischen Argumentationsmustern der deutschen Jugendliteratur. Sie legitimierte die kriegerische Ausrichtung der Jugendlichen (außer mit der schon genannten Verteidigungsnotwendigkeit) einerseits mit dem von den germanischen Vorfahren in direkter Linie vererbten kämpferischen genetischen Potential, andererseits mit der unablässig wiederholten Floskel vom *Kampf ums Dasein*. Es gehörte zu den Grundüberzeugungen wilhelminischer Autoren, daß um alles in der Welt gekämpft werden müsse — um Anerkennung und Aufstieg des einzelnen in der Gesellschaft wie um den „Platz an der

Sonne“ im Staatensystem. Die hohe Zahl der einschlägigen Titel<sup>89)</sup> zeigt, in welchem Maße den Jugendlichen das Gesetz vom „survival of the fittest“ — symptomatisch modifiziert als „Überleben des Stärkeren“ — eingeprägt wurde. Der Kampf erschien mal als „sittliches Prinzip“ (Erich), mal als „grausames Geschick“ (Liliencron), mal als „prächtiges Schauspiel“ (von Gottberg). Immer aber wurde den Lesern eingeschärft, daß Lebensbewältigung nur als Rundumverteidigung, und zwar aus einer *Position der Stärke*, möglich

<sup>86)</sup> Heinrich Herold, *Jugendlektüre und Schülerbibliotheken*, Münster, 2. erw. Aufl. 1908, S. 62. Zusammenfassend heißt es bei Herold: „Die Sozialdemokratie ist ferner eine vaterlandslose Partei, ihre eineinhalb Millionen Anhänger verschmähen wie ehrvergessene Söhne das Land, wo ihre Wiege stand, und wollen als Feinde im eigenen Hause mit dem Altar auch den Thron zertrümmern.“

<sup>87)</sup> Albert Schildecker, *Gesinnungsbildung für Schule und Haus*, Leipzig 1906, S. 143.

<sup>88)</sup> Es ist eine interessante, aber hypothetische Frage, ob die Bilanz für Frankreich anders aussähe, wenn sich mehr Lehrer als Jugendschriftsteller betätigt hätten, da sozialistisches wie antimilitaristisches Gedankengut nach 1900 immer stärker in die Lehrerschaft eindrang.

<sup>89)</sup> Da gibt es den „Kampf um“ ... Rom, Karthago, die Saalburg, deutsche Kronen, das Elsaß und — besonders häufig — das Vaterland und die Ehre, aber auch um die Seele, Freiheit, Reinheit, Weltanschauung und Wahrheit; sodann Kampf- und Trutzgesänge, Kampfspiele, Kämpfen und Ringen, Auf in den Kampf, Durch Kampf zum Frieden etc. Am Ende steht immer die Frage: Sind wir kampfbereit?

sei. Die literarische Koppelung von Kampf und Sieg in Titeln wie *Kampfesmühe*, *Siegesfreude* oder *Deutsches Kämpfen und Siegen* vermittelte überdies den Anschein, als ob der erfolgreiche Ausgang eines Kampfes auf einen entschlossenen Angriff automatisch folge<sup>90)</sup>. Dabei unterschlugen die Autoren die möglicherweise selbstzerstörerischen Folgen militärischer Offensiven und perpetuierten das dichotomische Denken, das auf Kategorien wie Sieger und Besiegte, Gewinner und Unterlegene fixiert ist.

Punktuell äußerte sich diese kombattive Mentalität in der Schwertmetaphorik<sup>91)</sup>, sodann aber in der gesamten Kriegsliteratur, die zwischen 1871 und 1914 die Themen, aber nicht den Tenor wechselte. Nach dem Motto „Wieder sitzt ein Bonaparte/ränkevoll auf Frankreichs Thron/und zum Kampfe zwingt uns heute/wieder ein Napoleon“ (G. Heseke) konzentrierte sie sich zunächst auf den 70er Krieg und zur Jahrhundertfeier 1913 auf die Befreiungskriege. *Auf nach Frankreich! Ran an den Feind, Freiwillige vor!* waren die Titel, die das vielzitierte Blücher-Wort „Immer feste druff!“ einfallslos variierten. In den *Goldene(n) Kindertage(n)* gab das Bübchen seinem Spielzeuggroß die Sporen mit dem anfeuernden Vers von Victor Blüthgen:

Was wollt denn ihr Franzosen?  
Ich hau euch kurz und klein

und reit an einem einzigen Tag  
bis nach Paris hinein<sup>92)</sup>.

Den Gymnasiasten wurde die gleiche Botschaft „rücksichtslosester Offensive“<sup>93)</sup> mit Hilfe der „Freiheitslyrik“ vermittelt, die auf kaiserlichen Wunsch nach 1902 verstärkt in die Schullesebücher aufgenommen wurde, wo es dann hieß: „Frisch auf zum fröhlichen Jagen, frisch auf zum heiligen Krieg... Wir wollen heute Mann für Mann mit Blut das Eisen röten... Drauf wackres Volk... Du sollst den Stahl in Feindesherzen tauchen...“<sup>94)</sup>

Eine ähnlich martialische Poesie sucht man in den manuels scolaires vergebens (Déroulède wurde in den Straßen gesungen, fand aber keinen Eingang in die offiziellen Schulbücher), wenn auch der Kampf der Pazifisten gegen die literarische Schlachtenverherrlichung zeigt, daß es sie gab<sup>95)</sup>. Tatsächlich finden sich bei Jules Mazé, Paul de Sémant, Danrit oder Giffard/Robida Beispiele bramarbasierenden Auftrumpfens und selbst Szenen von Brutalität. In *La guerre infernale* beispielsweise befiehlt ein Luftwaffenadmiral die Zerstörung Münchens mit dem Hinweis, daß „der moderne Krieg die totale Liquidation des Feindes nötig mache“<sup>96)</sup>. Aber solche Äußerungen haben den Stellenwert von Entgleisungen, und van Herp führt den Mißerfolg des Buches auf sie zurück<sup>97)</sup>.

## Der französische Widerstandsmythos

Die französischen Jugendbücher — obwohl auch sie manchmal mit dem *praevenire* liebäugelten nach dem Motto „la défense est stérile, seule l'attaque est féconde“ (Danrit) oder der glorreichen Attacke und dem offenen

Revanchismus das Wort redeten — glorifizierten eine defensive Art der Vaterlandsverteidigung: den nichtmilitärischen Widerstand.

<sup>90)</sup> „Groß ist die Zahl der Gefallenen. Aber die brave Truppe hat gesiegt, weil sie erzogen und ausgebildet war zu dem festen Willen zu siegen.“ Deutschland in Waffen, Stuttgart/Berlin 1913, o.S.

<sup>91)</sup> Das je nachdem „stumpfe“ oder „geschliffene“ Schwert gehört zum stereotypen (feudalanachronistischen) deutschen Rüstungsvokabular; der Drohgestus des gezückten Schwertes dient dem martialischen Selbstbild wie der imperialistischen Außenpolitik. „Das gute deutsche Schwert erwarb uns alles, Einheit, Größe, Macht und Wohlstand...“ (von der Goltz, in: Scherls Jungdeutschland-Buch, S. 4). Es gilt, das Schwert „in scharfer, blanker Verfassung“ zu halten, weil es „bis zum Untergang der Welt... der ausschlagge-

bende Faktor sein“ wird. (Deutschland in Waffen, Vorwort).

<sup>92)</sup> Zitiert nach Heilwig van der Mehden (Hrsg.), Vor allem eins mein Kind. Was deutsche Mädchen und Knaben zur Kaiserzeit gelesen haben, Hamburg 1972, S. 71.

<sup>93)</sup> Aus dem Vorwort des Kronprinzen Wilhelm zu: Deutschland in Waffen.

<sup>94)</sup> Deutsches Lesebuch für höhere Lehranstalten, herausgegeben von J. Hopf/K. Paulsiek, S. 135 f., 189 f.

<sup>95)</sup> A. Sève, Cours d'enseignement pacifiste, Paris 1910, S. 87.

<sup>96)</sup> La guerre infernale, a. a. O., S. 72.

<sup>97)</sup> Jacques van Herp, Panorama de la Science Fiction, Paris 1973, S. 143.

Die Erfahrung zweimaliger Niederlage mit anschließender Okkupation während eines Jahrhunderts mag zu der kritischen Einschätzung der eigenen Kräfte ebenso beigetragen haben wie die historisch abgesicherte Gewißheit von der Überlebens- und Resurrektionsfähigkeit der französischen Nation. Jedenfalls war das literarisch angestrebte Erziehungsprodukt, das dem zu den Fahnen eilenden Bürger-Soldaten mindestens ebenbürtig war, der Patriot, der sich der Zusammenarbeit mit den Besatzern verweigert; sei es, daß er als franc-tireur aus dem Untergrund operiert, sei es, daß er als Zivilist mehr oder weniger gewaltlosen Widerstand leistet.

Symbolfigur einer Haltung, die dadurch exemplarisch ist, daß sie die faktische Ohnmacht gegenüber dem siegreichen Feind durch einen Akt der Zivilcourage in die geistige und sittliche Überlegenheit des Unterworfenen umwandelt, war der elsässische Lehrer in Daudets Erzählung „La dernière classe“. Während draußen die Preußen exerzieren und der neue deutsche Schulmeister in sein Amt drängt, hält der alte Hamel die letzte Stunde, die er mit dem provokatorischen Tafelabschrieb beendet: Vive la France! Die anwesenden Kinder und ihre Eltern begreifen die Geste als Vermächtnis, und genau so wirkte der Text auf Generationen von Schülern, die an ihm Rechtschreibbekenntnisse und vaterländische Gesinnung erprobten<sup>98)</sup>.

Es gibt eine Reihe von Geschichten, in denen vor wechselndem Dekor Widerstandskämpfer auftreten. Mal ist es eine kleine Johanna (!), die deutsche Soldaten durch falsche Auskünfte in die Irre führt, mal ein Tischler, der im Zorn einen Preußen erschlägt, mal eine Aristokratin, die sich, um sie vor dem feindlichen Zugriff zu retten, in eine Fahne hüllt und damit ihr Leben aufs Spiel setzt. Von der schweigenden Verachtung über die verbale Aufsässigkeit und Verhöhnung des Feindes bis zum Mord reichen die Spielarten der Verweigerung. Als ihr historisch ältestes Beispiel galt den Autoren der gallische Widerstand gegen die Römer, personifiziert in der von La-

visse und Jullian für die republikanische Erziehung aufgewerteten Person Vercingetorix', der laut G. Bruno seine Landsleute „beschwor, lieber zu sterben als das römische Joch zu dulden“ und dafür von ihnen den Ehrentitel „Führer“ erhielt<sup>99)</sup>. Wie der alte Hamel, als idealtypische Verkörperung der „République des instituteurs“ mehrfach literarisch imitiert<sup>100)</sup>, mit seinem mutigen Bekenntnis zu Frankreich dem Unterricht ein appellatives Leitmotiv gab, so bot der jugendliche Averterner, von Jullian bis Asterix als Archetyp des (realpolitisch erfolglosen) Widerständlers fikionalisiert, ein Vorbild, das durch die Historizität der Figur (wie schemenhaft ihr Bild auch sein mochte) und die Berufung auf die keltischen Ahnen, „nos ancêtres les Gaulois“, didaktisch besonders wirkungsvoll schien<sup>101)</sup>.

Die Autoren waren indessen zu gute Psychologen, um nicht zu wissen, daß Résistance ein Maß an Selbstüberwindung fordert, das nicht jedem gegeben ist. Deshalb setzten sie die Phänomenologie des Widerstandes gegen die dunkle Folie des Verrates, dem „palmarès“ der Patrioten den „piloni des traîtres“ gegenüber. Neben die großen Antihelden der französischen Geschichte von Ganelon bis Bazaine stellten sie die Durchschnittsverräter, die aus Profitsucht, Unbedacht oder Sekuritätsbedürfnis mit dem Feind gemeinsame Sache machten, den „Richter von Kolmar“, der seine nationale Identität aufgab, um seinen Posten zu behalten, oder „l'enfant espion“, das den Preußen während der Belagerung von Paris für ein paar Groschen Zeitungen verkaufte und zuließ, daß sein Freund einen geplanten Überfall der franc-tireurs auf die deutschen Stellungen ausplauderte. „Um nichts in der Welt hätte ich Stenne sein mögen“, erinnert sich Gaston Bonheur, der auf der Suche nach den allen Franzosen seiner Generation gemeinsamen Schulerinnerungen die alpträumerhafte Geschichte des „enfant espion“ wiederfindet, dessen Namen er als Kind an das Ende der Verräterliste gesetzt hatte, mit der sein

<sup>98)</sup> Gaston Bonheur zählt drei Geschichten aus den Contes du lundi von Alphonse Daudet zum Pflichtrepertoire der französischen Volksschule, d. h. zum „album de famille de tous les français“: La dernière classe, L'enfant espion und Le sergent Hornus.

<sup>99)</sup> G. Bruno, Le tour de France par deux enfants, a. a. O., S. 133

<sup>100)</sup> Z. B. Le maître d'école de Misseroy, in: Les contes de France.

<sup>101)</sup> Vgl. dazu André Stoll, Asterix. Das Trivial-epos Frankreichs. Bild- und Sprachartistik eines Bestseller-Comics, Köln 1974, bes. S. 27 f.

Moralkundebuch schloß<sup>102)</sup>. Über die komplexe, möglicherweise ideologisch begründete Motivation der „Verräter“ erfuhr der Jugendliche nichts. Gemessen am curricular verordneten patriotischen Tugendkanon und am Ideal der zwistfreien nationalen Gemeinschaft mußte ihm Kollaboration als Sünde wider den Geist der Republik erscheinen — jedenfalls solange klar war, wo ihr Feind stand.

Zumindest ein Text aus der obligatorischen Lektüreliste der école laïque aber behandelt Dimensionen von Widerstand, die über die übliche Schwarzweißmalerei hinausgehen, *Le chèvre de M. Séguin*. Die Fabel von der Ziege, die es in der komfortablen Gefangenschaft bei ihrem Herrn nicht aushält, weil ihr Freiheit mehr bedeutet als Wohlbehagen, und

---

<sup>102)</sup> Gaston Bonheur, *La République nous appelle*. L'album de famille de Marianne, Paris 1965, S. 254. — 1945 erschien ein kleines Bändchen von Jean Galtier-Boissière, das die Überlieferung des „piloni des traîtres“ aufnahm: Tradition de la trahison chez les maréchaux und als vorläufigen Endpunkt die Biographie Pétains anfügte.

die in den Wald hinausläuft, obwohl dort der Wolf lauert, wird von Bonheur — unter Anspielung auf den französischen Widerstand gegen Hitler—Deutschland — „le texte clé de la résistance“ genannt. Tatsächlich läßt sich die Geschichte lesen als Gleichnis für den unter Fremdherrschaft geratenen Staat, dessen Bürger vor die Entscheidung gestellt sind, entweder materielle Sicherheit und Leben zu bewahren, indem sie sich anpassen, oder Flucht und womöglich den Tod auf sich zu nehmen um der Freiheit willen. Es macht indessen den Wert der Parabel aus, daß ihre Metaphorik mehrdeutig ist. Freiheitsbedürfnis kann verstanden werden als Streben nach nationaler Unabhängigkeit und territorialer Integrität, aber auch als individualpolitisches Postulat, als der durch Aufklärung und Revolution sanktionierte Anspruch auf persönliche Freiheit. Freiheit aber meint nicht nur die subjektive Sehnsucht nach Autonomie, das heißt Ablehnung fremder Autorität, „le refus des maîtres“, sondern die Résistance gegen jede Art von Unterdrückung, „le non au pouvoir“ (Foucault).

## **Rudolf Morsey: Die Bildung der ersten Regierungskoalition 1949. Adenauers Entscheidungen von Frankfurt und Rhöndorf am 20. und 21. August 1949**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34/78, S. 3—14

Zu den historischen Weichenstellungen der Zeitgeschichte gehört das Ergebnis des berühmt gewordenen Treffens von Politikern der CDU und CSU am 21. August 1949 im Hause Adenauers in Rhöndorf. Dieses informelle, aber politisch gewichtige Gremium sprach sich im Sinne Adenauers dafür aus, als Folge des Ausgangs der ersten Bundestagswahl keine Große Koalition zu bilden, sondern die Zusammenarbeit der Union mit der FDP aus dem Wirtschaftsrat der Bizone in Frankfurt fortzusetzen und Heuss, Adenauer und Erhard als Kandidaten für die wichtigsten Staats- und Regierungsämter zu nominieren.

Über die Vorgeschichte, die Teilnehmer sowie die Modalitäten dieser Konferenz werden neue Details mitgeteilt. Dazu gehört auch die Feststellung, daß nicht der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Altmeier besonders hartnäckig zugunsten einer Großen Koalition eingetreten ist, sondern die CDU-Politiker Gereke, Hilpert und Gebhard Müller.

Wichtiger ist der Nachweis, daß Adenauer die Rhöndorfer Weichenstellung bereits am Vortag in Frankfurt bei einem Treffen mit dem bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Hans Ehard sowie einigen anderen bayerischen Politikern, darunter Ludwig Erhard, in die Wege geleitet hat. Bei dieser Gelegenheit ist eine Reihe von Namen als Kandidaten für Ministerämter und Staatssekretärsposten erörtert worden. Adenauer war bereit, für das Zustandekommen einer Regierungskoalition unter seiner Führung der CSU erhebliche Zugeständnisse zu machen. Daß diese Konzessionen schließlich noch das in Frankfurt verabredete Maß überschritten, ging auf das Konto des nordrhein-westfälischen CDU-Ministerpräsidenten. Nach der Wahl Arnolds zum ersten Präsidenten des Bundesrats — wofür Erhard vorgesehen war — sah sich Adenauer gezwungen, den CSU-Anteil in der ersten Bundesregierung erheblich zu verstärken.

## **Immanuel Geiss: Die deutsche Politik im Generalgouvernement Polen 1939—1945. Aus dem Diensttagebuch des Generalgouverneurs Hans Frank**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34/78, S. 15—33

Der Aufsatz bringt eine knappe Zusammenfassung und Auswahl aus dem Diensttagebuch von Hans Frank, dem Generalgouverneur im Generalgouvernement Polen, in den Jahren 1939 bis 1945.

Die ausführlichen Zitate der wichtigsten Passagen sind chronologisch angeordnet und eingeteilt in drei Kapitel, die sich aus dem Machtverlauf der deutschen Herrschaft in Polen ergeben: „Anfänge des Generalgouvernements bis zum Beginn der deutschen Westoffensive“, „Das Großdeutsche Reich auf dem Höhepunkt seiner Macht“, „Krise und Ende der deutschen Herrschaft in Polen“. Das Material vermittelt in seiner Konzentration einen aufschlußreichen Einblick in die Bestimmungsgründe der deutschen Polenpolitik im Zweiten Weltkrieg — aus dem Zentrum der deutschen Herrschaftsausübung selbst gesehen. Im Mittelpunkt stehen Aussagen über Prinzipien und Mentalität der NS-Herrschaft im Generalgouvernement gegenüber Polen und Juden. Sie belegen ein Schwanken in der politischen und wirtschaftlichen Stellung, die dem Generalgouvernement im Machtbereich des Großdeutschen Reichs zugedacht war, die unterschiedliche Behandlung von „Volksdeutschen“, Polen, Ukrainern und Juden, ferner die volle Verantwortung der deutschen Führung im Generalgouvernement für die Vernichtungskonzentrationslager Auschwitz, Majdanek und Treblinka.

Die Auswahl soll als Anregung und Hilfe zur Erschließung einer bereits vorliegenden umfassenden, aber schwierigen Quellenlektüre dienen, damit diese zentrale Dokumentation zur jüngeren Geschichte Deutschlands wie der deutsch-polnischen Beziehungen in weiteren Kreisen besser bekannt wird.

**Marieluise Christadler: Politik, Mythos und Mentalität. Französische und deutsche Jugendliteratur vor dem Ersten Weltkrieg**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34/78, S. 35—53

Die psychologische und intellektuelle Mobilmachung in der Jugendliteratur Frankreichs und Deutschlands vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs wird in dieser Arbeit auf ihre unterschiedlichen Erscheinungsformen hin untersucht. Genre, Symbole, Mythen und Themen, ihre Beziehung zueinander sowie ihre Funktion in der politischen Kultur und in der pädagogischen Tradition der verschiedenen Gesellschaften sind Gegenstand vergleichender Erörterung. Dabei stützt sich die Autorin auf eine breite Materialfülle einschließlich der Unterhaltungs- und pädagogischen Literatur, Bildgeschichten, Flugschriften etc. Es wird dabei Aufschluß gegeben

1. über die politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen und die Erziehungsabsichten ihrer Produzenten — insofern erhellt die Analyse die Interdependenz von Pädagogik und Politik;
2. über das geistige und sozialpsychologische Klima dieser Zeit — insofern handelt es sich auch um einen Beitrag zur Zeitgeistforschung;
3. über die Wechselbeziehung von gesellschaftlichen Wertvorstellungen und Verhaltensnormen und literarisch-pädagogischen Fixierungen bzw. Entwürfen.

Man wird aus dem Ergebnis der Untersuchung unschwer Traditionslinien bis in die Gegenwart herauslesen und feststellen können, daß sich beiderseits des Rheins Verhaltensmuster, Mythen, Vorurteile und Grundeinstellungen mit einer überraschenden Zählebigkeit gehalten haben — man denke nur an bestimmte Comics, Groschenhefte, Fernsehsendungen und politische Reaktionsmuster.